



Universität Potsdam



Christian Kube

Immigration und Arbeitskämpfe in den USA

Christian Kube
Immigration und Arbeitskämpfe in den USA

Christian Kube

Immigration und Arbeitskämpfe in den USA

US-Gewerkschaften und transnationale mexikanische Arbeiter
Das Beispiel Kalifornien

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Universitätsverlag Potsdam 2009

<http://info.ub.uni-potsdam.de/verlag.htm>

Universitätsverlag Potsdam, Am Neuen Palais 10, 14469 Potsdam
Tel. +49 (0)331 977 4623, Fax -4625,
E-Mail: verlag@uni-potsdam.de

Die Schriftenreihe **WeltTrends Thesis**

wird herausgegeben von Prof. Dr. habil. Jochen Franzke,
Universität Potsdam, im Auftrag von WeltTrends e.V.

Band 3 (2009)

Christian Kube: Immigration und Arbeitskämpfe in den USA

Satz: Martin Anselm Meyerhoff

Lektorat: Britta Duille

Fotos: Christian Kube

Druck: docupoint GmbH Magdeburg

Koordination: Kai Kleinwächter

Das Manuskript ist urheberrechtlich geschützt.

© 2009 WeltTrends e.V.

ISSN 1866-0738

ISBN 978-3-940793-69-0

Zugleich online veröffentlicht auf

dem Publikationsserver der Universität Potsdam

URL <http://pub.ub.uni-potsdam.de/volltexte/2009/2766/>

URN [urn:nbn:de:kobv:517-opus-27669](http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:517-opus-27669)

[<http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:517-opus-27669>]

Für Jule Fischer

Danksagung

Ich möchte mich bei der Hans-Böckler-Stiftung, insbesondere Wolfgang Nitsche, bedanken. Das Forschungsstipendium half mir, diese Arbeit erfolgreich zu schreiben.

Veröffentliche Deine Abschlussarbeit!

Welt Trends *Thesis*

Du suchst eine Möglichkeit für eine solide akademische Veröffentlichung Deiner Abschlussarbeit. Weder ein billiges Internet-Portal noch ein teurer Verlag sollen es sein. Ein bezahlbares Buch zum Anfassen, für Deine nächste Bewerbung, für Deine Eltern oder für die Nachkommen – das möchtest Du? Immerhin ist es die größte akademische Arbeit, die Du – bis jetzt – abgeschlossen hast. Die Arbeit, die darin steckt, sollte eine ordentliche Publikation schon wert sein!

Wir bieten Dir diese Möglichkeit. Seit über 15 Jahren publiziert **WeltTrends** akademische Texte in verschiedenen Reihen. Seit über einem Jahr produzieren wir die WT-Thesis. Herausgeber ist der erfahrene Hochschullehrer, Prof. Dr. Jochen Franzke. Wenn Du Dir eine der bisherigen Arbeiten anschauen willst, dann geh auf unsere Internet-Seite www.welttrends.de oder auf die Homepage des Universitätsverlages Potsdam (Publikationen).

Schnell, preiswert und akademisch vollwertig!

Unser Angebot: Wir übernehmen die Veröffentlichung innerhalb eines Quartals mit Lektorat, Satz, ISBN-Nummer, in gedruckter Form und als Online-Dokument in den weltweit abrufbaren Bibliothekskatalogen der Universität Potsdam sowie die Werbung in allen WT-Produkten. Du erhältst 10 Autorenexemplare, weitere Exemplare gibt es zum Sonderpreis.

Deine Kosten: Sie liegen deutlich unter den üblichen Verlagsangeboten. Ein Beispiel: Bei einem Umfang von 100 Seiten und bei einer Auflage von 50 Exemplaren kostet dies 500 Euro. Übrigens: Einen Teil der Kosten kannst Du Dir bei VG Wort zurückholen.

Dein Ansprechpartner: Wenn Du Interesse hast, dann ruf an (0331 - 977 4540), schreib uns (redaktion@welttrends.de) oder wende Dich direkt an den Herausgeber der Reihe, Prof. Dr. J. Franzke (WiSo-Fakultät der Universität Potsdam), und besprich mit ihm die konkreten Konditionen und das weitere Verfahren.

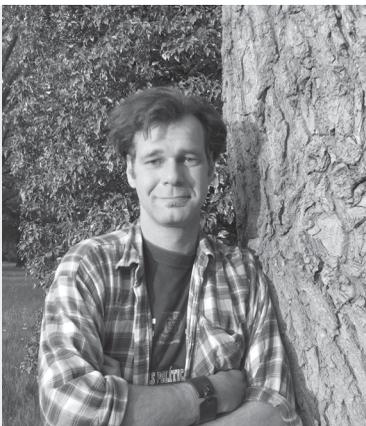
Wir beraten und betreuen Dich bei Deiner ersten Publikation – WeltTrends, der kompetente akademische Dienstleister für Studenten.

WeltTrends • c/o Universität Potsdam • Prof. Dr. Jochen Franzke
Tel. +49/331/977-3414 • E-Mail: j.franzke@welttrends.de

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	9
1. Einführung	10
2. Theorieansätze internationaler Migrationsforschung	17
3. Aktuelle Tendenzen der mexikanischen (Arbeits-)Migration in die USA	20
Migration als historischer Prozess zwischen ungleichen Nachbarn	20
Die USA auf der Suche nach einer konsistenten Immigrationspolitik	23
<i>Der Immigration Reform and Control Act (IRCA) von 1986</i>	24
<i>Das North Atlantic Free Trade Agreement (NAFTA) von 1994</i>	26
Operation Gatekeeper	29
Auswirkungen des 11. September 2001	31
Ein neues Chicano-Selbstbewusstsein	34
4. US-Gewerkschaften in der Krise	38
5. Das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und mexikanischer Arbeitsmigration	45
Die Auswirkungen der Arbeitsmigration auf den US-Arbeitsmarkt	45
Gewerkschaftshaltung zur Immigration	47
Der Mythos der Unorganisierbarkeit (mexikanischer) Immigranten	49
Geschichte	49
Gewerkschaftspräferenzen unter mexikanischen Immigranten	51
Der Aufenthaltsstatus als Organisationshindernis?	53
6. Si, se puede? – Kalifornische Fallbeispiele	55
Das Los Angeles Manufacturing Action Project – LAMAP	55
Rahmenbedingungen, Akteure, Zielstellungen	55
Start, Arbeitsphase	58
Analyse des Scheiterns	59

Die <i>Blue Diamond</i> Kampagne der ILWU	63
Das Unternehmen Blue Diamond und seine Belegschaft	63
Beginn der Kampagne und Widerstand des Unternehmens	64
Wirtschaftliche und politische Druckmittel	65
Community-Arbeit	66
Rechtliche Elemente der Kampagne	68
Die ILWU – eine immigrationszugeneigte Reformgewerkschaft?	71
7. Arbeiterorganisation von Immigranten außerhalb der Gewerkschaften	75
Worker Centers	75
Die Vielfalt der Organisationen	79
8. Schlussbetrachtungen	82
Literaturverzeichnis	86
Liste der Interviews	89



Christian Kube, geb. 1977, hat von 2001 bis 2007 an der Universität Potsdam und der Universidad Nacional Autónoma de México in Mexiko Stadt Politik, Soziologie, Geschichte und Medienwissenschaften studiert. Er ist an Projekten der Entwicklungszusammenarbeit der Gewerkschaften beteiligt und arbeitet zur Zeit an seiner Promotion zur Thematik des „postmoderner Arbeitsmarktes“.

Dieser Text wurde im Frühjahr 2007 als Magisterarbeit im Studiengang Politikwissenschaften der Universität Potsdam erfolgreich verteidigt. Erstgutachter war Herr Hochschuldozent Dr. habil. Raimund Krämer und Zweitgutachter Herr Prof. Dr. Erhard Stöling

Abkürzungsverzeichnis

AFL-CIO	American Federation of Labor – Council of Industrial Organizations (Gewerkschaftsdachverband der USA)
BDG	Blue Diamond Growers (Mandelfabrik in Sacramento, Kalifornien)
CTW	Change to Win (Gewerkschaftskoalition der USA; besteht seit 2005)
FLSA	Fair Labor Standards Act (Gesetz zur Regelung von Arbeitskonflikten)
HERE	Hotel Employees and Restaurant Employees (Hotel- und Restaurantgewerkschaft)
ILWU	International Longshore and Warehouse Union (Hafen- und Lagerarbeitergewerkschaft)
INS	Immigration and Naturalization Service (Grenzschutzbehörde der USA bis 2005)
IRCA	Immigration Reform and Control Act (Gesetz zur Regelung der Immigration in die USA von 1986)
LAMAP	Los Angeles Manufacturing Action Project
NAFTA	North Atlantic Free Trade Area
NRLB	National Labor Relations Board (Behörde für Arbeiterbelange der US-Regierung)
SEIU	Service Employees International Union (Gewerkschaft für Angestellte im Servicesektor)
UC	University of California
WASP	White Anglo Saxon Protestants (Weiße angelsächsische Protestanten)
WC	Worker Center

1 Einführung

Migration ist ein weltweites Phänomen. Laut *Le Monde diplomatique* lebten im Jahr 2000 ca. 120 Millionen Menschen nicht in ihrem Geburtsland. Das ist eine quantitative Verdoppelung seit dem 2. Weltkrieg, wobei das Verhältnis der Anzahl der Migranten zur Weltbevölkerung mit 2% konstant geblieben ist. Allerdings sind neben einer Änderung der Richtung dieser Bewegungen auch die Ursachen für ein Leben in einem anderen Staat andere als vor einem halben Jahrhundert. Waren damals oft politische Gründe für die Emigration entscheidend, verlassen heute 90% der Menschen aus wirtschaftlichen Erwägungen ihr Heimatland (*Le Monde diplomatique* 2003, S. 54f.).

In den USA ist die Arbeitsmigration eine Konstante in der demographischen und wirtschaftlichen Entwicklung. Vor allem in den letzten Dekaden des 20. Jahrhunderts und zu Beginn des 21. Jahrhunderts hat die Zahl der im Ausland geborenen Menschen, die auf dem Territorium der Vereinigten Staaten von Amerika leben, enorm zugenommen.¹

Das mit Abstand größte Kontingent der Immigranten², die in den USA arbeiten, stellen Mexikaner. Derzeit leben den höchsten Schätzungen zufolge ca. 27 Millionen Menschen mexikanischen Ursprungs in den Vereinigten Staaten von Amerika. Das sind etwa 65% der gesamten lateinamerikanischen Bevölkerungsgruppe in den USA. 10,6 Millionen von ihnen sind in Mexiko geboren, schätzungsweise 4,8 Millionen davon kamen ohne gültige Papiere in die USA³ (nach offiziellem US-amerikanischem Sprachgebrauch: *Illegal Aliens*). 400.000 Mexikaner lassen sich jedes Jahr zusätzlich im nördlichen Nachbarland nieder, dazu kommen jährlich 110.000 mit temporären Arbeitsvisa. (Varea 2005, S. 70)

Besonders deutlich wird diese Entwicklung in den südlichen Staaten der USA. Der Bundesstaat mit den meisten Einwohnern, die im Ausland geboren sind, ist Kalifornien. Dort machen Einwanderer

- 1 Von 1994 bis 2003 hat sich die im Ausland geborene Bevölkerung auf dem Territorium der USA von 12,2 Mio. auf 21,6 Mio. Menschen erhöht und damit fast verdoppelt.
- 2 Aus Gründen der besseren Lesbarkeit dieser Arbeit werden nur geschlechtsneutrale oder männliche Formulierungen benutzt, um Angehörige einer bestimmten Berufsgruppe, Ethnie, Nationalität etc. zu beschreiben. Damit werden auch Frauen eingeschlossen. Es geht dabei nicht um die Diskriminierung der Frauen, die dadurch nicht extra erwähnt werden. Aber im akademischen Sprachgebrauch hat sich die Verwendung des Binnen-I noch nicht durchgesetzt, weshalb sich in dieser Arbeit auf die „traditionelle“ Schreibweise beschränkt wird.
- 3 Laut Schätzungen der OECD auf Grundlage des US-Zensus aus dem Jahr 2000 lebten in diesem Jahr ca. 7 Mio. Menschen unautorisiert, d.h. ohne gültige Papiere in den USA, was etwa 2,5% der Gesamtbevölkerung entspricht. Mexiko bleibt demnach das größte Sendeland mit einem Anteil von 4,8 Mio. Von 1990 bis 2000 hat sich Mexikos Anteil an dieser Bevölkerungsgruppe signifikant von 58% auf 69% erhöht (OECD 2004, S. 290).

mexikanischer Herkunft darüber hinaus den größten *nicht-weißen* Anteil an der Gesamtbevölkerung aus.⁴ 35,1% aller gebürtiger Mexikaner die in den USA lebten, hatten ihren Wohnsitz 2004 in Kalifornien.⁵ Insofern rechtfertigt sich die Wahl Kaliforniens für wissenschaftliche Betrachtungen, die mit der Immigration aus Mexiko zusammenhängen. Obwohl hier von einem demographischen Extrembeispiel ausgegangen wird, werden die Mechanismen für Migration in Kalifornien besonders deutlich und lassen sich aufgrund der allgegenwärtigen Präsenz dieses Phänomens im Alltag am besten studieren.

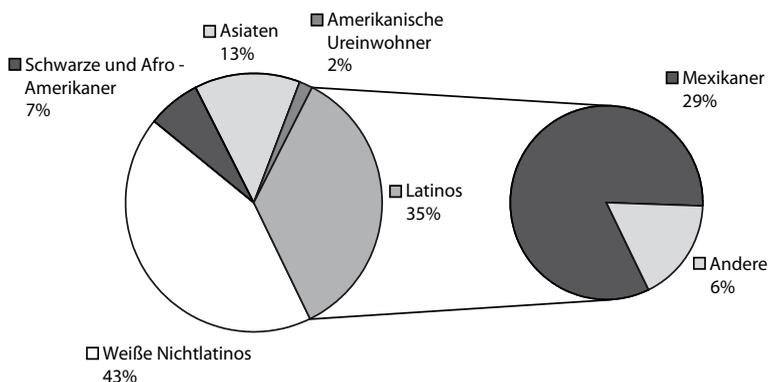


Abb. 1: Bevölkerungsverteilung Kaliforniens 2005. Gesamtbevölkerung: 35.278.768

Quelle: US-Census bureau (<http://www.census.gov/>)

Wenn nun Jahr für Jahr Hunderttausende von Nicht-Staatsbürgern zusätzlich auf dem Arbeitsmarkt eines Landes ihr Auskommen suchen und finden, hat das Folgen für denselben. Auf der einen Seite werden Immigranten regelmäßig dafür verantwortlich gemacht, dass die Löhne fallen und dass sich die Arbeitslosigkeit der einheimischen Bevölkerung erhöht. Wenn sie nicht arbeiten, wird ihnen vorgeworfen, dass sie auf Kosten der Sozialsysteme leben. Als Grund wird dafür oft die Unorganisierbarkeit dieser Bevölkerungsgruppe angeführt (vgl. Briggs 2001, Jenkins 1978).

- 4 29,4% der Bevölkerung Kaliforniens sind mexikanischen Ursprungs. Bei diesem Anteil sind allerdings auch die Nachkommen früherer Immigranten dazugezählt, als die 2., 3. und 4. Generation von Einwanderern.
- 5 Wobei dieser Wert 1994 noch bei 53,8% lag, was für eine Diversifizierung der Migrationszielgebiete der Mexikaner innerhalb der USA spricht. Nichtsdestotrotz leben in Kalifornien noch immer quantitativ die meisten der in Mexiko geborenen Menschen, gefolgt von Texas mit 19,3% und Arizona mit 6,3%. (Milkman 2005, S. 6).

An dem Punkt, wo Immigration und Arbeiterorganisation zusammentreffen, taucht das Stigma von den *Unorganizables* immer wieder auf. Auf der anderen Seite wird der Nutzen der billigen ausländischen Arbeitskräfte für die Wirtschaft als Wettbewerbsvorteil hervorgehoben. An dieser Stelle kommen die Gewerkschaften ins Spiel, denn sie sollen zwischen den beiden Interessenlagen der Arbeiter und der Unternehmer vermitteln. Wenn also Millionen von *transnationalen Arbeitern*⁶ den Arbeitsmarkt verändern, ist es nicht zuletzt die Aufgabe der Gewerkschaften, sich mit diesem Phänomen auseinander zu setzen und im Interesse aller Arbeiter eventuelle negative Auswirkungen zu minimieren. Dieses Verhältnis von Immigration und organisierter Arbeitervertretung wurde in der Vergangenheit wenig beachtet. Dies ist unter anderem dem Desinteresse der US-amerikanischen Gewerkschaften zuzuschreiben, die jahrzehntelang auf das Phänomen der Immigration nur wenig reagiert haben. In den letzten 15 Jahren hat sich bezüglich dieses Verhältnisses jedoch einiges bewegt und auch die Wissenschaft hat sich diesem Thema zugewandt. Dennoch sind die Veröffentlichungen zu diesem Thema relativ rar. Neben wenigen aktuellen Monographien sind es hauptsächlich Fachzeitschriften, die sich damit auseinandersetzen. In deutscher Sprache existiert bisher kein Werk zum Verhältnis zwischen Immigration und Gewerkschaften in den USA, abgesehen von kleineren Artikeln in (Nichtfach-)Zeitschriften (vgl. Caffentzis 2006, Marcotte 1996, Gruppe Arbeiterpolitik 1996). Aus diesem Grunde und wegen der starken Dynamik, die das Verhältnis zwischen Immigranten und US-amerikanischen Gewerkschaften in den letzten fünfzehn Jahren angenommen hat, habe ich mich für die Analyse dieses Themas entschieden.

Die Immigration in die USA wurde in all ihren Facetten in vielen Studien, Zeitschriften und Monographien beschrieben, gemessen und analysiert. In jüngeren Werken wurde zunehmend der kulturelle Hintergrund mittels ethnologischer und kulturwissenschaftlicher Betrachtungen aus postmoderner Perspektive beleuchtet (Duarte-Herrera 2001, S. 139ff., Gonzalez 2004, S. 73ff.). Aus soziologischer Sicht gibt es zahlreiche Studien über die sozialen Netzwerke, die für

6 Der Begriff „transnationale Arbeiter“ wird in dieser Arbeit synonym für Arbeitsimmigranten benutzt. Zum einen hat sich dieser Term in der Migrationsforschung der letzten Jahre mehr und mehr durchgesetzt, zum anderen macht es Sinn, zumindest im Falle Mexikos, von Transnationalität zu sprechen, da eine überwiegende Anzahl der aus Mexiko stammenden Arbeiter soziale Netzwerke in beiden Staaten unterhalten. Des Weiteren sind die umfangreichen Remittenzzahlungen ein transnationaler Vorgang. Außerdem ist die wachsende Einflussnahme von in den USA lebenden mexikanischen Immigranten auf die lokale Politik in Mexiko ohne Zweifel ein transnationales, also Staatengrenzen übergreifendes Phänomen (Weber 1998, S. 211ff.).

die Migration wie ein Katalysator wirken (u.a. Singer/Massey 1998, S. 561ff., Escobar 2005, S. 183ff.) und aus den wirtschaftswissenschaftlichen Analysen wurden Schlussfolgerungen für die Ökonomien im Gast- und Sendeland der Immigranten gezogen (Moctezuma 2002, S. 149ff., Briggs 2001). In den letzten Jahren hat sich der Fokus der Forschung verstärkt auf genderspezifische Aspekte der Immigration gerichtet (Hondagneu-Sotelo 2001). All diese Betrachtungen sind für das Verständnis des immer komplexer werdenden Prozesses der (Arbeits-)Immigration von hoher Bedeutung. Da sie aber schon eingehend wissenschaftlich bearbeitet worden sind, wird auf Grund der Begrenztheit des hier zur Verfügung stehenden Rahmens nicht intensiv auf diese Themen eingegangen, es sei denn, es ist für das Verständnis der Ausführungen punktuell notwendig.

Zielstellung dieser Arbeit ist es, das Verhältnis zwischen mexikanischen transnationalen Arbeitern und der US-amerikanischen Arbeiterbewegung, insbesondere den Gewerkschaften, in seinen verschiedenen Dimensionen zu analysieren. Da ist zum einen die Frage, wie die mexikanischen Immigranten den Gewerkschaften gegenüber eingestellt sind, aber auch die Attitüde der Vertreter der organisierten Arbeiterschaft gegenüber Ersteren. Auch gilt es zu prüfen, inwiefern das Vorurteil von der Unorganisierbarkeit von Einwanderern auf die mexikanischen Immigranten in Kalifornien zutrifft. In diesem Zusammenhang wird untersucht, ob die US-amerikanischen Gewerkschaften adäquate Institutionen für die Organisation der transnationalen Arbeiter sind, und welche anderen Formen des Zusammenschlusses zur Artikulierung der arbeitsrelevanten Interessen dieser Bevölkerungsgruppe angemessener agieren können. Um sich dem Problem anzunähern, ist es sinnvoll, zu Beginn die neuesten Tendenzen der (Arbeits-) Migration von Mexiko in die USA, vor allem aber nach Kalifornien, zu beleuchten. Daher wird im zweiten Kapitel auf einige Theorien internationaler Migration eingegangen. Nach einer kurzen historischen Hinleitung werden im dritten Kapitel die wirtschaftlichen Wechselbeziehungen zwischen Mexiko und den USA untersucht, die als Indikatoren für die Arbeitsimmigration gelten. Außerdem werden politische Entwicklungen wie die neue Sicherheitsdoktrin der USA seit 9/11 analysiert, um einen differenzierten Blick auf die komplexen Migrationsbewegungen an der US-amerikanischen Südgrenze zu ermöglichen. Für ein besseres Verständnis der komplexen Situation sind sowohl die neueren rechtlichen Entwicklungen in den USA seit dem *Immigration Reform and Control Act (IRCA)* von 1986 von Bedeutung, als auch das

Anwachsen der *Chicano-Lobby*⁷ und der Kampf um den rechtlichen Status der Einwanderer ohne Aufenthaltserlaubnis (*Undocumented*).

Im zweiten Strang der Analyse wird die derzeitige gewerkschaftliche Situation in den USA untersucht (Kapitel 4).

Dabei wird die Betrachtung der historischen Entwicklung der gewerkschaftlichen Arbeit in den USA auf den rechtlichen Rahmen der organisierten Interessenvertretung der Arbeiter beschränkt (z.B. National Labor Relations Act von 1935) und Fair Labor Standards Act (FLSA) von 1937). Wichtiger sind die neueren Tendenzen seit 1990. In diesem Zusammenhang geht es um neue Unternehmerstrategien gegen Gewerkschaften, das gesellschaftliche Klima gegenüber der Arbeiterorganisation und die beginnende Umorientierung der Gewerkschaften seit Mitte der 1990er Jahre bis hin zur Abspaltung des Bündnisses „Change to Win“ aus dem US-amerikanischen Gewerkschaftsdachverband *American Federation of Labor – Council of Industrial Organizations (AFL-CIO)* im Juli 2005.

Beginnend mit der Betrachtung der Auswirkungen der Arbeitsimmigration auf den Arbeitsmarkt wird im Hauptteil dieser Abhandlung anhand einer multiperspektivischen Analyse⁸ das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Arbeitsimmigration untersucht. Dazu wird der Haltungswandel der Gewerkschaften hinsichtlich der eingewanderten transnationalen Arbeiter skizziert und versucht zu klären, inwiefern der Vorwurf der Unorganisierbarkeit auf die Arbeitsimmigranten zutrifft. Der Fokus liegt dabei auf transnationalen Arbeitern aus Mexiko (Kapitel 5).

Im folgenden Kapitel werden zwei Fallbeispiele analysiert, in denen Gewerkschaften versuchten bzw. versuchen, in Kalifornien transnationale Arbeiter (vorrangig mexikanischen Ursprungs) zu organisieren. Zum einen wird das *Los Angeles Manufacturing Project (LAMAP)*⁹ aus der Mitte der 1990er Jahre für die Betrachtungen herangezogen. Wenngleich dieses Projekt letztendlich scheiterte, so zeigt sich an ihm jedoch beispielhaft, welche Probleme und Berührungspunkte zwischen mexikanischen Arbeitern und US-Gewerkschaften bestanden. Aus der

7 Mit dem Begriff Chicano wurden ursprünglich aus Mexiko stammende, aber in den USA lebende Menschen abfällig bezeichnet. Spätestens seit der US-Bürgerrechtsbewegung in den 1960er Jahren wurde dieser Term von der entsprechenden Bevölkerungsgruppe mit positivem Selbstbezug gebraucht. Heute gibt es an verschiedenen Universitäten Lehrstühle für Chicanostudies, der Begriff hat seine negative Konnotation verloren und wird selbstreferentiell auch von Mexikanern in Nordmexiko gebraucht (Vigil 1998, S. 251ff.).

8 Mit multiperspektivischer Analyse meine ich die Annäherung an ein Forschungsproblem durch die Betrachtung verschiedener Teilaspekte (historisch, politisch, gesellschaftlich und juristisch).

9 Sprich: engl.: LA-map.

heutigen Perspektive wird dann zu klären sein, ob sich diese Widerstände, und damit auch das Verhältnis zwischen mexikanisch stämmigen Arbeitern und Gewerkschaften, in den letzten zehn Jahren verändert haben.

Als zweites Fallbeispiel wurde der immer noch andauernde Arbeitskampf in der Mandelfabrik *Blue Diamond Growers (BDG)* in Sacramento/Kalifornien gewählt. Die Arbeiter dieses Unternehmens befinden sich mit der Firmenleitung in Konflikt, da sie durch die *International Longshore and Warehouse Union (ILWU)* vertreten werden wollen, was von Seiten des Unternehmens bekämpft wird. Für die Analyse dieses Konflikts wurden unter anderem Interviews geführt und eine Gerichtsverhandlung des *National Relations of Labor Boards (NRLB)*¹⁰ besucht. Auch wenn dieser Fall noch nicht abgeschlossen ist, lassen sich an ihm nahezu alle Konfliktlinien zwischen Arbeitern und Unternehmen, den US-amerikanischen *Natives*¹¹ und den Arbeitern der 1. bzw. 2. Generation von Zuwanderern nachvollziehen.

Danach schließt sich die Beantwortung der Frage an, ob die traditionellen Gewerkschaften der USA derzeit noch ein geeignetes Mittel für die Interessenvertretung und Integration von Menschen mit Migrationshintergrund im Niedriglohnsektor sind. Dafür ist es unerlässlich, einen Blick auf alternative Organisationsformen auf kommunaler Ebene zu werfen, und dabei die Chancen, aber auch die Grenzen dieser Netzwerke zu analysieren (Kapitel 7).

Im Schlussteil der Arbeit werden die Leitfragen zusammenfassend beantwortet und die neuen Tendenzen zwischen Gewerkschaften und Immigranten in den Vereinigten Staaten komprimiert dargestellt.

Empirisch basiert diese Arbeit auf zehn teilstandardisierten Interviews, die von November 2005 bis März 2006 in Kalifornien und Mexiko mit Gewerkschaftern, Politikern, Akademikern und NGO-Vertretern geführt wurden. Dabei handelt es sich um „Experteninterviews“ (Flick 1991, S. 148ff., Kaufmann 1999) die mittels eines vorab erstellten Interviewleitfadens strukturiert wurden. Die Gespräche wurden auf der Grundlage der qualitativen Inhaltsanalyse von Mayring (1993, S.

10 Eine sinnvolle Übersetzung der „Nationalen Arbeitsbeziehungsbehörde“ wäre aufgrund ihrer Tätigkeit, Arbeitsaufsichtsbehörde! Sie füllt hauptsächlich Funktionen aus, die in Deutschland vom Arbeitsgericht wahrgenommen werden.

11 Natives werden in der englischsprachigen Forschungsliteratur die im Staat geborenen Staatsbürger genannt. Im deutschen gibt es außer dem Term „natürlicher Einwohner“ oder „Ureinwohner“ keinen adäquaten Begriff dafür, weshalb ich bei Native bleibe, da die Region der Analyse (vorrangig) englischsprachig ist.

87ff., 2000) mittels der Technik der inhaltlichen Strukturierung ausgewertet. Dazu wurden Kategorien erstellt, anhand derer die transkribierten Interviews zerlegt und analysiert wurden. Danach wurden weitere Aussagen wie z.B. ad-hoc-Einschätzungen bzgl. des derzeitigen politischen Klimas in den USA oder der sich verändernden wirtschaftlichen Situation der Arbeitsimmigranten in Kalifornien gesammelt und den bereits vorhandenen Aussagen zugeordnet. Außerdem wurden die Expertenaussagen mit Ergebnissen aus der Auswertung der Literaturhinweise bzw. Sekundärdaten kontrastiert.

Um das quantitative Defizit auszugleichen, werden statistische Erhebungen des *US-Censusbureau*,¹² des *Bureau of Labor Statistics* des *US-Departments for Labor (BLS)*,¹³ des *Departments of Immigration and Customs Enforcment (ICE)*¹⁴ und der mexikanischen Behörde für Statistik *Coordinacion nacional de la poblacion (Conapo)*¹⁵ benutzt. Weitere wertvolle Daten liefert die Studie *Estudio Binacional de inmigracion* (Conapo 1997).

Da dieses aktuelle Thema einer starken Veränderungsdynamik unterliegt, werden neben der begrenzten Forschungsliteratur auch Zeitungs- und Zeitschriftenartikel aus Mexiko und den USA verwendet.

12 Im Internet unter: <http://www.census.gov/>.

13 Im Internet unter: <http://stats.bls.gov/>.

14 Im Internet unter: <http://www.cbp.gov/>.

15 Im Internet unter: www.conapo.gob.mx und www.stps.gob.mx.



Demonstration vor der US-Botschaft in Mexiko-Stadt für Solidarität mit den Landsleuten in den USA

2 Theorieansätze internationaler Migrationsforschung

Im Folgenden werden die wichtigsten Theoriestränge internationaler (Arbeits-) Migrationsforschung kurz skizziert. Es gilt als bekannt, dass eine Hauptursache internationaler Migration durch ein Lohn- und Wohlstandsgefälle zweier Staaten zustande kommt. Der Lohnunterschied zwischen Mexiko und den USA beträgt in etwa 1:10. Das Gleiche gilt für den privaten Konsum als Indikator für das Wohlstandsgefälle (Massey et al. 2003, S. 7). *Neoklassische Theorien* gehen aufgrund dieser Annahme davon aus, dass durch eine relativ simple Kosten-Nutzen-Rechnung für das Individuum der Grund für Immigration erklärt werden könne. Dies war dann auch die vorherrschende Tendenz in den Versuchen der US-Behörden, die mexikanische Immigration zu stoppen: eine Erhöhung der Kosten des Grenzübertritts durch Verstärkung der Grenzkontrollen, Zäune etc. und eine Verringerung des Nutzens durch Reduzierung des Zuganges zu Sozialleistungen für Immigranten und die Kriminalisierung „illegaler“ Arbeit.¹⁶ Warum schlugen die Maßnahmen letztendlich fehl und verminderten nicht die Immigration?

Das streng auf das Nutzen maximierende Individuum ausgelegte neoklassische Modell erfasst die soziale Realität vor allem in den Sendeländern der Immigranten nicht ausreichend, denn oft werden Entscheidungen für oder wider die Migration in sozialen Zusammenhängen wie der Familie getroffen. Wie sonst könnten die Phänomene der astronomischen Summen der jährlichen Remittenzzahlungen nach Mexiko erklärt werden, oder die Rückkehr vieler Immigranten nach einem zeitlich begrenzten Aufenthalt im Gastland?

Eine komplexere Erklärung bietet die theoretische Linie der *New Economics of Labor Migration*. (Stark/Bloom 1985, S. 173ff.) Sie charakterisiert die Arbeitsmigration als eine Form des Risikomanagements angesichts fehlender bzw. defizitärer Versicherungs-, Kredit- und Arbeitsmöglichkeiten. Regionale bzw. internationale Diversifizierung der Arbeitsverhältnisse innerhalb einer sozialen Gemeinschaft (i.d.R. der Großfamilie) soll Fehler des Marktes ausgleichen, dessen Funktionieren die neoklassische Theorie voraussetzt. Während in den

16 Wegweisend für derlei Vorschläge war die vom Kongress eingesetzte Commission of Immigration Reform (CIR) unter der Leitung von Barbara Jordan, die 1997 Ergebnisse ihrer Studie vorstellte, die drastische Maßnahmen zur Grenzverstärkung und Ächtung und Kriminalisierung undokumentierter Arbeiter vorsah (vgl. CIR 1997, Briggs 2001, S. 151).

entwickelten Industrieländern die Menschen tendenziell über private Kreditsysteme sowie staatliche Leistungen und Garantien abgesichert sind, müssen Menschen aus Entwicklungs- und Schwellenländern andere Strategien zur Absicherung entwickeln. Die Arbeitsimmigration einzelner Familienmitglieder in eine Region oder ein Land mit höheren Löhnen ist eine dieser Strategien. Schaut man sich die sozialen Sicherungssysteme und das marode Kreditwesen Mexikos, vor allem seit der Pesokrise 1994/95 an, treffen diese Indikatoren zu.

Einen weiter gefassten Ansatz verfolgen die Systemtheoretiker, die Entscheidungsspielräume für oder gegen eine Migration in größer gefassten Sozialstrukturen und in der globalen Veränderung der Märkte verorten. Dieser Theoriestrang wird auch *World Systems Theory* genannt. In anderen Modellen wird die Zentrums-Peripherie-Metapher gebraucht. Einige der bekanntesten Vertreter sind Wallerstein (vgl. u.a. 1974), Petras (vgl. u.a. 1981) und Castells (vgl. u.a. 1989). Die Theorie besagt, dass das Eindringen globaler Märkte in bis dato periphere Regionen eine Basis für die Mobilität von potentiellen Immigranten bildet, speziell in Agrarregionen. Durch die Umstrukturierung der Wirtschaft werden neben des eventuellen Verlustes der Lebensgrundlage auch traditionelle Sozialbeziehungen verändert, i.d.R. weichen vormals familiäre patriarchalische Strukturen¹⁷ auf und machen so die Individuen „frei“ für die Immigration, d.h. aus kleinen Landbesitzern, die der Marktkonkurrenz nicht standhalten können, werden ungelernete, landlose und mobile Arbeitskräfte. Der Verlust sozialer Bindungen macht sie mehr empfänglich für die Idee der Immigration in ein anderes Land. Hinzu kommt die Erleichterung der internationalen Mobilität für potentielle Immigranten aufgrund der Neuschaffung von Infrastruktur, die von den transnationalen Unternehmen zum Transport der in der Peripherie abgebauten bzw. erzeugten Güter notwendig sind.

Das sind die so genannten *Push-Faktoren*, Bedingungen im Herkunftsland, die Immigration begünstigen. In Mexiko kommt der starke kulturelle Einfluss der USA vermittelt durch die Massenmedien hinzu. Diese Theorie bezieht aber auch die Nachfrage an billigen Arbeitskräften als *Pull Faktoren* ein. Gerade in den urbanen Ballungsräumen der USA herrscht eine große Nachfrage an ungelerten Arbeitskräften im Servicebereich. Diese Nachfrage (*Demand*) ist

17 In den neu geschaffenen Industriebetrieben multinationaler Konzerne kommt es häufig zu einer Feminisierung der Arbeitskraft. Ein beredtes Beispiel davon gibt die Maquiladora-Industrie an der mexikanischen Nordgrenze. Dadurch, dass es oft Frauen sind, die den Lebensunterhalt verdienen, verändert sich die traditionelle Struktur der Familie, gerade im katholischen Mexiko, wo die männliche Rolle als Familienernährer eine große Rolle spielte (Massey et.al. 2003, S. 13).

für eine weitere Theorie über internationale Immigration die Hauptursache für den Exodus von Menschen über die Staatsgrenzen hinweg auf der Suche nach Arbeit: die *Theorie des segmentierten Arbeitsmarktes* (vgl. u.a. Piore 1979). Unattraktive Arbeiten im unteren Segment des Arbeitsmarktes ließen sich zwar durch eine Erhöhung des Lohnes auch für *Natives* attraktiv machen, würden aber zu einer „strukturellen Inflation“, also zu mehr Lohn- und Statusforderungen anderer Berufsgruppen mit bereits höherem Status in der gleichen Firma, führen, was für einen Unternehmer durchaus sehr kostspielig sein kann. Der Theorie folgend, lässt sich dieses Problem jedoch durch die Beschäftigung von Arbeitsimmigranten aus Ländern mit einem niedrigeren Lohnniveau umgehen, denn a) sehen sich Immigranten zumindest zu Beginn ihres Aufenthalts nicht als Teil der Gesellschaft im Zielland, b) sind ihre Löhne selbst in schlecht bezahlten Anstellungen im Zielland immer noch signifikant höher, als im Herkunftsland und c) führt die Arbeit im Ausland in vielen Fällen zu einer Statusverbesserung im Heimatland.¹⁸ Insofern haben Immigranten weniger Status- und Lohnprobleme bei Berufen in den unteren Segmenten des Arbeitsmarktes. Sind Arbeitsimmigranten zusätzlich ohne gültige Papiere im Zielland, spielt der Berufsstatus generell eine untergeordnete Rolle.

Des Weiteren liegt nach dieser Theorie die chronische Nachfrage an mobilen Arbeitskräften im Dualismus von Arbeit und Kapital begründet. Dieser besteht – verkürzt gesagt – darin, dass auf der Seite von fixem Kapital (Produktionsmittel, Land, Immobilien) in Zeiten einer Rezession wenig an den Kosten für den Unternehmer gespart werden kann – auf der Arbeitsseite aber sehr wohl, indem man bei sinkender Nachfrage einfach einige ungelernete Arbeiter entlässt.

18 In einigen Fällen führt das sogar zur aktiven Einflussnahme von in den USA arbeitenden Mexikanern in die Lokalpolitik der Heimatregion (vgl. Bakker/Smith 2003).

3 Aktuelle Tendenzen der mexikanischen (Arbeits-)Migration in die USA

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind das wichtigste Einwanderungsland der Welt. Menschen aus allen Teilen der Erde haben sich hier in verschiedenen Phasen von Masseneinwanderung niedergelassen, meist wegen der ökonomischen und/oder politischen Verhältnisse im eigenen Land. Trotzdem ist das Verhältnis zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten diesbezüglich ein außerordentliches. Zum einen wegen der unmittelbaren Nachbarschaft und der 3000 km langen gemeinsamen Grenze. Zum anderen ist es die enorme Quantität, die die Migration aus Mexiko in das wirtschaftlich ungleich stärkere Nachbarland zu etwas Besonderem macht.

Da diese Migrationsbewegung durch eine historische Kontinuität geprägt wurde, ist es sinnvoll, jene zumindest ansatzweise zu beleuchten.

Migration als historischer Prozess zwischen ungleichen Nachbarn

Durch den Frieden von *Guadalupe-Hidalgo* im Jahr 1848 und den *Gadsden-Handel* von 1853 verlor Mexiko etwa die Hälfte seines bisherigen Territoriums an die USA. Das entspricht in etwa den heutigen Bundesstaaten Kalifornien, Arizona, New Mexiko, Utah, Nevada, Texas und Teilen Colorados und Wyomings. Einige Zehntausend Mexikaner blieben in den bis dato wenig erschlossenen Gebieten der US-amerikanischen Südstaaten leben. Dies kann als Beginn mexikanischer Communities in den USA gewertet werden. In den Folgejahrzehnten entwickelte sich langsam eine Art Grenzverkehr. Mexikanische Bauern arbeiteten auf den Feldern nördlich der Grenze, aber das deckte bei weitem nicht den Bedarf an billiger Arbeitskraft auf den Farmen, die nun in US-amerikanischer Hand waren.

„Der Vertrag von Guadalupe-Hidalgo ließ die Schwerstarbeiter auf der einen, das Kapital und den besten Boden auf der anderen Seite der Grenze. Diesen Fehler berichtigte die Migration.“ (Galarza 1964; S. 14).

Allerdings war der Grenzverkehr aufgrund der natürlichen Barrieren wie Wüste, Gebirge oder *Rio Grande*, durch mangelnde Infrastruktur und durch die geringe Besiedelung der Region sehr beschränkt. Das änderte sich zum Ende des 19. Jahrhunderts mit der Besiedelung des US-amerikanischen Westens, die u.a. im Goldrausch und durch neue Eisenbahnlinien einen Katalysator fand (Delgado 1993, S. 73). Gleichzeitig stieg der

Bedarf an billigen und flexiblen Arbeitskräfte in den USA in den Bereichen Landwirtschaft, Bergbau und Eisenbahnbau an.

Der Bau einer mexikanischen Eisenbahn an die Grenze zu den USA in den 1890er Jahren ermöglichte zudem erstmals einer größeren Menge von Mexikanern die Reise in den Norden. In den Wirren der mexikanischen Revolution (1910-1917) wurde die Grenze dann weit öfter von Kombattanten in beide Richtungen überquert. Nicht wenige Caudillos¹⁹, aber auch Kämpfer und viele Bauern aus dem Norden suchten Schutz beim nördlichen Nachbarn.

Der Bedarf an Arbeitskräften stieg in den USA drastisch während des 1. Weltkrieges und immer mehr Mexikaner nahmen die Möglichkeit wahr, dem eigenen, wirtschaftlich und sozial vom Bürgerkrieg zerrütteten Land den Rücken zu kehren und im Norden ihr Glück zu versuchen. Dort waren sie willkommen, denn die wirtschaftlich erstarrende Macht USA brauchte billige Arbeitskräfte mehr denn je, vor allem das boomende Kalifornien. Während zu Beginn des 20. Jahrhunderts gegen andere Nationen bereits erste Einwanderungsquoten oder Einwanderungsstopps verhängt wurden, hat man gegen Mexiko derartige Maßnahmen zugunsten der Landwirtschaftslobby nie ernsthaft durchgesetzt.

1924 wurden mit dem *Immigration Act* Visakosten von 20 US\$ für Mexikaner eingeführt, was dazu führte, dass die meisten Mexikaner diese Kosten sparten und von nun an ohne Papiere über die Grenze kamen, die in jenen Tagen nicht viel mehr als eine willkürlich festgelegte Linie in der Wüste war. Damit begann jenes Phänomen, was heute als „illegale Immigration“ bezeichnet wird. Bereits 1926 waren drei Viertel aller Mexikaner auf dem Territorium der USA nicht im Besitz gültiger Papiere.

Zwar gab es seitdem gewisse Höhen und Tiefen in Bezug auf die Menge der Menschen, die sich von Mexiko aus auf den Weg in die USA machten, um dort ein neues Leben anzufangen oder lediglich für eine bestimmte Zeit dort zu arbeiten, aber die Migration ist zu einem festen Bestandteil der Beziehungen beider Länder geworden.

In den USA haben seit jeher gut situierte Farmer und in den letzten Dekaden zunehmend auch Unternehmer in anderen Bereichen von der billigen und devoten²⁰ Arbeitskraft der Mexikaner profitiert. Für Mexiko mit seiner schnell wachsenden Bevölkerung bedeutet die

19 Als Caudillos werden in Lateinamerika i.d.R. charismatische Anführer bezeichnet, sowohl im politischen, als auch im militärischen Bereich.

20 So zumindest ein Klischee, das sich bis heute vielerorts in den Vereinigten Staaten gehalten hat. Genauer dazu: Kapitel 5.

Migration der Landsleute nach Norden ein „Ventil“, durch das die für die eigene Wirtschaft „überzähligen“ Menschen abwandern können und darüber hinaus mit den Geldüberweisungen aus den USA Geld ins Land bringen.²¹ Eine Abwanderung Hochqualifizierter hätte sicher einen herben Verlust für Mexiko bedeutet. Da über Jahrzehnte hinweg aber vorrangig Menschen aus ländlichen Gebieten mit relativ geringer Bildung den Weg nach Norden angetreten haben, hat sich die mexikanische Politik in der Regel hinter die Immigranten gestellt, bzw. keine ernsthaften Versuche unternommen, sie aufzuhalten.

Die Verteilung der Mexikaner in den verschiedenen Sektoren der US-Wirtschaft hat sich in den letzten Dekaden signifikant geändert. Während bis Mitte der 1970 Jahre noch die Arbeit im Agrarsektor dominierte, arbeiten derzeit die meisten mexikanischen Immigranten unmittelbar nach ihrer Ankunft in den USA in eher urbanen Berufen im Bau- und Gastronomiegewerbe, sowie im Servicebereich und in der Industrie. In diesen Bereichen arbeiteten nun auch zunehmend Frauen, denn zwar war Immigration und Arbeit im Ausland lange Zeit eine Männerdomäne gewesen, jedoch kamen seit den 1960er Jahren immer mehr Frauen auf der Suche nach Arbeit über die Grenze.

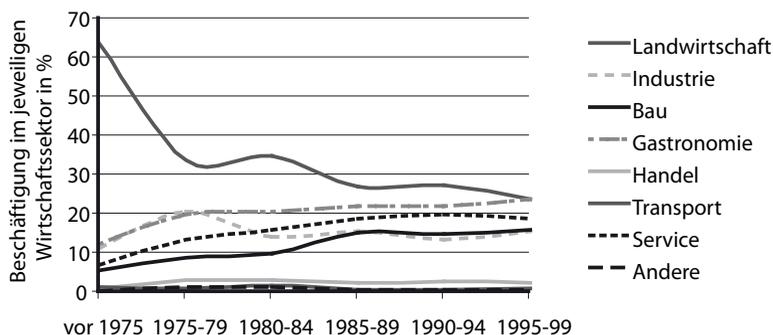


Abb. 2: Veränderung der Tätigkeitsfelder mexikanischer Arbeitsimmigranten in den USA

Quelle: Levine 2004, S. 43

21 Die Geldüberweisungen (Remesas) aus den Vereinigten Staaten nach Mexiko machen mittlerweile einen nicht unwesentlichen Anteil des Bruttosozialproduktes Mexikos aus. 2005 erreichten diese Geldüberweisungen laut der Conapo-Statistik 18,5 Mrd. US-Dollar (nur nach China und Indien wurde mehr Geld aus dem Ausland durch dort arbeitende Familienmitglieder überwiesen) und waren damit vor den Tourismuseinnahmen und dem Export von Industriegütern an zweiter Stelle der Deviseneinnahmen Mexikos. Nur der Petrochemische Sektor bringt Mexikos Wirtschaft mehr Geld ein (Conapo 2005, S.20f.).

Die USA auf der Suche nach einer konsistenten Immigrationspolitik

Ein erster groß angelegter Versuch seitens der Politik der Vereinigten Staaten, die Kontrolle über den Bedarf und die Verteilung von ausländischen Arbeitskräften zu erlangen, war das bis dato größte Gastarbeiterprogramm, das so genannte *Bracero*-Programm²², welches ausschließlich auf mexikanische Farmarbeiter zugeschnitten war. Es war der durch die Kriegsökonomie ansteigende Bedarf an Farmarbeitern, der die Regierung Franklin D. Roosevelts veranlasste, ein solches Programm von 1942 bis 1953 (anschließend verlängert bis 1964) zu initiieren. Das *Bracero*-Programm bedeutete 4,6 Millionen zeitlich begrenzte Arbeitsverträge für Mexikaner im Agrarbereich, fast ausschließlich für junge Männer (Garcia y Griego 1983, S. 12ff.). Kritisiert wurde dieses Programm wegen Verletzungen von Menschen- und Arbeitsrechten auf den Feldern und der Zurückhaltung von Löhnen bzw. der zahlreichen Vorenthaltung von Abschlussprämien. Während dieser Zeit suchten viele „Programmarbeiter“ ihr Auskommen in anderen Bereichen, die besser bezahlt und weniger saisonabhängig waren. Viele fanden dieses im Industriesektor. Da die Verträge immer an den Arbeitgeber gebunden waren, blieben viele der *Braceros* danach „illegal“, also ohne Dokumente, in den USA. Vom Standpunkt der Kontrolle über die Immigration aus dem südlichen Nachbarland gesehen, scheiterte das Projekt vollständig – die Zuwanderung von *Indocumentados* aus Mexiko nahm im selben Zeitraum zu. Um dem entgegenzuwirken, startete die US-Administration 1954 unter Präsident Wilson die *Operation Wetback*.²³

Ziel dieses Unterfangens war die „Renationalisierung“ illegal eingereister Immigranten, vor allem aber Mexikaner. Konkret drückte sich das durch die Abschiebung von ca. 885.000 Mexikanern aus (Galarza 1964, S. 59).

Ab 1964 fielen die länderspezifischen Quoten für die legale Einwanderung weg und es wurden bevorzugt Aufenthaltsberechtigungen für Familienzusammenführungen vergeben. Da bereits Millionen Mexikaner auf dem Gebiet der USA lebten, bekamen mexikanische Familien den größten Teil dieser Visa. Nicht mehr nur ökonomische

22 *Bracero* kommt aus dem Spanischen und ist vom Wort „*brazo*“ (dt.: Arm) abgeleitet und bedeutet in etwa „Arbeiter“; eine adäquate Übersetzung könnte „Handarbeiter“ sein, letztendlich arbeiteten die *Braceros* hauptsächlich in der Landwirtschaft, im Bergbau und beim Eisenbahnbau.

23 *Wetback* ist ein negativ konnotierter Begriff gegenüber undokumentierten Einwanderern aus Mexiko und Zentralamerika. Der „nasse Rücken“ kommt von der Durchquerung des Rio Grande. Das spanische Äquivalent zu diesem Begriff ist *Mojado* (der Nasse) und wird derzeit selbst von eingebürgerten Mexican Americans abfällig gegenüber Neuankömmlingen aus dem Süden benutzt.

oder politische Faktoren waren nunmehr allein ausschlaggebend für die Entscheidung zu emigrieren, sondern zunehmend die sozialen Netzwerke, vor allem Familienmitglieder. Zu den traditionellen Pull- und Push-Faktoren kam ein neues wesentliches Element hinzu.

Der Immigration Reform and Control Act (IRCA) von 1986

Während einige Wissenschaftler und Politiker die These vertreten, dass die Immigration, vor allem aus Mexiko, in den Jahren vor 1986 *Out of Control* geraten ist (Briggs 2001, S. 48), sprechen andere von einem relativ ausbalancierten System, bestimmt durch Angebot und Nachfrage von billigen Arbeitskräften und einer Dominanz zirkulärer Migration (Massey et al. 2004, S. 4).

Der *Immigration Reform and Control Act (IRCA)* von 1986, auch *Simpson-Rodino Act* genannt, stellt einen weiteren Meilenstein in der Einwanderungspolitik der Vereinigten Staaten dar. Zum einen ermöglichte er die Legalisierung von bereits länger in den USA lebenden und arbeitenden Immigranten bei entsprechenden Nachweisen und der Zahlung eines Bußgeldes. Das bedeutete eine Statusänderung für ca. drei Millionen Mexikaner, die jahrelang ohne gültige Papiere im Land gelebt hatten und nun eingebürgert wurden.

Auf der anderen Seite aber sah er Sanktionen gegen Unternehmer vor, die Arbeiter ohne gültigen Aufenthaltsstatus beschäftigten. Die Unternehmer wurden aber nicht verpflichtet, die Dokumente zu überprüfen und gaben sich auch mit Fälschungen zufrieden. Am deutlichsten drückte dies Peter Olney, Gewerkschafter an der Westküste mit langjähriger Erfahrung im Verhandeln zwischen Immigranten und Unternehmern, aus:

„Ich habe mal einen Manager der ISS getroffen, einer dänischen Reinigungsfirma, die damals in Los Angeles und Südkalifornien aktiv war. Wir hatten eine gute Verhandlungsbeziehung und er rief mich an und sagte: ‚Komm rüber in mein Büro! Ich muss Dir was zeigen.‘ Und er sagte zu mir: ‚Du weißt, wir haben eine sehr gute Beziehung, und Du und ich, wir verstehen, dass da draußen viele Menschen wahrscheinlich nicht legal hier sind, aber gute und respektable Arbeiter, und unsere Industrie baut auf sie, aber‘ sagte er zu mir: ‚aber ich kann das nicht akzeptieren!‘ [...] Und da ist diese Greencard, die er mir gegeben hat, und vorn steht geschrieben: „Department of Justicia“. Irgendjemand hat eine „trueca“, eine schlecht gefälschte Greencard. [...] gekauft, halb mit spanischer und halb mit englischer Aufschrift. Er sagt ‚Ich kann das nicht akzeptieren!‘ und er sagt mir: ‚Sag ihm, er soll sich was anderes

besorgen!' Das wars. Ich meine, das war das Niveau der Diskussion. Und so ist es immer noch in einigen Industrien“ (Olney, 15.03.2006)

Im Gespräch blickte der Gewerkschafter Augustin Ramirez auf Erfahrungen mit dieser Problematik zurück und schilderte, dass jene Sanktionen nur im Falle einer gewerkschaftlichen Organisation von Seiten der Unternehmer als Druckmittel benutzt wurden, was dieses Unterfangen gerade in Arbeitsbereichen mit vielen Immigranten ohne Papiere noch schwieriger gestaltet:

„Als ich noch für die Textilgewerkschaft gearbeitet habe, hatten wir Unternehmer unter Vertrag, die die *No Match Letters* [Briefe, in denen die Sozialversicherung den Unternehmern mitteilte, dass die angegebene Sozialversicherungsnummer nicht stimmt] von der Sozialversicherung empfangen, und die riefen uns an und sagten: ‚Hey, wir haben diese Briefe bekommen‘. Also haben wir die Arbeiter zu einer Versammlung einberufen, und der Unternehmer sagte: ‚O.K., ich entlasse Dich, heute am Freitag, als Luis Perez, aber Montag bist Du hier. Bring mir ein anderes Dokument, und Du wirst wieder eingestellt mit den gleichen Sozialleistungen und Boni, aber als Roberto Gomez.‘ Also die Unternehmer waren ... wenn sie den Arbeiter mochten, haben sie so mit uns mitgespielt. Aber unter anderen Umständen haben sie das nur benutzt, wenn man am organisieren war und sie dem feindlich eingestellt waren. Wenn ein Unternehmer den Gewerkschaften freundlich eingestellt war und die Arbeiter mochte, haben sie diese Briefe zerrissen und weg geschmissen. Aber wenn sie feindlich waren, dann haben sie sie benutzt“ (Ramirez, 20.03.2006).

Der Handel mit gefälschten Papieren blühte auf und nach einer anfänglichen Panik war der Status Quo weitgehend wieder hergestellt. Nicht zuletzt dem Druck durch die Landwirtschaft und den Industriebereich, jenen Bereichen, deren Produktionsgrundlage und Wettbewerbsvorteil mehr als andere auf der preiswerten und rechtlich wenig geschützten Arbeitskraft ausländischer Arbeiter ohne gültige Papiere bauten, ist es geschuldet, dass die US-amerikanischen Behörden die Umsetzung des Gesetzes sehr nachsichtig handhabten. Lediglich in Ausnahmefällen wurden Sanktionen gegen Unternehmer verhängt. Leidtragende waren die transnationalen Arbeiter selbst, die im Falle einer Razzia deportiert wurden. Außerdem war die gesetzlich vorgeschriebene Kontrolle der Papiere durch die Arbeitgeber ein Druckmittel gegen unzufriedene Arbeiter und gegen Arbeiterproteste (s. Kapitel 4). Dass das IRCA-Gesetzespaket von den Gewerkschaften insgesamt unterstützt wurde, stellte sich somit als kontraproduktiv für sie selbst da, wie der Gewerkschafter Carey Dall im Interview konstatierte:

„Also 1986 wurden die Arbeitgebersanktionen beschlossen. Und das mit Unterstützung der Arbeiterbewegung. Die Arbeiterbewegung hat das unterstützt, da sie gegen die Arbeitgeber vorgehen wollte, die Immigranten beschäftigen. Genauer gesagt, illegale Immigranten. Mit der Intention zu versuchen, Arbeiter ohne Papiere davon abzuhalten aus dem globalen Süden in dieses Land zu kommen und die Jobs zu nehmen, weißt du, wenn Amerikaner arbeiten würden, Amerikaner würden organisiert besser arbeiten. [...] Herausgekommen ist ein Sinn für Terror und Angst an Arbeitsplätzen mit Arbeitern ohne Papiere. Und das macht die Dinge noch komplizierter. Also die Arbeiterbewegung hat sich selbst ins Knie geschossen. Das war auch eine sehr rückwärtsgewandte und konservative Sache für die Arbeiterbewegung“ (Dall, 24.11.2005).

Trotz allem kamen weiterhin Hunderttausende von Mexikanern und Menschen aus dem bürgerkriegsgeschüttelten Mittelamerika weiterhin jedes Jahr ohne Papiere über die Südgrenze der USA. Nur verhältnismäßig wenige wurden von der *Borderpatrol* des *Immigration and Naturalization Service (INS)* gestoppt und abgeschoben, die meisten dagegen mit offenen Armen von Unternehmern auf der Nordseite der Grenze aufgenommen.

Als weiterer Grund für die bescheidenen Erfolge des IRCA wird angeführt, dass die wesentlich komplexer gewordenen sozialen und familiären Netzwerke die Immigration erleichterten (Pries 2004, S.10ff.).

Das North Atlantic Free Trade Agreement (NAFTA) von 1994

Das Inkrafttreten des *North American Free Trade Agreement (NAFTA)* zum 1.1.1994 zwischen den USA, Kanada und Mexiko kann mit Sicherheit als ein wichtiger Impuls für die mexikanische Migration gen Norden gelten. Dieses Abkommen beinhaltete die Öffnung der Grenzen und heimischen Märkte für Waren aus den drei nordamerikanischen Staaten, wobei die wirtschaftlichen Voraussetzungen denkbar ungleich waren.

Durch den Wegfall der Schutzzölle kamen große Mengen an Nahrungsmitteln, die in der hoch industrialisierten Landwirtschaft der Vereinigten Staaten konkurrenzlos billig produziert werden konnten, nach Mexiko.²⁴ Millionen von Klein- und Kleinstbauern, die oft über Subsistenzwirtschaft ihr Auskommen gefunden hatten, verloren

24 Die Importe von Mais, einem Grundnahrungsmittel in Mexiko, aus den USA stiegen 1994 um 525% (Bacon 2001, S. 46).

durch die Konkurrenz ihre Lebensgrundlage. Außerdem durfte vor 1994 Gemeindeland (*Ejidos*) nicht verkauft werden, so dass auch die ärmsten Bauern i.d.R. ein Stück Land bestellen, es aber nicht verkaufen konnten. Mit einer Modifizierung des Artikels 3 der mexikanischen Verfassung, wurde dies im Zuge von NAFTA geändert. Durch einen Druck auf die Preise und den Kauf und Verkauf von Land – wiederum ein Verlust der Lebensgrundlage für Millionen von Menschen – fungierte der Arbeitsmarkt im nördlichen Nachbarland nicht selten als einziger Rettungsanker. Der Soziologe Peter Andreas geht so weit zu sagen:

„Market based Reforms in Mexico’s agricultural sector have become a particularly important stimulus of illegal immigration [towards the USA]“ (Andreas 1999, S.606).

Die NAFTA-Reformen sind somit ein Paradebeispiel für die *World Systems Theory*: Vorher von der Weltwirtschaft weitgehend isolierte Teile der mexikanischen Landwirtschaft wurden von ausländischer Konkurrenz überrascht, traditionelle Sozialstrukturen veränderten sich und machten die Individuen „frei“ für die Migration bzw. den Verkauf der eigenen Arbeitskraft außerhalb gewohnter Umgebung (Massey et al. 2003, S. 13).

Erschwerend für Mexiko kam die so genannte Pesokrise 1994/95 hinzu. Sie hatte eine Abwertung des Pesos von 34% gegenüber dem Dollar zur Folge (Morris/Passé-Smith 2001, S. 134) und ließ dadurch die ohnehin gefährdete Mittelschicht weiter verarmen – ein weiterer Grund für ein quantitatives Anwachsen der Migration aus Mexiko gen Norden.²⁵

Durch den Wegfall der Schutzzölle wurde die nördliche Grenzregion mittels ausländischer (v.a. US-amerikanischer) Direktinvestitionen industrialisiert. In den entstehenden Fertigteilfabriken, den *Maquiladoras*, werden seitdem in Fließbandarbeit Konsumgüter für ausländische Märkte produziert. Zwar wurden so neue Arbeitsplätze für ehemalige Kleinbauern geschaffen, die Arbeitsbedingungen erinnern jedoch an den Beginn der Industrialisierung in Europa. Erbitterter Kampf gegen gewerkschaftliche Organisation, eklatante Mängel im Arbeitsschutz- und Hygienebereich wurden vielfach von verschiedenen NGOs und sogar von Regierungsorganisationen reklamiert (Bacon 2004, S. 60ff.).

25 Insgesamt verloren die mexikanischen Löhne seit Beginn der 1980er Jahre 76% ihrer Kaufkraft (Bacon 2004, S. 76), was allerdings nicht ausschließlich der NAFTA zuzuschreiben ist, sondern auch den Wirtschaftskrisen in den 1980er Jahren. Ein solcher Kaufkraftverlust ist jedoch ein aussagekräftiger Indikator für die Verschlechterung des allgemeinen Lebensstandards in einem Land. Das wiederum legt die Anwendung der New Economics of Labor Migration-Theorie nahe: die Migration als Risikoausgleich durch das Versagen der Märkte.

In diesen Fertigteilfabriken besteht ein Lohnniveau von 0,6 bis 1,0 US-\$ pro Stunde, welches mit dem in China konkurrieren kann. Die Lebenshaltungskosten im nördlichen Mexiko liegen aber über dem Landesdurchschnitt.

Außerdem haben viele US-amerikanische Firmen ihre Produktionsstätten aus dem Heimatland in das preiswerter produzierende südliche Nachbarland verlegt. Damit verloren auch viele US-amerikanische Arbeiter ihren Job, die in der mexikanischen Billiglohnproduktion eine Existenz bedrohende Konkurrenz sahen. Velerorts führte diese Angst um den Arbeitsplatz zur Verstärkung ohnehin bestehender Ressentiments gegenüber Mexiko und dessen Einwohnern, die mit einem Anwachsen der Xenophobie einherging.

Das propagierte Ziel der Reduktion von Migration durch NAFTA wurde jedenfalls nicht erreicht. Zwar wurde beteuert, dass die Migration kurzfristig durch einen erhöhten Lebensstandard ansteigen würde, mittelfristig aber wieder auf das alte Niveau sinken und langfristig signifikant abfallen würde.

„Sie sagten, dass mittel- und kurzfristig die Migration ansteigen würde. Warum? Weil es in der Tat Investitionen geben wird und Arbeitsplätze geschaffen würden. Aber diese würden immer noch nicht einträglich genug sein. Aber die Menschen hätten dann Ressourcen um zu immigrieren. Denn die Ärmsten immigrieren nicht. Es sind die Menschen, die Arbeit haben, die aber nicht ausreichend ist.“ (Sandoval, Juan Manuel, 2.4.2006).

Aber durch den Reallohnverfall und viele verlorene Arbeitsplätze in der Landwirtschaft – seit 2000 auch verstärkt im industriellen Bereich durch die Abwanderung vieler Maquiladoras nach Asien und Mittelamerika – hat sich die gesamtwirtschaftliche Situation bis jetzt nicht wesentlich gebessert. Ein Ende der Auswanderungsbewegung ist nicht in Sicht. Außerdem berücksichtigt die These von der Migrationsreduktion ausschließlich durch wirtschaftlichen Aufschwung wiederum nur die ökonomischen Faktoren, d.h. eine wirtschaftliche Kosten-Nutzen Rechnung des Individuums. Da, wie ich im Kapitel 2 versucht habe zu zeigen, dies als alleinige Determinante für Migrationsbewegungen nicht ausreichend ist, hat der neoliberale Ansatz hier zu kurz gegriffen und wurde durch die Realität, zumindest bis jetzt, widerlegt.

Im Rückblick auf mehr als ein Jahrzehnt NAFTA wird festgestellt, dass das Freihandelsabkommen für Mexiko weder ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum, noch mehr Beschäftigung gebracht hat. Im Gegenteil: nach der Pesokrise 1994/95 vergrößerte sich die wirtschaftliche Kluft zwischen Mexiko und den USA sogar noch. Jährliche

Wachstumsraten von 5 bis 6% wären nötig, um das stetige Anwachsen der nationalen mexikanischen Arbeitskraft zu kompensieren (Brid/Nápoles 2005, S. 66ff.). Da diese Zahlen nicht erreicht werden, behält die „Ventilfunktion“ der Migration gen Norden voraussichtlich auch in Zukunft einen hohen Stellenwert für die mexikanische Ökonomie.

Operation Gatekeeper

Die US-amerikanische Migrationspolitik war also immer zu einem hohen Grad an den Bedürfnissen der Wirtschaft orientiert. Andererseits sollte mit Quoten, verschärften Einreisebestimmungen (Dokumenten) und Gesetzen (z.B. IRCA) zumindest formal den Forderungen des konservativen weißen Wählerklientel entsprochen werden. Da es aber immer an der Umsetzung mangelte, wurde und wird der/den US-Administration(en) Inkonsistenz in ihrer Migrationspolitik, vor allem gegenüber Mexiko vorgeworfen.

Einen Versuch, dieser Kritik aus dem konservativen Lager zu begegnen, stellte die von der Clinton-Regierung 1994 initiierte *Operation Gatekeeper* dar, die praktisch eine Militarisierung der US-Südgrenze war. 1994 wurde mit dem Bau eines dreifachen, 17 Kilometer langen Zaunes zwischen Tijuana (Baja California) und San Isodoro (Kalifornien). Dieser so genannte *Tortilla-curtain* vom Pazifikstrand bis in die unpassierbaren Berge östlich der Tijuanas versiegelte den bis dato relativ offenen Grenzabschnitt in Richtung Norden.²⁶

Die Border-Patrol sollte nach dem *Illegal Immigration Reform and Immigration Responsibility Act* von 1996 auf 10.000 Beamte im Jahr 2001 aufgestockt werden (Massey et. al. 2003, S.95).

Mit der zunehmenden Unpassierbarkeit der Grenze gen Norden in urbanen Ballungsräumen²⁷ wichen die Menschen, die in den Vereinigten Staaten Arbeit und eine Zukunft suchten, auf andere, schwer passierbare, aber auch schwieriger kontrollierbare Routen aus. Die Folge war, dass das Bild der verzweifelten, vor der Border-Patrol fliehenden Menschen

26 Bis 1994 versammelten sich tagtäglich Gruppen von 100 bis 300 Menschen auf der mexikanischen Seite, um dann gemeinsam über die Grenze stürmen, während die zahlenmäßig weit unterlegenden Border Patrol Agents maximal 15% der Illegal Aliens in einem regelrechten Katz- und Mausspiel abfangen konnten. Diese Massengrenzübertritte wurden in den Medien Bonzai – Runs genannt (Massey et al. 2003, S. 88.). Die Aufgegriffenen wurden nach Aufnahme der Personalien dann umgehend über die Grenze zurück nach Mexiko abgeschoben und versuchten es mit der gleichen Erfolgswahrscheinlichkeit am nächsten Tag wieder, manchmal sogar schon am selben Tag.

27 Auch an den Grenzstädten in New Mexiko und Texas wurden in den Folgejahren unüberwindbare Barrieren gebaut (v.a. in El Paso/Ciudad Juarez und Laredo/Nuevo Larado), sofern nicht der reißende Rio Bravo schon eine natürliche, lebensgefährliche Barriere darstellt.

aus Mittel- und Südamerika zwar aus den Nachrichten und damit aus dem Sinn der US-amerikanischen Bevölkerung verschwand, de facto sich aber nur die Routen der meisten *Indocumentados* verschoben. Da die Wege durch die Wüste immer länger wurden (bis zu vier oder fünf Tage), stiegen die Gewinne der Schleuser (*Coyotes*),²⁸ aber auch die Zahl der Menschen, die bei dem Versuch, in die USA zu gelangen, starben. Seit 1994 sind etwa 4000 Menschen umgekommen. Dieser Fakt ist ein Grund, warum auf beiden Seiten der Grenze der Widerstand gegen die immer rigidiere Einwanderungspolitik der Vereinigten Staaten wächst.

Außerdem hat das verstärkte Grenzregime zur Folge, dass zirkuläre Migration unter den ohne Papiere in den Vereinigten Staaten lebenden Immigranten zurückgegangen ist.²⁹ Die größeren Risiken eines Grenzübertritts ohne Papiere erscheinen in vielen Fällen einfach zu hoch. Dadurch erhöht sich automatisch der Anteil derjenigen Menschen, die permanent ohne Papiere in den USA leben.

„Es ist viel schwerer geworden für Menschen ohne Papiere, in ihr Heimatland zu kommen. Und damit entsteht die Ironie, dass die Grenzverstärkung dazu führt, dass die Menschen eher hier bleiben. Und das ist nicht die Intention“ (Milkman, 12.12.2006).

Auch Kalifornien, noch immer Zielgebiet Nr. 1 für transnationale mexikanische Arbeiter, hat im politischen Kampf gegen

28 Die Preise für einen Grenzübertritt variieren zwischen 2000 und 4000 US-Dollar, je nach Wegstrecke und Beziehungen.

29 Zirkuläre Migration beschreibt das Phänomen, dass viele in den Gastländern arbeitende Menschen regelmäßig zurück in ihr Heimatland fahren, um dort ihre sozialen und familiären Kontakte zu pflegen, und i.d.R. nur saisonbedingt im Gastland arbeiten.

Mahnmal für die gestorbenen Migranten auf dem Weg nach Norden am Grenzzaun in Tijuana



undokumentierte Arbeiter einen heiß diskutierten Vorstoß geleistet. Mit der *Proposition 187*, einer Sonderpetition durch den kalifornischen Gouverneur Pete Wilson im Jahr 1995, sollten in Kalifornien Menschen ohne Papiere von nahezu allen öffentlichen Dienstleistungen (Krankenversorgung, Schulen etc.) ausgeschlossen werden. Zwar wurde dieser Vorschlag von der Mehrheit der kalifornischen Bevölkerung in einer Volksabstimmung angenommen, durch den *Supreme Court* (Oberstes Bundesgericht der USA) jedoch als nicht verfassungskonform erklärt und dann zurückgenommen (Bustamante 2001, S.7ff.). Nichtsdestotrotz stellt dieser Vorstoß und vor allem die breite Zustimmung durch die Kalifornier, einen bedenklichen Schritt gegenüber einem immer größer werdenden Teil der im eigenen Bundesstaat lebenden Menschen dar.

Drastisch drückte mir gegenüber Prof. Sandoval die mexikanische Sichtweise auf die neuen Immigrationsgesetze und die mangelnde Personenfreizügigkeit durch NAFTA aus:

„Für uns bedeuteten NAFTA und die Migrationsgesetze, inklusive Simpson-Rodino und andere Regulationsmechanismen die Sicherung der Konstanz der Ströme dieses [industriellen] Reserveheers. Damit der Kreislauf in Bewegung bleibt. [...] Es sind Mechanismen, die das über Gesetze und internationale Gesetzgebung regulieren. Es sind Mittel für eine größere Ausbeutung.“ (Sandoval, 2.4.2006)

Der Wirtschaftsstandort USA und vor allem Kalifornien werden wohl auch in Zukunft auf das Schema „First World Management – Third World Labor“ setzen.

Auswirkungen des 11. September 2001

Trotz all dieser Tendenzen gab es nach der Amtsübernahme durch Vicente Fox Quesada in Mexiko im Jahr 2000 seriöse Verhandlungen auf höchster Regierungsebene mit der Clinton- und später auch der Bush-Administration, um Regelungen für die immer größere Ausmaße annehmende Migration zwischen den beiden Ländern zu finden. Im Gespräch waren vor allem neue Gastarbeiterprogramme und eine weitere Legalisierung nach dem Schema des IRCA für bereits lange in den USA lebende Mexikaner (Varea 2005, S. 70ff.).

In der neuen Sicherheitsdoktrin, die nach den terroristischen Anschlägen vom 11. September 2001 die Außen- und Innenpolitik der USA dominierte, waren die Migrationsthemen dann aber nur zweitrangig und weitere Verhandlungen verliefen ergebnislos. Auf der anderen Seite war jene Doktrin Wasser auf die Mühlen konservativer Patrioten, die das

Land schon seit längerem von der „hispanischen Gefahr“ bedroht sehen. Ein vielsagendes Beispiel gibt das Buch „*Who are we?*“ des Harvard Professors Samuel P. Huntington (2004). Diese neue Xenophobie manifestiert sich am sichtbarsten in dem *Minuteman-Projekt*.³⁰ In den *Minuteman-Gruppen* ermächtigen sich Bürger der USA selbst, die Grenze entlang zu patrouillieren, Menschen ohne Visum an der Einreise zu hindern, festzusetzen und den Grenzbehörden zu übergeben. Sie fordern eine 400prozentige Aufstockung des Haushaltes zum Grenzschutz, bis dahin wollen sie weiter in Eigenregie die Grenze überwachen. Trotz rechtlicher Bedenken erfreuen sich diese Gruppen jüngst zunehmender Beliebtheit und werden von hochrangigen Politikern wie z.B. von Kaliforniens Gouverneur Schwarzenegger für die freiwillige Ausübung ihrer patriotischen Pflicht gelobt (Latin American Weekly Report vom 31.05.2005). Die Gouverneure von Arizona und New Mexico haben 2005 an ihrer Südgrenze den Ausnahmezustand erklärt und die 14. US-Kavallerieeinheit wurde am 31. Oktober 2005 an die Grenzregion von New Mexico verlegt (NAFTA-Report vom 05.11.2005, S. 15).

Meine Interviewpartner konstatierten unisono eine zunehmend feindlichere Haltung von Seiten der Politik und Teilen der US-amerikanischen Bevölkerung gegenüber Immigranten nach 9/11.³¹

„Die Vereinigten Staaten wurden immer konservativer in Folge von 9/11. [...] Sie haben ihren Blick nach innen gerichtet, um sich zu schützen. Das drückt Angst aus. Dadurch versuchen sie, ihre Sicherheit zu erhalten. Und darum wird die Migration heute wie ein Attentat auf ihre Sicherheit gesehen, anstatt realistisch zu sein und sie als sozio-ökonomischen Fakt zu betrachten.“ (Varea, 10.02.2006).

„Ich denke, der 11. September hat das Klima komplett und tiefgehend verändert. [...] Die aktuelle Chance des Gefasstwerdens für irgendeine Person ist sehr klein. Aber sicher, die Umgebung ist feindlich“ (Milkman, 12.12.2006).

Jüngste Bestrebungen, die US-Migrationspolitik effektiv zu organisieren, gipfelten in Ideen zur Abriegelung der Grenze, wie sie in der Europäischen Union beispielsweise schon gang und gäbe sind. Ein geteiltes Echo fand die Gesetzesinitiative des konservativen Senators Sensenbrenner aus dem Jahr 2005, die *H-4437* oder auch *Real-ID* genannt, die eine Verlängerung der bereits bestehenden Grenzmauern auf ca. 1000 Kilometer beinhaltete. Zusätzlich sollen Abschiebefängnisse gebaut

30 Der Begriff Minuteman ist an eine Eliteeinheit aus dem amerikanischen Unabhängigkeitskrieg angelehnt und wurde später im Zusammenhang mit außerordentlich patriotischer Gesinnung gebraucht.

31 Ablehnung und Anfeindungen bekamen auch Gewerkschaften und NGOs nach 9/11 zu spüren, sofern sie sich nicht ausdrücklich zum Patriotismus bekannten. Siehe dazu Kapitel 4.

und in eine substanzielle Aufstockung der Border-Patrol und der INS investiert werden (seit 2005 *Immigration and Customs Enforcement (ICE)* und *Customs and Border Protection (CBP)*). Außerdem forderte Sensenbrenner die Nichtanerkennung der Ausweise, die von den mexikanischen Konsulaten an Mexikaner ohne Aufenthaltserlaubnis ausgestellt werden und die bis dato den Zugang zu einem Bankkonto und zu einer Fahrerlaubnis³² darstellten (NAFTA-Report vom 05.03.2005, S.14ff.). Der *Real-ID Act* trat durch die Unterzeichnung Bushs am 11. Mai 2005 in Kraft. Durch eine Rechtskommission in Kalifornien wurden jedoch am 12. Juli desselben Jahres einige der härtesten Sanktionen bereits wieder zurückgenommen. (Latin American Weekly Report vom 19.07.2005).

Die weitreichendste Forderung aber war, Hilfeleistungen für illegalisierte Immigranten nun auch unter Strafe zu stellen. Damit würden Beratungsstationen, Jobvermittlungen, NGOs, die in der Wüste direkte Hilfe für Einwanderer leisten oder einfach nur Notunterkünfte für Neuankömmlinge anbieten, der Legalität ihrer Arbeit beraubt werden (Rauer 2006, S.11ff.). Außerdem war die Rede von einer Abschaffung des Geburtsrechts auf Staatsbürgerschaft.

„Es gibt auch eine Gesetzesinitiative für die Eliminierung des Geburtsrechts auf Staatsbürgerschaft hier. Das wäre für Deutschland sicher keine große Sache, aber für uns ist das schon sehr bedeutend! Nach 200 Jahren, in denen wir dieses Recht hatten, wollen sie den Kindern die hier geboren werden sagen, dass sie nicht automatisch die Staatsbürgerschaft bekommen – das ist eine große Veränderung! Es ist nur eine Gesetzesinitiative und ich denke nicht, dass sie durch geht, aber es ist ein Zeichen der Zeit“ (Milkman, 12.12.2005).

Allerdings ist für die amtierende US-Administration unter George W. Bush die Entscheidung über eine Verschärfung des Grenzregimes trotz öffentlich bekundetem nationalen Sicherheitsinteresses ein zweischneidiges Schwert. Denn erstens gibt es bis heute keine Hinweise darauf, dass mutmaßliche Terroristen über die US-amerikanische Südgrenze eingereist sind (das Sicherheitsproblem beschränkt sich hier hauptsächlich auf Schmuggel, Drogenhandel und die wachsende Macht der Kartelle auf beiden Seiten der Grenze); zweitens beharren viele Unternehmer, die eine wesentliche finanzielle Hilfe bei republikanischen Wahlkämpfen gewesen sind, auf dem Status quo bezüglich der Migrationspolitik, um weiterhin den Wettbewerbsvorteil billiger und weitgehend rechtloser Arbeitskräfte aus Mexiko und anderen Teilen der Welt nutzen zu können.

32 Eine Fahrerlaubnis gilt in den USA als vollwertiges Ausweispapier, Personalausweise wie in Deutschland gibt es nicht.

„Somit sind die Konservativen in einer Art widersprüchlich in sich selbst. Einerseits sind sie auf die eigene Ethnie fixiert und so gegen die Hispanisation der USA und auf der anderen Seite brauchen sie billige und qualifizierte Arbeitskräfte.“ (Varea, 10.02.2006).

So entstehen mitunter seltsame Allianzen zwischen sonst konservativen Unternehmerverbänden und eher linksgerichteten Pro-Immigrationsgruppen.

Auf der anderen Seite von Bushs Wählerklientel stehen die weißen, angelsächsisch-protestantischen Konservativen (*WASP*),³³ die wiederum in dem nicht abreißenden Zustrom ausländischer Arbeiter a) eine Gefahr für die eigenen Arbeitsplätze und damit für die *Natives*, und b) in dem anhaltenden Wachstum des Latinoanteils der US-amerikanischen Bevölkerung³⁴ eine Gefahr für die eigene Kultur sehen.

Trotz diesem Zwiespalt hat die US-Regierung im Juni 2006 eine Verstärkung der Grenzanlagen zu Mexiko beschlossen. 600 Kilometer Dreifachzaun sollen in den nächsten Jahren über verschiedene Grenzabschnitte verteilt gebaut werden, bis 2016 wurden 127 Mrd. Dollar für die technische Aufrüstung der Grenzsicherung beschlossen (Rauer 2006, S. 12). Für das Haushaltsjahr 2007 hatte die Regierung allein für die *US-Customs and Border Protection* das Budget um 9,8% im Vergleich zum Vorjahr auf 7,8 Mrd. Dollar erhöht.

Ein neues Chicano-Selbstbewusstsein

An der öffentlichen Immigrationsdebatte in den USA ist neu, dass sich die Immigranten selbst – unter ihnen federführend und an erster Stelle jene aus Mexiko – lautstark in die Debatte einmischten.

Das hat mehrere Ursachen. Zum einen sind die in den USA lebenden Mexikaner bzw. US-Amerikaner mexikanischen Ursprungs (*Mexican-Americans*) nicht mehr überwiegend wenig gebildete Bauern, die ausschließlich auf den Feldern der US-Südstaaten arbeiten. Zahlreiche *Mexican-Americans* arbeiten erfolgreich als Lehrer, Anwälte, Unternehmer und als Politiker.³⁵ Unter den Zuwanderern sind auch zunehmend Menschen mit besseren Schulabschlüssen, als das vor einigen Jahrzehnten noch der Fall war. Allein die stattliche Anzahl von 27 Millionen

33 *WASP*: White Anglo Saxon Protestants (weiße angelsächsische Protestanten)– dieses Kürzel wird i.d.R. gebraucht, wenn von der kulturellen Hegemonie dieser Gruppe in den USA die Rede ist.

34 Was de facto zum weit größeren Teil durch „natürliche“ Reproduktion geschieht und nicht nur durch neue Immigration – aber die Fertilität der Latino-Bevölkerung ist höher als die der „Anglos“.

35 Ein Beispiel war die Wahl des aus der Arbeiterbewegung stammenden Antonio Villaraigosa zum Bürgermeister von Los Angeles im Mai 2005. Seit über 130 Jahren ist er der erste Latino-Bürgermeister dieser Metropole (Milkman 2005, S. 21).

Menschen mexikanischen Ursprungs (ca. 9% der gesamten US-amerikanischen Bevölkerung), die in den USA leben, verleiht dieser Gruppe eine relativ starke Lobby gegenüber nativistisch eingestellten *WASP*s. Ein weiteres Element sind die ausgeprägten sozialen Netzwerke unter der mexikanisch-stämmigen Bevölkerung. Diese entstanden nicht zuletzt durch den stark segmentierten US-amerikanischen Arbeitsmarkt, der wiederum zu einer Segmentierung der Lebenswelten führte. In vielen Städten im Südwesten der USA und in nahezu allen in Kalifornien gibt es so etwas wie „Latinoviertel“ (*Barrios*), in denen die Bevölkerung mit mexikanischen Wurzeln besonders stark vertreten ist. Das hat nicht zuletzt seine Ursprünge in den Abgrenzungen der Anglobevölkerung in den USA gegenüber den Mexikanern. In der Tat treffen hier zwei konkurrierende Wertesysteme aufeinander. Neben der sprachlichen Differenz stehen sich Katholizismus und Protestantismus gegenüber. Der in den USA so hoch geschätzte Individualismus lässt sich mitunter nur schwer mit dem in Mexiko hoch bewerteten Familiensinn vereinbaren. Dem Leistungsdenken in den USA steht ein in Mexiko noch immer praktizierter Mutualismus gegenüber (Weber 1998, S. 217).³⁶ Gerade für Neuankömmlinge ist es tendenziell schwierig, sich schnell in das neue Wertesystem einzuleben. Eine wirkungsvolle Abfederung bieten diesbezüglich die Immigranten-Gemeinschaften. Neben der Muttersprache wird die eigene Religion weiter ausgeübt, eigene Feste gefeiert (besonders *5 de Mayo* und *Día de los Muertos* sind mittlerweile in ganz Kalifornien bekannt), es gibt vertraute Speisen in den Straßen, und selbst die Geschäfte und Restaurants sind in der Muttersprache beschildert.

Nun ist dies nicht etwa nur für Mexikaner in Kalifornien zutreffend, sondern ein Phänomen, welches weltweit häufig anzutreffen ist, wenn Massenimmigration von einem Land in ein anderes über lange Zeiträume konstant bleibt (so z.B. die Marokkaner in Andalusien, Türken in Deutschland und Inder in Großbritannien). Gleichwohl sind es die Ausmaße der mexikanischen Immigration in Kalifornien, die eine besondere Beachtung verdienen.

Es ist zu einem großen Anteil diesen *Communities*³⁷ zu verdanken, dass vor allem die Mexikaner ihre Traditionen, ihre Sprache, ihre Religion

36 Allerdings wäre eine generelle Zuspitzung US-amerikanischer Kapitalismus vs. mexikanischer Mutualismus, wie er gern von Chicano – Seite herangezogen wird, übertrieben, denn einerseits haben viele Chicanos sich mittlerweile dem Wertekanon des Gastlandes angepasst, und andererseits gibt es in den USA auch unter den Natives viele Projekte, die auf Grundlagen der Gegenseitigkeit aufgebaut sind.

37 Das englische Wort *community* wird in dieser Arbeit äquivalent zum Term Bevölkerungsgruppe benutzt. Das bezieht sich sowohl auf lokale Gemeinschaften, als auch auf Bevölkerungsteile im nationalen Maßstab.

und ihre Werte im Gastland weiter praktizieren können. Neben diesen Traditionen ist aber auch ein neues kämpferisches Element dazugekommen. In dem gewachsenen Bewusstsein, einen wesentlichen Anteil an dem Wachstum der Ökonomie der USA zu haben, bildete sich nach dem Vorbild der Bürgerrechtsbewegungen der 1960er und 1970er Jahre ein mexikanisch dominiertes „Latino-Movement“, welches für mehr Rechte für Immigranten kämpfte.³⁸

In den letzten Jahren kam als wichtiger Verbündeter der mexikanischen Staat dazu. Nachdem dieser bis dato die Emigration eigener Landsleute ins nördliche Nachbarland mehr oder weniger stillschweigend in Kauf genommen hatte, gegen die Migrationspolitik der USA aber wenig ausrichten wollte oder aufgrund der realen Machtverhältnisse konnte, hat sich in diesem Bereich im letzten Jahrzehnt langsam etwas verändert. Erstens gab die Einbindung in die NAFTA Mexiko zumindest offiziell einen gleichberechtigten politischen Status neben den anderen beiden nordamerikanischen Ländern. Zweitens haben die schon erwähnten Remittenzzahlungen (*remesas*) mexikanischer Arbeiter aus den USA nach Mexiko mittlerweile solche Summen angenommen, dass sie die zweitgrößte Devisenquelle für das Land geworden sind. Dem mexikanischen Staat liegt folglich das Wohlergehen dieses „Wirtschaftszweigs“ und der daran Beteiligten am Herzen. Ein Beispiel ist die Möglichkeit einer doppelten Staatsbürgerschaft für mittlerweile in den USA eingebürgerte Mexikaner seit Mai 1998 (vgl. Scheidler 1998) und die zaghafte Einführung eines Wahlrechts im Ausland, welches zum ersten Mal bei der Präsidentschaftswahl 2006 zur Anwendung gekommen ist. Nicht zuletzt hat der politische Einfluss von Mexikanern, die in den USA zu Geld gekommen sind, in einigen mexikanischen Bundesstaaten (v.a. Bundesstaaten mit außergewöhnlich hohem Immigrantenanteil in den USA wie Veracruz, Michoacan und Baja California) erheblich zugenommen (vgl. Bakker/Smith 2003). Außerdem hat die Zahl der Todesfälle bei Grenzüberquerungen seit der *Operation Gatekeeper* solche Ausmaße angenommen, dass spätestens seit dem Beginn der sechsjährigen Amtsperiode von Präsident Vicente Fox (2000-2006) die mexikanische Regierung bei ihrer Kritik an der Grenzpolitik der USA Unterstützung von internationalen Menschenrechtsorganisationen und der UNO bekommt.

Es war diese Koalition aus der neuen, selbstbewussten mexikanischen Community in den USA, dem mexikanischen Staat und der

38 Diese Bewegung trieb zwar einige seltsame Blüten, die von der Errichtung eines Staates Atztlán, der die Gebiete Nordmexikos und der Südstaaten der USA beinhalten sollte, bis hin zur Neukonstruktion und Heroisierung der „bronzenen Rasse“ reichten (Navarro 1995, S. 66ff.), das Ergebnis aber war eine stärker vereinte und selbstbewusstere Bevölkerungsgruppe, bzw. Ethnie.

Unternehmer-Lobby, die gegen die konservativen legislativen Vorstöße zur Versiegelung der Grenze und zur Verschärfung der Einwanderungspraxis im Winter und Frühjahr 2006 Sturm lief. In Chicago und Los Angeles waren es jeweils über eine halbe Million Menschen, die gegen die Sensenbrenner-Gesetzesinitiative auf die Straße gingen, in vielen anderen Städten der USA mehrere Zehntausende. Der 1. Mai, der zwar in Mexiko, aber nicht in den USA ein Feiertag ist, wurde von Immigranten aller Couleur zum Streiktag gemacht, der in verschiedenen Bundesstaaten, vor allem aber in Kalifornien und Texas, ganze Industriezweige lahm legte. Spätestens danach ließ sich das Stereotyp vom devoten Mexikaner nicht mehr aufrechterhalten, welches zumindest partiell noch immer in Kreisen der angloamerikanischen Bevölkerung vorhanden ist. In dieser historisch neuen Dimension der politischen Artikulation einer Immigrantengruppe in den USA ist eines deutlich geworden: die *Latino-Community* in den USA, allen voran die Mexikaner, sind nunmehr in der Lage, sich politisch zu äußern, sich zu organisieren und Macht zu demonstrieren.

Für die spezifische Fragestellung nach der Organisierbarkeit von mexikanischen Immigranten bedeutet das: das Potential für eine größere Organisation ist vorhanden. Die Proteste im Jahr 2006 waren ein eindrucksvolles Beispiel dafür, wie sich die mexikanische Community *selbst organisieren* kann.

Wie aber steht es um die Organisation am Arbeitsplatz? Warum sind, wenn doch ein beträchtliches Potential vorhanden ist, nur 12,3% aller in Kalifornien arbeitenden mexikanischen Immigranten gewerkschaftlich organisiert, während Kaliforniens *Natives* verglichen mit der Gesamtbevölkerung der USA überdurchschnittlich in den Gewerkschaften vertreten sind?³⁹ Ist es die alleinige Schuld der Gewerkschaften, die die Zeichen der Zeit verschlafen haben? Oder aber sind Mexikaner allgemein gewerkschaftsfeindlich eingestellt? Ist es der rechtliche Status, der vielen *Indocumentados* den Weg in gewerkschaftliche Repräsentation verschließt, oder das Arbeitsrecht in den USA im Allgemeinen?

In den folgenden Kapiteln wird nach Antworten auf diese Fragen gesucht. Zunächst soll jedoch auf einige Eckpunkte der Gewerkschaftsarbeit in den USA eingegangen werden, da diese sich in vielen Elementen von der in Deutschland unterscheidet.

39 Der gewerkschaftliche Organisationsgrad in Kalifornien betrug 1997 unter den *Natives* 24,7% vs. 17,7% im US-Durchschnitt. Die Differenz zwischen dem Organisationsgrad von *Natives* und Immigranten betrug in Kalifornien 11,3% vs. 1,9% im Landesdurchschnitt (Waldinger/Der-Martirosian 2000, S. 65ff.).

4 US-Gewerkschaften in der Krise

Die US-Gewerkschaften unter dem Dachverband AFL-CIO konnten während und nach der Ära des New Deal unter Präsident Franklin D. Roosevelt Millionen neuer Mitglieder werben und eine wichtige Position in der US-amerikanischen Gesellschaft einnehmen. Im Fokus gewerkschaftlicher Organisation waren in jener Zeit die „klassischen“ Industriearbeiter, die in der Mehrzahl weiß und protestantisch und vollbeschäftigt waren, was sich auch auf die Zusammensetzung der Gewerkschaftsfunktionäre auswirkte. Ab den 1960er Jahren begann ein massiver Mitgliederschwund, der bis in die 1990er Jahre anhielt. Von einem Gesamtorganisationsgrad der Arbeiter von 35% im Jahr 1955 fiel die Gewerkschaftsdichte in den USA auf 12,9% im Jahr 2003 und verblieb seitdem auf diesem Wert. Im privaten Sektor ist die Bilanz für die Arbeitervertretungen noch schlechter, wird aber durch den relativ hohen Organisationsgrad im wachsenden öffentlichen Sektor (direkte oder indirekte Staatsangestellte) etwas ausgeglichen.

Außerdem erfuhr die US-amerikanische Ökonomie einen grundlegenden Wandel. Der relative wirtschaftliche Protektionismus (u.a. hohe Steuern auf Importe) wich spätestens seit den 1970er Jahren dem expansionistischen neoklassischen Wirtschaftsmodell, welches einen weltweit freien Markt für den Tausch von Gütern ohne staatliche Einmischung und mit möglichst geringen Zollschränken propagiert (vgl. Hirsch 2005). Unter dieser Freihandelsdoktrin sahen sich auch die US-amerikanischen Unternehmen stärker als zuvor einer internationalen Konkurrenz ausgesetzt. Um gegen Westeuropa und andere Wirtschaftsblöcke bestehen zu können, wurden viele arbeitsintensive Tätigkeiten von Zulieferbetrieben in Billiglohnländer verlagert. Im Falle der USA war Mexiko lange Zeit das Billiglohnland Nr.1. Diese Entwicklung, die eine neue Dynamik durch NAFTA bekam, bewirkte einen Verlust zahlreicher Arbeitsplätze im Industriesektor und gab den Unternehmen gleichzeitig ein machtvolles Instrument in die Hand: Sobald Belegschaften bzw. Gewerkschaften gegen die Arbeits- und Lohnbedingungen monierten, wurde und wird häufig die Drohung eingesetzt, die Produktion ins Ausland zu verlegen. Wie auch in anderen Industrieländern der Welt ließen sich die Arbeitervertretungen des Öfteren angesichts dieser Perspektive auf Lohnkürzungen, Arbeitszeitverlängerungen etc. ein. Trotzdem wurde die Drohung in vielen Fällen wahr gemacht und vor allem große Firmen schlossen ihre Werke auf US-amerikanischem Boden, entließen die Arbeiter und bauten die Fabriken in anderen Ländern wieder auf. Die neuen Belegschaften in

anderen Staaten erhielten nur einen Bruchteil des Lohnes der Arbeiter in den USA.

Der Übergang vom Fordismus zum Postfordismus⁴⁰ beinhaltete aber auch andere Facetten, die für den Arbeitsmarkt im Allgemeinen und die Gewerkschaften im Speziellen relevant waren. Wo vorher ganze Belegschaften in Großunternehmen organisiert werden konnten, entstanden im Zuge der Flexibilisierung seit den 1970er Jahren viele Klein- und Kleinstfirmen. Dieses Subunternehmertum (*Subcontracting*) hat vor allem in Bereichen der Leicht- und der Bauindustrie zugenommen (Milkman/Wong 2000a, S. 175ff.). Die Schwierigkeit für die Gewerkschaften besteht darin, dass größere Unternehmen einfach den Subunternehmer wechseln können, sobald sie bemerken, dass dort ein Arbeitskampf im Gange ist. Im ungünstigen Fall bedeutet das für die Arbeiter, dass sie aufgrund der fehlenden Aufträge entlassen werden.

Insbesondere die Gewerkschaften des *Council of Industrial Organizations (CIO)*, die ihre breite Basis im industriellen Bereich hatten, verloren signifikant an Mitgliedern. Hinzu kam im Zuge der Entwicklung neuer Technologien im Industriebereich eine Steigerung der Produktivität, die wiederum zu einer Freisetzung von Arbeitskräften vor allem im Sektor der Industriearbeit führte. Viele der im Industriesektor überflüssig gewordenen Arbeitskräfte suchten und fanden ihr Auskommen im Service-Bereich, der jedoch wesentlich segmentierter und mehr von mittleren und Kleinunternehmen dominiert wird, was eine gewerkschaftliche Organisation gegenüber den großen Industriebetrieben erschwert. Seit den 1980er Jahren hat sich zudem in der Unternehmerlobby der USA ein immer stärkerer Widerstand gegen Gewerkschaften herausgebildet. Hochdotierte Anwälte und *Union-Busting-companies*⁴¹ haben sich darauf spezialisiert, Gewerkschaften

40 Der Begriff Fordismus bezieht sich auf die kapitalistische Produktionsweise der Fließbandarbeit. Er bezieht sich im arbeitssoziologischen Bedeutungskontext auf den Zeitraum von etwa 1930 bis 1970 und wird mit Vollbeschäftigung, Produktions- und Lohnerhöhungen, Verbesserungen des Sozialsystems, lebenslange Arbeit in der gleichen Firma und die männliche Dominanz in der Erwerbsarbeit. Der Postfordismus (auch Toyotismus genannt), der den Fordismus in den 1970er Jahren ablöst, steht für die Auflösung des Sozialvertrages zwischen Unternehmern und Arbeitern, Flexibilisierung der Arbeit und des Lebens im Allgemeinen, Outsourcing und Individualisierung (vgl. u.a. Hirsch/Roth 1986, Hirsch 2005).

41 Eine adäquate, wenn auch keine glückliche Übersetzung wäre „Gewerkschafts-Zerstörungs-Unternehmen“. Es gibt in den USA Firmen, die darauf spezialisiert sind, und versuchen, psychologisch, rechtlich, durch Streikbrecher, über Medienkampagnen etc. Gewerkschaften aus Betrieben fernzuhalten (vgl. Greenhouse 2004).

mit allen Mitteln (legal und illegal) aus den Betrieben fern zu halten.⁴²

Die US-amerikanischen Gesetze zur Arbeiterorganisation⁴³ sowie die dazu geschaffenen Behörden⁴⁴ stammen noch aus der New Deal Ära und berücksichtigen wenig bis gar nicht die Gegebenheiten des veränderten Arbeitsmarktes.⁴⁵ Dazu kommt, dass einige für die Gewerkschaften progressive⁴⁶ Elemente jener Zeit durch den *Taft-Hartley Act* von 1947 und den *Labor Management Reporting and Disclosure Act* von 1959, wieder rückgängig gemacht wurden. So ist es Gewerkschaften beispielsweise verboten, Kunden eines Unternehmens zu boykottieren (*Secondary Boykott*), welches sich einer Gewerkschaft widersetzt. Das wird dann als *Unfair Labor Practices* (unfaire Arbeitspraktiken) durch die Gewerkschaften gewertet. Auch Streiks und Blockaden sind seitdem nur noch sehr eingeschränkt legal und können sogar auf Anweisung des Präsidenten der Vereinigten Staaten mit Gewalt beendet werden, sofern eine Gefahr für die nationale Sicherheit festgestellt wird (Fisk/Mitchell/Ericksen 2000, S. 213ff.).

Auch die Justiz orientierte sich an dem gewerkschaftsfeindlichen Klima indem Richter Präzedenzfälle schufen, die es den Gewerkschaften noch schwerer machten, Mitglieder zu werben. Die *Hoffman-decision* (Hoffman-Urteil) ist das bekannteste Beispiel. Während die Rechtsprechung bis dato (2002) die Arbeitsrechte aufgrund des FLSA generell auch für Arbeiter ohne Papiere anerkannte, sind jene jetzt zumindest in Teilen davon ausgeschlossen.

Aber es wäre zu einfach, die Schuld an dem Mitgliederschwund der Gewerkschaften ausschließlich den mangelhaften Gesetzen, Institutionen und den Unternehmern zuschieben zu wollen. Ungeachtet dieser Tatsachen haben die i.d.R. gut bezahlten Vertreter der organisierten Arbeiterschaft selbst wenig unternommen, dem rückläufigen Trend etwas entgegenzusetzen. Gefangen in der Überzeugung, auf der richtigen Seite des Kalten Krieges zu stehen, wurde auf eine

42 Nach Fine 2006 heuern 75% der Unternehmen so genannte Union-Busting-Firmen an, sobald sie den Versuch von gewerkschaftlicher Seite registrieren, die Arbeiter zu organisieren, 25% feuern Arbeiter, die in die gewerkschaftliche Organisation involviert sind, und 52% drohen mit einer Meldung bei den Migrationsbehörden, sofern illegale Arbeiter im Unternehmen beschäftigt sind (Fine 2006, S. 35).

43 Vor allem der National Labor Relations Act (NLRA) und der Fair Standards Labor Act (FSLA).

44 Zum Beispiel das National Relations of Labor Board (NRLB) und die kommunalen Councils of Labor (kommunale Arbeitsräte).

45 Exemplarisch für die Unzulänglichkeit dieser Gesetzgebung ist das Verhältnis von Arbeitsrechts- und Schutzinspektoren des NRLB und Arbeitern: Auf 100.000 Arbeiter in den USA kommen etwa drei bis vier Inspektoren, die schon durch Anfragen der Arbeiter völlig überlastet sind und so kaum Inspektionen, die aus eigener Initiative stammen, mehr durchführen können (Fine 2006, S. 32).

46 Progressiv bezieht sich hier und im Weiteren auf fortschrittlich im Sinne der Gewerkschaften hinsichtlich der Realisierung massiver Neuorganisation.

radikale Vertretung der Arbeitnehmerseite weitgehend verzichtet. Anstatt eine den Unternehmern kontradiktorisch entgegengesetzte Bewegung zu schaffen, wurde auf Einvernehmen und Verhandlungen für eine moderate Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Gewerkschaftsmitglieder hingearbeitet. Nach den heißen Kämpfen der ersten Dekaden des 20. Jh. wandten sich die Gewerkschaften zusehends nach innen und setzten auf Arbeiterfrieden statt Sozialjustiz, was in der Arbeitsforschung als *Business Unionsism* bezeichnet wird (Tait 2005, S. 5). Solange die nationale und die Weltwirtschaft boomte, war diese Haltung auch relativ erfolgreich. Die Ölkrise am Anfang der 1970er Jahre wurde jedoch nicht als beginnende Rezession wahrgenommen und dementsprechend die Gewerkschaftsstrategie kaum geändert. Die Neuorganisation von Betrieben wurde vernachlässigt, die strukturelle Veränderung des Arbeitsmarktes hin zum Servicesektor wenig beachtet. Korruption sowie innere Machtkämpfe taten ihr Übriges, das politische Gewicht der Gewerkschaften langfristig zu untergraben (Fantasia/Voss 2004, S. 46ff.).

„Der Unterschied zwischen den Achtzigern und heute ist, dass die Stimmen, die verstanden was los ist, einsame Rufer in der Wüste waren. Niemand hörte auf sie. Niemand sagte ‚Hey, wir müssen organisieren‘. Sehr wenige Menschen sagten, wir müssen Mitglieder werben, um das Kapital zu schlagen. Wir haben einige sehr große Schlachten in den Achtzigern verloren.“ (Dall, 24. 11. 2005).

Ein Umdenken begann erst in der Mitte der 1990er Jahre.

Im Oktober 1995 gewann bei der ersten Kampfabstimmung um den Führungsposten des Gewerkschaftsdachverbandes AFL-CIO der Reformler John Sweeney gegen den wertkonservativen Tom Donahue. Sowohl in Gewerkschaftskreisen, als auch in der Fachliteratur wird dieses Ereignis als Bruch mit dem alten Service-Gewerkschaftsmodell der vorhergehenden Dekaden gewertet. Sweeney, der von der *Service Employees International Union (SEIU)* kam, versprach, das Hauptaugenmerk auf die Organisation neuer Mitglieder zu legen. Er sorgte auch dafür, dass weitere Gewerkschafter, die sich vom *Business Unionism* abgewandt hatten, ebenfalls einflussreiche Posten innerhalb des Dachverbandes besetzten (Milkman 2000, S.10).

Trotz allem waren die Erfolge der Gewerkschaften insgesamt bei der Rekrutierung neuer Arbeiter eher bescheiden. Zwar schichteten einige Einzelgewerkschaften ihre Mittel beachtlich in Richtung Neuorganisation um, vor allem die SEIU, *Hotel Employees and Restaurant Employees (HERE)* und die *Communication Workers of America (CWA)*, aber insgesamt verwendeten die AFL-CIO Gewerkschaften auch 2003 noch 90%

ihres Gesamtbudgets für Serviceleistungen an die bestehenden Mitglieder. Von einer grundlegenden Trendwende konnte also noch keine Rede sein (Tait 2005, S. 200ff.). Das lag zu einem großen Teil am Widerstand einiger Einzelgewerkschaften, diesmal vor allem aus dem industriell geprägten CIO-Bereich, deren Mitglieder und lokale Führungskräfte noch aus der Vor-Sweeney Ära stammten. Der Erfolg, den beispielsweise die SEIU bei der Organisation von 75.000 Beschäftigten im Krankenpflegebereich im Jahr 1999 verbuchen konnte, stellt die größte Mitgliederaufnahme seit den Streiks in der Autoindustrie in den 1940er Jahren dar. Aber das löste keine größere Welle von anderen Neuorganisationen durch andere Gewerkschaften aus. Außerdem hat die SEIU im Vergleich zu anderen Wirtschaftssektoren eine vergleichsweise gute Verhandlungsbasis, da die Arbeitsplätze im Sektorservice, welcher ein Kerngebiet dieser Gewerkschaft ist, nicht ohne Weiteres ins Ausland transferierbar sind.

Ein anderer Kritikpunkt, der vor allem von kleineren Gewerkschaften gegenüber der SEIU und deren Führungsanspruch innerhalb der Gewerkschaftsbewegung hervorgebracht wird, bezieht sich auf die streng hierarchische Kommandostruktur und die starke Weisungsbeugsfähigkeit der SEIU-Zentrale in Washington gegenüber Lokalorganisationen. Demokratisierungsversuche einiger lokaler SEIU-Verbände wurden beispielsweise mit einer Zwangsverwaltung durch die Washingtoner Zentrale beantwortet.⁴⁷

Nicht nur für die Immigrationsdebatte waren der 11. September und die nachfolgende Politik der inneren Sicherheit einschneidend, auch die Arbeiterbewegung litt unter dem politischen Klima.

„Speziell nach dem 11. September gab alle möglichen Situationen, wo Arbeitern, die sich auf einen Streik vorbereiteten, gesagt wurde, dass dies unpatriotisch sei. Arbeiter, die ihre Gewerkschaft verloren, weil sie für das Department für Homeland Security arbeiteten. Ihnen wurde nicht erlaubt ihr Recht sich zu organisieren zu gebrauchen, weil es angesehen wurde als... eine Gewerkschaft zu haben war eine Bedrohung für die nationale Sicherheit“ (Olney, 15.03.2006).

47 Speziell nach der erfolgreichen Justice for Janitors-Kampagne begannen vor allem immigrantische Arbeitskräfte (wieder zum Großteil aus Mexiko) und Afroamerikaner die Lokalgewerkschaften nach ihren Vorstellungen von Mitbestimmung und Basisdemokratie umzugestalten. Das berühmteste Beispiel hierfür ist das Local 399 (Gewerkschaftsgruppe) in Los Angeles, wo 1995 gerade 25.000 Arbeiter (v.a. Frauen) organisiert waren. Aufgrund dieser Mitbestimmungsversuche, wurde das Local erst zwangsverwaltet (trusteeship) und dann aufgelöst, die Mitglieder auf andere Locals aufgeteilt. Die Reaktionen darauf gingen über Blockaden von SEIU-Gebäuden bis hin zu Hungerstreiks – und trugen wesentlich zur Desillusionierung vieler Immigranten den Gewerkschaften gegenüber bei (Bacon 1996).

Unter dem Vorwand, diesen Neuorganisationsmissstand zu beheben, spalteten sich auf der nationalen Gewerkschaftsvollversammlung im Juli 2005 dann die SEIU, die Teamsters, die UFCW, UNITED HERE, die Laborers und CWA von der AFL-CIO ab, um innerhalb einer neuen Koalition namens *Change To Win* (CTW) ihre Ziele nun unabhängig von der Sweeney-Führung zu verfolgen. Diese Abspaltung erfolgte wiederum unter der Führung des seit 1995 amtierenden SEIU-Chefs Andy Stern, und kostete der AFL-CIO über 4,5 Mio. ihrer 13 Mio. Mitglieder und 30 Mio. Dollar jährlich, welche die ausgetretenen Gewerkschaften bis dato an den Dachverband gezahlt hatten (Milkman 2006, S. 42).

CTW beabsichtigte neben der signifikanten Erhöhung des Neuorganisationsbudgets auch die Zusammenlegung vieler Gewerkschaften in nach Zuständigkeiten aufgeteilte zwölf Großgewerkschaften. Das hätte zwar eine Verschlinkung der Organisationsstruktur zur Folge, aber auch eine weitere Zentralisierung. Die Idee der Zusammenlegung fand erwartungsgemäß großen Widerstand bei den Gewerkschaftsführern der Einzelgewerkschaften und im tief verwurzelten Traditionalismus der US-Arbeiterbewegung sowie aufgrund „gewachsener“ Strukturen (Milkman 2006, S. 45).

Inwieweit diese Abspaltung die Arbeiterbewegung als Ganzes schwächt oder von CTW tatsächlich neue Impulse ausgehen werden, welche die organisierte Arbeiterschaft in den USA im Sinne steigender Mitgliederzahlen voranbringt, oder aber sogar ein konstruktiver Wettbewerb um neue Mitglieder und Strategien zwischen den beiden Koalitionen entsteht, wie es die Arbeitssoziologin Ruth Milkman vermutet, bleibt abzuwarten.

Die dazu befragten Interviewpartner waren aufgrund der kurzen Zeit, die nach der Abspaltung vergangen war, vorsichtig mit Prognosen. Auf lokaler Ebene, zumindest in Sacramento, hatte die Abspaltung bis dato noch keine negativen Auswirkungen, aber:

„Im Großen und Ganzen ist es eine schlechte Sache! Es ist eine sehr schlechte Sache, dass sie sich abgespalten haben, ihr Geld genommen haben, um einfach ein Paralleluniversum zu erschaffen. Die AFL-CIO hinsichtlich all ihrer verschiedenen Organisationsabteilungen, (13:00) politischer Aktionen, Mobilisationen – wir werden zwei verschiedene Gewerkschaftsverbände haben, die die gleiche Arbeit machen werden. Das ist ein Niveau von – wir haben von Organisation innerhalb der Arbeiterbewegung gesprochen – das ist ein Niveau von Desorganisation in der Arbeiterbewegung“ (Dall, 24. 11. 2005)

Festzustellen ist, dass die Einzelgewerkschaften in CTW beileibe nicht identisch mit ihren Strategien und Zielen sind. Vor allem

zwischen den Teamsters und der SEIU und UFCW bestehen erhebliche programmatische Unterschiede.

Alle für diese Arbeit interviewten Personen stuften das derzeitige politische Klima in den USA als gewerkschaftsfeindlich ein. Trotz ambivalenter Erfahrungen mit dem Bündnis zwischen US-Arbeiterbewegung und der Demokratischen Partei liegen viele Hoffnungen auf dem neuen Erstarken derselben gegenüber den traditionell gewerkschaftskritischen Republikanern. Einen bedeutenden Schritt haben die Demokraten mit der erneuten Einbringung des *Employee Free Choice Acts (EFCA: H.R. 1696)* in den 109. Kongress der USA am 19. April 2005 getan. Dieser Gesetzesvorschlag sieht unter anderem höhere Strafen gegen Unternehmer vor, die die Arbeitsrechte der Angestellten verletzen und würde die Etablierung einer Gewerkschaft in einem Unternehmen gegenüber den derzeitigen Instrumentarien vereinfachen.⁴⁸ Außerdem wollen sich die Demokraten für eine landesweite Erhöhung des Mindestlohns von derzeit 5,15\$ auf 7,15\$ (Andrews 2006) einsetzen. Diese Initiativen werden bisher von republikanischen Mehrheiten im Kongress oder im Senat blockiert. Daher versprechen sich die Gewerkschaften einen Wandel des politischen Klimas durch den Amtantritt des Demokraten Barack Obama als Regierungschef der Vereinigten Staaten im Januar 2009.

48 Der Wortlaut der Gesetzesinitiative befindet sich unter: <http://www.govtrack.us/congress/bill.xpd?bill=h109-1696>.

Künstlerische Hommage an die Arbeitskämpfe der United Farm Workers auf einem Wandgemälde in San Diego



5 Das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und mexikanischer Arbeitsmigration

Die Auswirkungen der Arbeitsmigration auf den US-Arbeitsmarkt

Was passiert mit dem einheimischen Arbeitsmarkt, wenn Jahr für Jahr Hunderttausende von Billigarbeitern zum Arbeiten ins Land kommen? Auf den ersten Blick kommt es zu einer Konkurrenz im unteren Segment des Arbeitsmarktes zwischen ungelerten *Natives* und den Immigranten. Unter diesen Voraussetzungen, also bei einem Überangebot an Arbeitern (in diesem Falle ist es das „industrielle Reserveheer“ mexikanischer und lateinamerikanischer Arbeiter), gibt es unter den Bedingungen der Marktwirtschaft entsprechend dem Grundsatz des Preises, der von Angebot und Nachfrage bestimmt wird, einen Druck auf die Löhne der ungelerten Arbeiter (Ness 2005, S. 27). Dieser kann sich auf höhere Positionen in der Berufshierarchie ausweiten. Setzen wir weiterhin voraus, dass die ausländischen Arbeitskräfte aufgrund schlechterer Lohnbedingungen im Herkunftsland und eventuell ohne Aufenthaltsstatus im Land arbeiten, ist davon auszugehen, dass sie, zumindest zu Beginn ihres Aufenthaltes, mit weniger Lohn zufrieden sind (siehe „*new economics of labor immigration*“ im Kapitel 2). Dadurch müsste sich eine Verdrängung der *Natives* aus dem Arbeitsmarkt durch die Zuwanderer feststellen lassen. Schaut man sich die Arbeitslosenquote der weißen und afroamerikanischen Bevölkerung im letzten Jahrzehnt an, dann ist keine signifikante Erhöhung trotz der stetig wachsenden Zuwanderung zu erkennen.⁴⁹ Da die Immigration von Arbeitern in diesem Zeitraum stark zugenommen hat, die Arbeitslosenquote jedoch konstant geblieben ist, lässt sich daraus folgern, dass die Nichtimmigranten, die vorher in den Wirtschaftssektoren gearbeitet haben in denen jetzt ausländische Arbeiter tätig sind, in anderen Bereichen Anstellungen gefunden haben. Es hat also keine Verdrängung vom Arbeitsmarkt gegeben, sondern nur eine ethnische Verschiebung *innerhalb* desselben. Das belegt, dass die US-Ökonomie einen konkreten Bedarf an der Arbeitskraft der Immigranten hat, was für die Theorie des segmentierten Arbeitsmarktes spricht. In der Tat wird in der Forschungsliteratur mittlerweile die Kategorie *brown collar* gegen-

⁴⁹ Die Arbeitslosenquote innerhalb der weißen Bevölkerung lag im Dezember 1995 bei 4,6% und im Dezember 2005 bei 4,4%. Auch Quote der Afroamerikaner, die tendenziell mehr als Weiße in den unteren Bereichen des Arbeitsmarktes arbeiten, ist stabil, und lag Ende 2005 mit 9,3% sogar leicht unter dem Wert von 1995 (10,2%) (vgl. Bureau of Labor Statistics: Im Internet unter: <http://stats.bls.gov/>).

über *white collar* und *blue collar* Berufsparten benutzt, wenn die Rede von Sektoren ist, in denen Latinoimmigranten einen überwiegenden Anteil der Bevölkerung ausmachen (Catanzarite, 2004, S.107ff).⁵⁰

Folgt man der Theorie des segmentierten Arbeitsmarktes weiter, bedeutet das, dass die Nachfrage an preiswerter Arbeitskraft dadurch entsteht, weil eine strukturelle Inflation der Gehälter vermieden werden soll. Der Druck auf die Löhne, der durch den internationalen Wettbewerb entsteht, kann durch neue Immigranten, die in die USA kommen, so kompensiert werden. In den Sektoren, in denen ein hoher Prozentsatz transnationaler Arbeiter ohne Papiere arbeitet, fallen die Löhne unter das nationale Standardniveau, so dass sie für gebürtige US-Bürger nicht mehr annehmbar sind. Als in der Zeit des Wirtschaftsbooms Ende der 1990er Jahre in diversen Bereichen der US-Wirtschaft ein Arbeitskräftemangel drohte, sprachen sich hohe Vertreter der Wirtschaft für eine Öffnung der Grenze für Immigranten aus.

Eine weitere Auswirkung von Immigration auf den US-Arbeitsmarkt wird in der Schwächung der Position US-amerikanischer Arbeiter gesehen. Durch die Besetzung vieler ehemals gewerkschaftlicher Arbeitsplätze durch Immigranten verlieren die Gewerkschaften sowohl an Mitgliedern, als auch an Stärke, da ausgehandelte Tarife und Standards von transnationalen Arbeitern unterlaufen werden. Als Konsequenz wird von konservativer Seite eine rigidere Einwanderungspolitik zum Schutze US-Amerikanischer Arbeiter gefordert (u.a. Briggs 2001, S. 180f.). Andere, die als Verursacher dieses Lohndumpings eher die US-Wirtschaft, als die Immigranten ausmachen, plädieren für eine flächendeckende Organisation in den unteren Segmenten des Arbeitsmarktes, um so der Abwärtsspirale der Löhne entgegenzuwirken und verweisen auf die Geschichte der US-Arbeiterbewegung, in der vor allem immigrierte Arbeiter aus Europa eine Vorreiterrolle spielten (u.a. Fine 2006, S. 35f.).

Die US-Gewerkschaften, geprägt durch eine *WASP*-Dominanz, haben sich jahrelang der protektionistischen, Immigration ablehnenden Seite zugehörig gefühlt, bis in den letzten fünfzehn Jahren ein Umdenken eingesetzt hat. Dieser Haltungswandel wird im nächsten Abschnitt erörtert.

50 Mit *White collar* werden allgemein akademische Tätigkeiten beschrieben, *blue collar* Berufe haben i.d.R. mit Handarbeit zu tun.

Gewerkschaftshaltung zur Immigration

Auf der Suche nach neuen potentiellen Mitgliedern konnten sich die Gewerkschaften angesichts der großen Zahl von Immigranten, die in den Vereinigten Staaten zum Teil weit unter den gesetzlichen Standards arbeiteten, des Themas Migration nicht mehr verschließen. Außerdem hatten transnationale Arbeiter, vor allem mexikanische, seit Mitte der 1980er Jahre einige wichtige Arbeitskämpfe für sich entschieden, zum Teil mit Hilfe von Gewerkschaften, zum Teil ohne.

Trotzdem blieb das Thema ein „heißes Eisen“ in Gewerkschaftskreisen, vor allem weil die überwiegende Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder selbst *WASP* waren. Der Wertkonservatismus innerhalb der Arbeiterbewegung korrespondierte immer weniger mit der zunehmend multiethnischen, multireligiösen und verstärkt auch weiblichen Arbeitnehmerschaft (Tait 2005, S. 198).

Ende der 1990er Jahre gründete sich in Kalifornien das Gewerkschaftsnetzwerk (*Labor Immigrant Organizers Network (LION)*). Die Mitglieder waren i.d.R. *Organizer*⁵¹ aus verschiedenen Einzelgewerkschaften, die bereits Erfahrungen mit der Organisation von Arbeitern mit migrantischem Hintergrund gesammelt bzw. selbst migrantische Wurzeln hatten.⁵² Die Gewerkschaft HERE, die in einem Bereich agiert, in dem mittlerweile Immigranten einen wesentlichen Anteil der Arbeiter ausmachen, war federführend in der Unterstützung von LION und in der Forderung nach einer Änderung der konservativen AFL-CIO-Doktrin gegenüber den Immigranten. Dieses Netzwerk war es letztendlich, das eine Petition in den Dachverband einbrachte, um die gewerkschaftliche Unterstützung der Unternehmensanktionen im Zuge des IRCA rückgängig zu machen. Eine weitere Forderung war die Amnestie für ausländische Arbeiter ohne Papiere mit der Chance auf eine dauerhafte Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis und die Anerkennung der Arbeitskraft von Immigranten als wesentlichen Beitrag zur US – Volkswirtschaft (Bacon 2001).

Am 16. Februar 2000 wurde diese Petition vom US-amerikanischen Gewerkschaftsdachverband verabschiedet. Zwar hat das

51 Aufgrund der Differenzen im Gewerkschaftssystem der USA gibt es in den deutschen Gewerkschaften keinen adäquaten Begriff für Gewerkschafter, die sich ausschließlich mit der Werbung neuer Mitglieder beschäftigen. Übersetzungen wie „Organisierer“ oder „Mitgliedswerber“ hören sich entweder seltsam an, oder treffen nicht den Kern der Sache, weshalb ich bei dem englischen Wort „Organizer“ bleibe.

52 Zwei meiner Interviewpartner, Peter Olney und Augustin Ramirez, sind an diesem Projekt beteiligt gewesen. Augustin Ramirez ist selbst in Mexiko geboren und blickt auf eine lange Gewerkschaftserfahrung zurück, die mit der Organisation der mexikanischen Famarbeiter durch die United Farm Workers (UFW) in den 60er und 70er Jahren begann.

LION-Netzwerk einen wesentlichen Beitrag zur Verabschiedung dieser Richtungsänderung um 180 Grad geleistet, hinter der Umkehr stand aber auch eine rationale Intention: Immigration und vor allem Arbeitsimmigration lässt sich nicht mit Grenzverstärkung oder Verboten und Sanktionen aufhalten. Sie muss als gegebener Fakt angenommen werden. Daraus resultieren Probleme wie z.B. der Druck auf die Löhne und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Diese treffen nicht nur die *Indocumentados*, sondern auch andere Teile der Bevölkerung.⁵³ Eine Möglichkeit, dies zu verhindern, wäre die gewerkschaftliche Einbindung neu angekommener Immigranten. So könnte man innerhalb des in den Vereinigten Staaten gegenüber Arbeiterorganisation ziemlich restriktiven Gesetzesrahmens und einer gegenüber Gewerkschaften *und* Immigration skeptischen, wenn nicht gar feindlichen Gesamthaltung in der Bevölkerung einen Gegendruck aufbauen. Bleiben die Immigranten jedoch unorganisiert, hätte man weiterhin keinen Einfluss auf deren Löhne und Arbeitsbedingungen und hätte zudem wenig Spielraum, die einmal in Gang gesetzte Abwärtsspirale zu stoppen, geschweige denn umzukehren. Des Weiteren ist auch das Krisenbewusstsein innerhalb der Gewerkschaften angesichts des rapiden Mitgliederschwunds in den letzten Dekaden seit dem Führungswechsel an der Spitze der AFL-CIO sensibler geworden. Und Millionen von Immigranten wären mit Sicherheit ein nicht zu verachtender Mitgliedererwerb für die Gewerkschaften (Fantasia/Voss 2004, S. 120ff.).

„Die meisten Gewerkschaften kontrollieren heutzutage nicht die Papiere. Alle Gewerkschaften, die eine aggressive Mitgliederwerbung betreiben, kommen an Immigranten und an Immigranten ohne Papiere nicht vorbei. Und Gewerkschaften kontrollieren keine Papiere. Und einige Gewerkschaften kämpfen aktiv dafür, dass diese Menschen geschützt werden. Als ich für „Justice for Janitors“ arbeitete, hatten wir einen Passus in den Verträgen, der es den Unternehmern untersagte die Immigrationsbehörden einzuschalten und Razzien bei den Arbeitern durchzuführen. Sie mussten uns rechtzeitig Bescheid geben, wenn Beamte sie besuchten, um I-9 Kontrollen der Papiere durchzuführen [die Gültigkeit der Papiere der Arbeiter zu überprüfen]. Wir hatten viele Schutzmechanismen dafür. Die Unternehmer verstanden, dass das Geschäft der Gebäudereinigung hauptsächlich durch undokumentierte Arbeiter funktioniert“ (Olney, 15.03.2006).

53 Vor allem Arbeiter in den unteren Segmenten des Arbeitsmarktes und speziell jene mit mexikanischem Hintergrund, auch wenn sie über gültige Aufenthaltstitel bzw. die amerikanische Staatsbürgerschaft verfügen (Lopéz/Feliciano 2000, S. 36ff., Catanzarite 2004, S. 107ff.).

Nun ist bekanntlich die Zielsetzung eine Sache, die Realisierung gestaltet sich oft schwieriger. Der pensionierte SIEU-Gewerkschafter und ehemalige UFW-Aktivist Al Rojas drückte es so aus:

„Und es gab einen Haltungswandel in den Gewerkschaften, aber immer noch existiert ein Denken nach dem Schema ‚Die Farbigen werden uns erobern‘ in den Gewerkschaften. [...] Aber die Sache ist die, bis heute gibt es das ‚Good old boy system‘. Den Rassismus.“ (Rojas, 28.11.2005).

Der Prozess der Annäherung zwischen Arbeiterbewegung und transnationalen Arbeitern ist der Betrachtungsgegenstand der nächsten Abschnitte.

Der Mythos der Unorganisierbarkeit (mexikanischer) Immigranten

Geschichte

Mexikanern, die in den USA arbeiteten, haftete lange Zeit das Stigma devoter und ungebildeter Arbeiter an, die zuverlässig arbeiten und i.d.R. nichts gegen den Willen ihrer Arbeitgeber unternahmen.

Bei genauerer Betrachtung der Historie lässt sich dieses Bild jedoch nur schwerlich aufrecht halten.

Bereits 1933, zur Zeit der Großen Depression, organisierten sich Mexikaner mit Hilfe der mexikanischen Gewerkschaft *Confederación Regional Obrera Mexicana (CROM)*⁵⁴ zur *Confederación de Uniones Campesinos y Obreros Mexicanos (CUCOM)*⁵⁵ und schufen so eine eigene Plattform, durch die sie auf ihre Rechte als (vorwiegend Land-) Arbeiter pochen konnten. Zwischen 1929 und 1933 erschütterten 37 Streiks die Landwirtschaft der südlichen Bundesstaaten, die mexikanische Beteiligung an diesen Arbeitskämpfen wird auf 75 bis 90% geschätzt (Weber 1988, S.221f.).

Ein weiteres eindrucksvolles Beispiel für mexikanische Partizipation in Arbeitskämpfen ist die *United Farm Workers of America (UFW)* Gewerkschaft, die nach dem Auslaufen des *Bracero*-Programmes 1964 gegründet wurde und unter der Führung von Cesar Chavez

54 In jener Zeit war die AFL (die Vereinigung mit der CIO geschah erst 1955) sehr nativistisch eingestellt, eine Zusammenarbeit mit Mexikanern war unvorstellbar. Es war der mexikanische Gewerkschaftsdachverband CROM, der progressiv ausgerichtet war, und seine Landsleute in den USA unterstützte. Allerdings fiel in den Folgejahren auch die CROM dem korporatistischen System der PRI zum Opfer und wurde ein verlängerter Arm der Regierung zur Kontrolle der Arbeiter in Mexiko (Hathaway 2000, S. 29ff.).

55 Vereinigung der mexikanischen Bauern- und Arbeitergewerkschaften.

jahrzehntlang erfolgreich für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen mexikanischer Farmarbeiter kämpfte.⁵⁶

Mit der UFW bekam der mexikanische Teil der Arbeiterbewegung ein Sprachrohr und eine Lobby, bis der Stern dieser Gewerkschaft mit der Abwanderung vieler Mexikaner von der Landwirtschaft in den Industrie- und Sektors ab Mitte der 1980er Jahre verblasste und die UFW zunehmend unpolitischer wurde.

„Die UFW steuerte sich dadurch, dass sie keine Verbindungen mehr zur Basis hatte, selbst immer mehr in die Isolation. Nie erklärte sie ihre Gegnerschaft zum Freihandelsvertrag. [...] Sie haben Cesar Chavez wie einen Heiligen angesehen. Das Bild eines Heiligen. Die UFW wie eine sehr heilige Sache.“ (Rojas, 28. 11. 2005)

Und hier setzt die neuere Geschichte der Arbeitskämpfe transnationaler mexikanischer Arbeiter an. Für Aufsehen sorgte 1987 der Fall *Camagua*. Arbeiter einer Fabrik für Wasserbetten gewannen Zugeständnisse und die Anerkennung einer Gewerkschaftsvertretung in einem jahrelangen, anfangs selbst organisierten Kampf gegen den erbitterten Widerstand des Unternehmers.⁵⁷ Anfang der 1990er Jahre schien dann das Eis gebrochen zu sein. Fast gleichzeitig flammten Streiks und Arbeitskämpfe in verschiedenen Teilen Kaliforniens auf. Der bekannteste und am besten dokumentierte ist die Organisation von (hauptsächlich papierlosen, lateinamerikanischen) Raumpflegerinnen (*Janitors*) unter der Kampagne *Justice for Janitors* (vgl. Milkman/Wong 2000a). Ziel dieser von Zehntausenden (vorwiegend weiblichen) Raumpflegerinnen getragenen USA-weiten Kampagne war die Anerkennung der SEIU als Arbeitervertretung durch die Betreiber der Bürohochhäuser. Dabei kam es in verschiedenen Städten, vor allem aber in Houston und Los Angeles zu Polizeiübergriffen auf Demonstrationen und Blockaden. In einigen Städten war die Kampagne erfolgreich, in anderen weniger. Das starke Medienecho, verstärkt durch die gefilmten Polizeiübergriffe hat den *Janitors* jedoch viele Sympathien eingebracht.⁵⁸ *Justice for Janitors* ist dadurch zu einem Symbol für „*Si, se puede!*“ („Ja, es geht doch!“), für ein neues Selbstbewusstsein immigrantischer Arbeiter geworden.

56 Das eindrucksvollste Beispiel war der fünfjährige nationale Boykott von Tafeltrauben (1965-1970), der schließlich in Verträgen zwischen den größten Weinbauern und der UFW mündete, die zu einer beachtlichen Verbesserung der Löhne und Arbeitsbedingungen führte (vgl. Ferriss/Sandoval 1997).

57 Dieser Fall ist bei Delgado (1993) beschrieben. Dieses Werk ist gleichzeitig die erste Studie von postfordistischen Arbeitskämpfen unter Immigranten in Kalifornien und daher in der Forschung zum Standardwerk avanciert.

58 Der Regisseur Ken Loach drehte 2000 den Film „*Bread and Roses*“, der als Kinoerfolg in den USA die persönliche Geschichten von Beteiligten in diesem jahrelangen Arbeitskampf dokumentierte (die ersten Proteste begannen 1985 in Houston, und bis heute gibt es im Rahmen dieser Kampagne von der SEIU noch regelmäßig Aktionen in verschiedenen Teilen der USA).

Ein weiteres Beispiel gegen das Bild der devoten und duldsamen mexikanischen Arbeiter gaben die *Drywallers* (Trockenbauer) in Südkalifornien 1992, als sie trotz Verhaftungen, politischen Drucks und sogar tätlicher Angreifer einen mehrmonatigen Streik ausriefen und durchhielten (Milkman/Wong 2000b, S. 169ff.).

Ein anderes Zeichen der tendenziellen Gewerkschaftsnähe unter Latino-Immigranten war ihr überwiegend ablehnendes Votum gegen die gewerkschaftsfeindliche *Proposition 226* von 1998 in Kalifornien, mit der jene an den Wahlurnen abgewehrt wurde (Milkman 2005, S. 20). Mit dieser Gesetzesinitiative sollte in Kalifornien den Gewerkschaften untersagt werden, Gelder, die durch Mitgliedsbeiträge eingegangen sind, für politische Angelegenheiten (z.B. finanzielle Unterstützung gewerkschaftsfreundlicher Politiker bei Wahlkämpfen) auszugeben, es sei denn, sie ließen dies durch eine jährliche Abstimmung durch die Mitglieder autorisieren. Gegen diesen Versuch, die politische Artikulation der Gewerkschaften zu minimieren, stimmten etwa drei Viertel des Latino-Anteils der Bevölkerung. Eine fast gleichlautende Gesetzesänderung wurde im November 2005 durch den kalifornischen Gouverneur Schwarzenegger eingebracht und ebenfalls abgelehnt.

Gewerkschaftspräferenzen unter mexikanischen Immigranten

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad unter Immigranten in Relation zur Gesamtbevölkerung hat sich in der Dekade von 1994 bis 2004 leicht erhöht. Machten 1994 die 296.300 in Mexiko geborenen Arbeiter, die gewerkschaftlich organisiert waren, etwa 1,8% aller Gewerkschaftsmitglieder aus, waren es im Jahr 2004 mit 360.500 gebürtigen Mexikanern 2,3% (der Anteil aller Immigranten erhöhte sich im Gewerkschaftsanteil von 8,4 auf 11,1%).⁵⁹ Diese scheinbar positive Tendenz wird jedoch durch den allgemeinen Mitgliederschwund innerhalb der Arbeiterbewegung umgekehrt, denn im gleichen Zeitraum fiel die Gesamtgewerkschaftsdichte von 15,5% auf 12,5%. Gleichzeitig stieg die Anzahl der im Ausland geborenen Arbeiter in den USA (von 9,7% auf 14,6% der arbeitenden Gesamtbevölkerung), vor allem die der Mexikaner, proportional noch höher an (von 2,7% auf 4,9%), so dass bei beiden Kohorten ein prozentualer Rückgang zu verzeichnen ist, der sogar noch höher ausfällt als der durchschnittliche Mitgliederschwund in der Gesamtbevölkerung. Auffällig ist auch, dass die Gewerkschaftsmitgliedschaft mit der Dauer des Aufenthalts in

59 Alle Daten, dieses Kapitels beziehen sich auf eine Analyse des Current Populations Surveys (CPS) von 1994 und 2004 (Milkman 2005, S. 3ff.), sofern nicht anders gekennzeichnet.

den Vereinigten Staaten steigt. Während von den vor 1986 in die USA eingewanderten Mexikanern noch 10,5% gewerkschaftlich organisiert sind, so sind es die „Neuankömmlinge“ nach 1986 nur noch zu 5%, nach 1995 Eingereiste nur zu etwa 3%.⁶⁰

Interessant ist weiterhin, dass im Jahr 2002 die überwiegende Mehrzahl von Latino-Nichtgewerkschaftsmitgliedern (67%) angaben, bei Gewerkschaftswahlen für die Gewerkschaft zu stimmen.⁶¹ Demgegenüber standen nur 33% angloamerikanische Nicht-Gewerkschafter (Weir 2002, S. 121).⁶²

Auch ist festzustellen, dass die Bevölkerungsgruppe der Latinos in den USA einen überdurchschnittlichen Lohnvorteil aus einer Gewerkschaftsmitgliedschaft zieht:

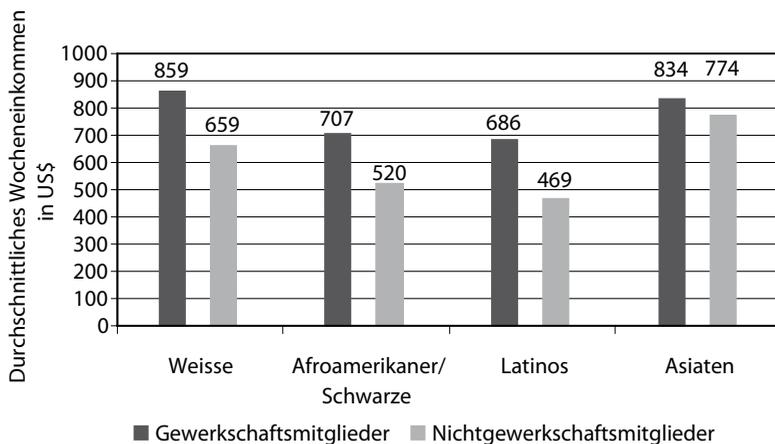


Abb. 3: Lohnvorteil durch Gewerkschaftszugehörigkeit 2006 nach Bevölkerungsgruppen

Quelle: U.S. Bureau for Labor Statistics

60 Diese Zahlen decken sich mit der qualitativen Analyse von Delgado 1993, der auch die Aufenthaltsdauer im Gastland als wichtigsten Indikator für Gewerkschaftsmitgliedschaft beschreibt.

61 Durch das „winner takes it all“-Gewerkschaftsvertretungssystem muss die Belegschaft sich normalerweise bei einer Wahl für oder gegen eine Gewerkschaftsvertretung im Betrieb entscheiden, gewinnt die Gewerkschaft, werden alle Arbeiter automatisch Gewerkschaftsmitglieder (mehr dazu im Fallbeispiel BDG, s. Kapitel 6.2.).

62 Eine höhere Gewerkschaftspräferenz fand sich nur bei den Afroamerikanern. Jene Gruppe, die tendenziell mit den Immigranten um Arbeitsplätze in den unteren Segmenten des Arbeitsmarktes konkurriert, ist der Überzeugung, dass gewerkschaftliche Vertretung sie auch vor rassistischen Attitüden am Arbeitsplatz schützt. Außerdem ist ein überproportional hoher Anteil von Afroamerikanern im öffentlichen Dienst tätig – der Sektor mit der höchsten Gewerkschaftsdichte überhaupt in den USA.

Wie korrespondiert nun die offensichtliche Präferenz für die Gewerkschaften unter in Mexiko geborenen Arbeitern mit der Unterrepräsentation in den Reihen der Arbeiterbewegung? Dafür gibt es mehrere Erklärungen:

Der Hauptgrund ist, dass der größte Teil der aus Mexiko stammenden Arbeiter im privaten Sektor beschäftigt ist, der von jeher einen geringeren Organisationsgrad als beispielsweise der öffentliche Sektor aufweist.⁶³ Ein weiterer Faktor ist die immense Zunahme von Neuankömmlingen aus Mexiko auf dem Arbeitsmarkt der USA. In der Regel hat der Eintritt in eine Gewerkschaft nicht die oberste Priorität von Arbeitern, die oftmals mittellos unter existentiellen Risiken die Grenze überquert haben. Wichtiger ist es, eine Arbeit und eine Unterkunft zu finden und sich im Zielland zu orientieren. Außerdem wechseln vor allem Latino-Immigranten in den ersten Jahren in den USA häufig den Arbeitsplatz, so dass die Kontinuität fehlt, die nötig ist, um sich in der Firma zu engagieren. Zusammengefasst ist es die kurze Aufenthaltsdauer im Gastland, die für viele aus Mexiko stammende Arbeitsimmigranten eine Gewerkschaftszugehörigkeit in einer US-Gewerkschaft unwahrscheinlicher werden lässt. Ein weiterer Grund ist das relativ junge Alter vieler transnationaler Arbeiter aus Mexiko. Statistisch gesehen steigt die Gewerkschaftszugehörigkeit in den USA mit dem Lebensalter.⁶⁴

Der Aufenthaltsstatus als Organisationshindernis?

Inwieweit wirkt sich nun der Aufenthaltstitel als mitentscheidend für ein Engagement in einer Gewerkschaft aus? Fehlt eine Arbeiterlaubnis, haben die Unternehmer auf der Grundlage des *IRCA* eine Möglichkeit, dem Arbeiter mit einem Anruf bei der *INS* (ab 2005 *ICE*) zu drohen, falls er sich mit einer Gewerkschaft einlässt. Zwar wäre auch das nach dem *FLSA* seitens des Unternehmers illegal, sofern eine Gewerkschaft bereits für die Anerkennung in einem Unternehmen kämpft. Aber die Strafen und die Verfolgung dieser Vergehen durch die staatlichen Behörden (*NRLB*) sind gering, sofern sie überhaupt verhängt werden.⁶⁵ Der fehlende legale Aufenthaltsstatus wird oft als

63 2004 hatte der Privatsektor nur eine Gewerkschaftsdichte von 9% respektive 12,5% zum Gesamtorganisationsgrad in den USA (Milkman/Wong 2004, S. 1).

64 Die Grad der Gewerkschaftszugehörigkeit lag 2006 bei 45-64 Jährigen bei 16%, bei 16-24 Jährigen bei 5% und bei 25-34 Jährigen bei 10,1% (<http://www.bls.gov/news.release/pdf/union2.pdf>). Dagegen ist das Durchschnittsalter Mexikanern, die in den USA leben 25,4 Jahre gegenüber 39,7 Jahren der Nicht-Latinobevölkerung (<http://www.census.gov/population/www/socdemo/hispanic/ho04.html>).

65 Im Jahr 2002 beispielsweise wurden in den USA nur 320 Unternehmer zu Strafzahlungen in Höhe von insgesamt 2,6 Mio. \$ verurteilt (Ness 2005, S. 41).

der Hauptgrund für die Probleme bei der Organisation von transnationalen Arbeitern herangezogen (Briggs 2001, S.173f.; Jenkins 1978, S. 529f.) und war über Jahre auch das Hauptargument der Gewerkschaften gegen eine unkontrollierte Immigration. Mehrere Studien belegen jedoch, dass die Lebensrealität vor allem in Großstädten nicht vorrangig von der Angst vor Abschiebung geprägt ist (Delgado 1993, S. 60ff.; Waldinger/Der-Martirosian 2000, 60ff.). Die staatlichen Einwanderungsbehörden und der Grenzschutz haben seit jeher selten im Inland agiert, es sei denn, zu speziellen Anlässen wie bei angeordneten Ausweisungsprogrammen. 1998 sorgte eine Welle von Razzien und Ausweisungen für Aufregung und Proteste (Bonacich 2000, S. 138), aber 1999 gab die *INS* bekannt, sie werde ihre Arbeitsplatzrazzien auf ein Minimum reduzieren und beschränkt sich seitdem auf die Grenzkontrollen (Briggs 2001, S. 167). Das Risiko, im Rahmen einer Razzia vom Arbeitsplatz weg verhaftet zu werden, wird spätestens 100 Kilometer nördlich der Grenze sehr gering. Die Polizei in den USA besitzt zwar in anderen Bereichen relativ viele Vollmachten, hat aber nicht das Recht, auf der Straße Menschen ohne Papiere festzunehmen und sie den Grenzbehörden zu überstellen. Trotz allem braucht es einige Zeit, bis sich die neu Angekommenen an die Situation gewöhnt haben und eine Art Alltagsgefühl entwickeln. Bis dahin werden die meisten Institutionen und Organisationen der USA, und dazu zählen auch die Gewerkschaften, weitgehend gemieden.

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass das Klischee von der Unorganisierbarkeit mexikanischer Immigranten (und Immigranten im Allgemeinen) nicht aufrecht zu halten ist. Der offizielle Aufenthaltsstatus spielt dabei nicht die Hauptrolle. Je länger transnationale Arbeiter in den USA leben und arbeiten, desto mehr erhöht sich die Bereitschaft, gewerkschaftlich aktiv zu werden.

Im Folgenden will ich anhand zweier Fallbeispiele die Annäherung zwischen Gewerkschaften und transnationalen Arbeitern, vor allem jenen mit mexikanischen Wurzeln, beschreiben. Das Erste ist zeitlich in der Mitte der 1990er Jahre in Los Angeles verortet, das Zweite ist ein noch immer andauernder Arbeitskampf in einer Mandelfabrik in Sacramento, der Hauptstadt Kaliforniens. Da diese beiden Beispiele ca. zehn Jahre auseinander liegen, werde ich versuchen herauszufinden, inwieweit ich anhand der gewählten Fälle eine Entwicklung bezüglich der Zusammenarbeit zwischen organisierter Arbeiterbewegung und mexikanisch stämmiger Community in Kalifornien feststellen kann.

6 Si, se puede? – Kalifornische Fallbeispiele

Das Los Angeles Manufacturing Action Project – LAMAP

Rahmenbedingungen, Akteure, Zielstellungen

Das Los Angeles County ist das größte Produktionszentrum in den USA. Im Produktionssektor waren Mitte der 1990er Jahre ca. 750.000 bis 800.000 Menschen beschäftigt. Allerdings hatte sich der Schwerpunkt der Industrie in den 1970er und 1980er Jahren von der Schwerindustrie, wie z.B. Fahrzeug- und Rüstungsbau, aufgrund der sinkenden Nachfrage und der Produktionsverlagerung ins Ausland auf Leichtindustrie und Verbrauchsgüter (*Nondurable Goods*) verlagert. Mit dieser Umstrukturierung ging auch der Abbau Tausender gut bezahlter und gewerkschaftlich organisierter Arbeitsplätze einher, die in der Leichtindustrie durch schlechter bezahlte und in der Regel nicht organisierte Arbeitsplätze ersetzt wurden. Eine zweite Tendenz ist die seit den 1960er Jahren anhaltend hohe Immigration aus Lateinamerika, vor allem aus Mexiko, in die Region. Waren 1960 noch acht Prozent der Bevölkerung LAs im Ausland geboren, stellten Immigranten um 1990 bereits 32,7 Prozent der Gesamteinwohnerzahl. Bis zu drei Viertel der Arbeiter in der Verbrauchsgüterindustrie (Kleidung, Nahrung, Autoaccessoires etc.) rekrutieren sich aus Arbeitern, die aus Lateinamerika stammen. 68% davon waren 1994 mexikanischen Ursprungs, ein großer Teil von ihnen ohne gültige Papiere (Galagher 1998). Insofern ist LA neben seiner Rolle als Industriehauptstadt der USA gleichzeitig auch Immigrationshauptstadt, zumindest für mexikanische Arbeiter.

Die Industriezone, die den höchsten Produktionsanteil in der Region hat, ist der *Alameda Korridor*, der sich von Downtown LA südlich bis hin zum Long Beach erstreckt. Aufgrund der im letzten Kapitel aufgezählten Gründe und der Umstrukturierungen der Wirtschaft in den 1970er und 1980er Jahren ist in diesem Gebiet eine Region entstanden, die von niedrigen Löhnen, Arbeitsbedingungen unter dem US-Standard und fehlender gewerkschaftlicher Vertretung geprägt ist.

Inspiziert durch die erfolgreichen Arbeitskämpfe mexikanischer Immigranten Anfang der 90er Jahre (siehe Kapitel 4) entstand unter einigen in der Arbeiterbewegung Aktiven die Idee eines groß angelegten Projektes, das vorrangig mexikanische Arbeiter im Alameda Korridor durch die gebündelten Kräfte verschiedener Gewerkschaften organisieren sollte. Keine Einzelgewerkschaft, so die Überzeugung der Organisatoren, könne eine solche Mammutaufgabe allein bewältigen.

Dazu fehlten sowohl die finanziellen Ressourcen, als auch das Personal. Peter Olney, der Initiator und Leiter dieses Projekts, erklärte dazu:

„Der Fakt, dass Los Angeles das Industriezentrum der USA ist und dass die Belegschaften im Industriekomplex zu 55% Latinos sind, größtenteils Arbeitsimmigranten, und dann das soziale Dynamit, welches Latinos hinsichtlich ihres Willens zur Arbeiterorganisation und des kollektiven Kampfes an den Tag legen. Das sind die beiden Faktoren, die LAMAP inspiriert haben. [...] Die andere Sache war, wir hatten einen großen Kampf wegen der NAFTA. In den frühen Jahren der Clinton Administration hatte Clinton für NAFTA gekämpft. Und die Arbeiterbewegung, speziell im Industriesektor, war gegen NAFTA stark und bestimmt opponiert und sie begann viel über Mexiko und grenzüberschreitende Realitäten zu lernen... schließlich führte das dazu, dass mexikanische Arbeiter weniger als Feinde und mehr als Verbündete im Kampf angesehen wurden. Also, das sind die Faktoren, die dazu beigetragen haben, dieses Konzept als Versuch den Industriekomplex von L. A. zu organisieren, aufzustellen“ (Olney, 15.03.2006).

Während einigen Entscheidungsträgern an der Führungsspitze der AFL-CIO langsam bewusst wurde, dass ein neuer Weg eingeschlagen werden musste, um die Krise der Arbeiterbewegung zu überwinden, sich aber unter Lane Kirkland, dem damaligen Vorsitzenden, noch kein Richtungswechsel anbahnte, traf sich die Gruppe um Olney mit Vertretern von zwölf Gewerkschaften im April 1994 in Los Angeles und stellte ihnen ihre Ergebnisse aus Recherchen über den industriellen Sektor L.A.'s vor. Ihr Ziel war es, die dort beschäftigten transnationalen Arbeiter in einem gewerkschaftsübergreifenden Projekt, dem *Los Angeles Manufacturing Action Project* zu organisieren. Es sollte ein Pool von Organizern unter der Leitung des Projektes geben, die neue Mitglieder ebenfalls in einen Pool bringen würden, unabhängig von ihrem Industriezweig. Später würden diese Arbeiter dann auf die Einzelgewerkschaften nach deren industriellen Zuständigkeitsbereichen aufgeteilt werden. Unorthodox war die Idee, nicht einzelne Betriebe zu organisieren, sondern sich gleich auf einen ganzen Industriesektor zu konzentrieren. Ungewöhnlich an diesem Konzept war auch die Absicht, nicht nur auf die klassischen Gewerkschaftsmethoden zu setzen, sondern im Gegenteil, die veralteten und langwierigen Methoden über das NLRB zu umgehen und direkte Anerkennung der Gewerkschaft durch die Unternehmen durch das *Card-Check-System*⁶⁶

66 Neben der Methode, über betriebsinterne Wahlen eine Anerkennung der Gewerkschaft durchzusetzen, gibt es die card-check Methode. Wenn 50% plus eins der Belegschaft der Gewerkschaft beigetreten sind, muss die Firma die Gewerkschaft als Verhandlungspartner anerkennen.

zu forcieren. Diese Methodik war zwar Anfang der 1990er Jahre recht ungewöhnlich, geht aber auf die Organisationsmethoden der 1930er Jahre zurück, als die staatlichen Institutionen noch nicht aktiv waren. Mit diesen Strategien hat in der Zeit des New Deal vor allem die CIO Millionen von Arbeitern erfolgreich organisiert.

Der Angst vieler Gewerkschaften aus dem industriellen Bereich vor der Abwanderung der Unternehmen nach Mexiko oder Asien bei Anzeichen einer gewerkschaftlichen Organisation wurde durch die LAMAP-Protagonisten begegnet, indem sie sich zumindest anfangs auf Industriebereiche konzentrieren wollten, die nicht ohne Weiteres im Ausland produzieren könnten. Dazu gehören unter anderem die Transportunternehmen, die Baubranche, die Nahrungsmittelproduktion und einige Sektoren der Modeindustrie, die durch die Schnelligkeit der Branche relativ ortsgebunden sind (Zabin 2000, S. 166).

Das eigentlich Neue an dem LAMAP-Konzept war jedoch die Zusammenarbeit mit der mexikanischen Community, denn, so die Überzeugung, erst wenn die Arbeiterbewegung Zugang zu den Immigrantennetzwerken hat und Teil von ihr geworden ist, ist eine erfolgreiche Organisation möglich. Aus diesem Grund war die Einrichtung von Stadtteilzentren angedacht, die gleichzeitig – aber nicht nur – als Arbeiter-Zentren, also Orte für potentielle Gewerkschaftsanwerbungen fungieren sollten.

Im Juni 1994 unterzeichneten neun Gewerkschaften⁶⁷ das Programm und erklärten sich bereit, sich am Projekt mit einer Startförderung von jeweils 25.000 Dollar zu beteiligen. Später sollten dann jährlich zwischen 200.000 und 300.000 Dollar pro Gewerkschaft dazukommen.

Im Dezember 1995 trafen sich Vertreter des Projektes und der beteiligten Einzelgewerkschaften (jene mittlerweile nur noch zu vier: ILWU, USWA, UBC und die Teamsters) mit dem neu gewählten AFL-CIO Generalsekretär John Sweeney. Dieser sah LAMAP als unterstützenswert und wichtig an und sagte eine Förderung durch die AFL-CIO von jährlich einer Million Dollar unter der Prämisse zu, dass die Einzelgewerkschaften ihren Teil einlösen (Delgado 2000, S. 230f.).

67 United Auto Workers (UAW), United Brotherhood of Carpenters and Joiners of America (UBC), die United Food and Commercial Workers (UFCW), International Ladies' Garment Workers' Union (ILGWU), International Longshore and Warehouse Union (ILWU), International Association of Machinists and Aerospace Workers (IAM), Oil, Chemical and Atomic Workers (OCAW), United Steelworkers of America (USWA), International Brotherhood of Teamsters.

Start, Arbeitsphase

Drei der vier verbliebenen Einzelgewerkschaften zogen sich jedoch von dem Projekt zurück, da sie entweder interne Probleme zu lösen hatten oder ihnen die Arbeitsaufteilung – also die Organisationsleitung durch die LAMAP-Mitarbeiter – nicht zusagte. Andere hatten Probleme, die Summe von 250.000 Dollar jährlich in ein Projekt zu investieren, bei dem nicht vorhersagbar war, wann und wie viele Mitglieder für ihre eigene Gewerkschaft dabei gewonnen werden könnten. So zog sich dann auch die AFL-CIO von einer Finanzierung zurück, und übrig blieben zu Beginn des Jahres 1996 nur die Teamsters unter der Führung des Reformers Ron Carey. Diese unterstützten LAMAP in den nächsten 18 Monaten mit 500.000 Dollar. Für die Teamsters war die Aufteilung der Zuständigkeiten nicht das entscheidende Problem. In den Jahren außerhalb der AFL-CIO hatte man auf „*cross-organizing*“ gesetzt, also alle Industriezweige, die sich anboten, unabhängig von ihrem eigentlichen Kernbereich, dem Transportgewerbe zu organisieren.⁶⁸

Ein erster Arbeitsschritt von LAMAP war die Einrichtung eines Community-Zentrums in der City of Huntington in L.A., einem von mexikanischen Arbeitern dominierten Viertel, wo Englisch- und Immigrationsrechtskurse angeboten wurden. Dadurch sollte eine Annäherung an diese Bevölkerungsgruppe erreicht werden. Der Präsident der katholischen Erzdiözese, Pater Pedro Villaroya, konnte als enthusiastischer Unterstützer des Projektes gewonnen werden und warb seinerseits für eine Zusammenarbeit zwischen Kirche und Arbeiterbewegung in katholischen Kreisen.

Andere Berührungspunkte wurden von den LAMAP-Initiatoren bei *Futball Fraternity*, einem Zusammenschluss von 34 Fußballclubs von Einwanderern aus Jalisco⁶⁹ gesucht. Es wurden Fußballspiele besucht, mit Trainern und Spielern gesprochen und Fußballturniere veranstaltet. Neben den gezielt gesuchten Berührungspunkten mit der mexikanischen Community gab es, wenn auch keine finanzielle, so doch inhaltliche Unterstützung durch einzelne Fakultäten der *University of*

68 In den USA gilt ein historisch gewachsener Standard Industrial Code, der die Zuständigkeit der verschiedenen Gewerkschaften auf bestimmte Industriesektoren zuweist. Bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts wurden zwischengewerkschaftliche Kämpfe um diese Zuständigkeiten mitunter blutig ausgetragen. Da die Teamsters jedoch lange Zeit aus der AFL-CIO ausgeschlossen waren (was offiziell mit Korruption begründet wurde), war dieser Code für sie nicht bindend, und um außerhalb der AFL-CIO weiter bestehen zu können, haben sie Unternehmen in verschiedenen Sparten organisiert. Sie sind außerdem bekannt für ein aggressives Vorgehen gegen gewerkschaftsfeindliche Unternehmer.

69 Allein aus diesem mexikanischen Bundesstaat stammen etwa 600.000 der Mexikaner, die mittlerweile in der LA-Region leben (Gallagher 1998).

California in Los Angeles (UCLA). Gilda Haas und Goetz Wolffe von der Stadtplanungsfakultät halfen LAMAP mit Tiefenforschungen und brachten ihren Studenten das Thema durch Zusatzkurse und Feldstudien ihren Studenten näher. Das *UCLA-Labor Center* unter Kent Wong bezahlte für LAMAP die Stelle eines Labor-Center Koordinators (Galagher 1998).

Zwar war all diese Unterstützung nicht die erhoffte finanzielle Grundlage, die im ursprünglichen „Masterplan“ von 1994 auf drei Millionen Dollar jährlich und 40 fest eingestellte Organizer beziffert wurde, aber mit den Teamsters im Rücken und diversen Sympathiebezeugungen wurden vorerst zehn Organizer angeheuert. Somit konnte die Arbeit von LAMAP beginnen.

Das erste Ziel war die Tortillaindustrie, ein wachsender Industriezweig in Kalifornien, deren Konsumenten, aber auch Arbeiter nahezu ausschließlich mexikanischen Hintergrund hatten.⁷⁰ Die Partnerschaft mit den Teamsters erwies sich als produktiv. LAMAP unterstützte die die Gewerkschaft mittels Community-Arbeit und Nachforschungen über die Industrie. Ein gewonnener 10-tägiger Streik sollte der Startschuss für eine firmenübergreifende Organisation der gesamten Tortillaindustrie werden. Zu diesem Zeitpunkt kam ein Spendenskandal von Ron Carey, dem Präsidenten der Teamstergewerkschaft ans Licht.⁷¹ Er wurde durch James Hoffa, einen eher traditionalistischen Gewerkschafter, abgelöst. Die zugesagte Finanzierung floss zwar weiter bis Mitte 1997 an LAMAP, aber aufgrund der neuen finanzpolitischen Sensibilität wurde die Kooperation von Seiten der Teamsters nicht mehr verlängert. Das Projekt musste seine Mitarbeiter entlassen und wurde Anfang 1998 für beendet erklärt, bevor es überhaupt richtig anfangen konnte zu arbeiten.

Analyse des Scheiterns

Warum konnte ein Projekt wie dieses, nachdem ihm soviel Sympathie von verschiedensten Seiten entgegengebracht wurde, dennoch scheitern?

Es ist festzustellen, dass gerade die Einzelgewerkschaften aus dem Industriebereich (die meisten kamen aus der CIO-Tradition) trotz

⁷⁰ 60.000 Arbeiter sind in dieser Industrie in Südkalifornien beschäftigt.

⁷¹ Laut Gesetz ist es den Gewerkschaften untersagt, Spenden von Firmen anzunehmen, die in den Zuständigkeitsbereich der Einzelgewerkschaft fallen. Im Wahlkampf zwischen Ron Carey und James Hoffa um den Posten des Präsidenten der Teamsters 1996 erhielt Carey eine Spende von der Ehefrau eines Unternehmens, das einen Repräsentationsvertrag mit den Teamsters hatte. Die Wahl wurde annulliert und Anfang 1997 wiederholt. Dieses Mal setzte sich Hoffa gegen den politisch angeschlagenen Carey durch.

anfänglicher Zusagen Probleme mit der Langfristigkeit des Projektes hatten. Angegeben wurden Schwierigkeiten, die hohe Summe von jährlich 250.000 Dollar gekoppelt mit der Ungewissheit des Erfolges für die eigene Gewerkschaft zu vermitteln.

„Und hier liegt das Problem: Die Gewerkschaften, die sich beteiligten, wollten schon im nächsten Jahr Resultate sehen. Und eine Kampagne wie diese ist wie die Kampagne, die wir derzeit mit Blue Diamond haben. Du bekommst keine Ergebnisse in einem, in zwei, drei oder vier Jahren. Es ist eine langfristige Kampagne. LAMAP war eine langfristige Kampagne. Und damit zu starten in etwas Externes einzuzahlen... man zahlt und zahlt und zahlt – und man sieht auf der anderen Seite nichts dabei herauskommen. Dann sagen die Leute: ‚O.K., wir investieren zwei Millionen Dollar, aber in was?‘“ (Ramirez, 20.03.2006).

Insofern spiegelt sich an LAMAP exemplarisch die Konkurrenz zwischen den Einzelgewerkschaften und ein gewisser Konservatismus innerhalb der US-Arbeiterbewegung gegenüber neuen bzw. „neuen alten“ Strategien wider. Das belegen auch die Vorbehalte einiger beteiligter Gewerkschaftsführer gegenüber der Unabhängigkeit LAMAPs. In gewisser Weise wurde das Projekt als eine Art Konkurrenz gegenüber der eigenen Gewerkschaft verstanden:

„Was wir vorschlugen war, dass Gewerkschaften Geld in einen zentralen Topf einzahlen, und wir würden die Mitarbeiter einstellen. [...] Wir brauchten Mitarbeiter mit speziellem demographischen Hintergrund und speziellen Fähigkeiten. Wir brauchten spanisch Sprechende, wir brauchten Leute aus der Zielgruppe, Latinos ... Also die Mitarbeiter der meisten Gewerkschaften passten nicht zu diesen Anforderungen. Trotzdem waren sie besorgt, dass ihre Arbeit ausgelagert werden würde [...] also outgesourct! Das war einer der Widersprüche. Und gerade für einige der Gewerkschaften war das ein harter Brocken. Und wir hatten aktiven Widerstand von Gewerkschaftsmitarbeitern, die an ihre Gewerkschaftschefs herantraten und denen klar machten, dass sie diese Entwicklung nicht mitmachen würden. Das ist ein Beispiel für die Widersprüche, die aufkamen. Und deswegen ist diese Art von gewerkschaftsübergreifender Organisation extrem schwierig“ (Olney, 15.03.2006).

Ähnliches führt Delgado (2000, S. 237) an, als er beschreibt, dass selbst innerhalb der Gewerkschaften verschiedene regionale Ortsgruppen der Führung von dem Projekt abrieten, da nur die Locals im Alameda Korridor davon profitieren würden, aus den Mitgliederbeiträgen aller aber die Kosten getragen werden müssten.

Des Weiteren waren einige der Beteiligten (z.B. die ILWU und die USWA) gerade dabei, die von der neuen AFL-CIO Führung

ausgegebene Parole der radikalen Werbung neuer Mitglieder zuerst einmal theoretisch zu verinnerlichen, bevor an eine praktische Umsetzung zu denken war. Andere, wie zum Beispiel die UFCW, nahmen Abstand von dem für sie scheinbar unklaren und experimentellen Projekt, um sich auf eigene Neuorganisationsprojekte in ihrem Zuständigkeitsbereich mit klareren Aussichten zu beschränken.

Warum aber sprang dann die AFL-CIO Führung, die ja gerade ein neues Organisationsprogramm verabschiedet hatte und sich enthusiastisch für solcherlei Projekte aussprach, nicht unterstützend ein, um LAMAP zu einem Musterprojekt, einer neuen Ära der Arbeiterbewegung zu machen? Einige der Beteiligten vermuteten, dass eine gewisse Skepsis in der Chefetage der AFL-CIO gegenüber LAMAP herrschte, da es bereits vor dem Führungswechsel, also ohne Sweeney, initiiert worden war.⁷² Die offizielle Stellungnahme der Organisations-Abteilung (*Organizing-department*) der AFL-CIO war, dass man dafür nicht genug Geld habe, das Geld stattdessen bei den Einzelgewerkschaften sei. Schaut man auf das erhöhte Organisationsbudget der AFL-CIO, wäre es sicher nicht sinnlos gewesen, davon einen Teil in LAMAP zu investieren. Zieht man andere Ausgaben der AFL-CIO jener Zeit in Betracht, beispielsweise die 30 Millionen Dollar für den Clinton-Wahlkampf 1996, dann wird ersichtlich, dass Gelder anhand von Prioritätensetzungen ausgegeben werden und LAMAP nicht in die Kategorie einer hohen Priorität fiel (Tait 2005, S. 195).

Dass dann die Unterstützung durch die Teamsters wegen interner Problemen wegfiel, war vielleicht einfach nur noch Pech, bedingt durch die Struktur dieser Gewerkschaft und innere Konkurrenzkämpfe zur falschen Zeit.

Insofern war LAMAP wirklich seiner Zeit um einige Jahre voraus. Ob es heutzutage die benötigte Unterstützung durch Einzelgewerkschaften und die Dachverbände (AFL-CIO und CTW) bekommen würde, ist eine hypothetische Frage.

Olney zufolge dürfte das auch dieser Tage nicht ganz einfach sein:

„Also man hat Gewerkschaften mit unterschiedlichen Kulturen, sehr unterschiedlicher Geschichte und unterschiedlichen Herangehensweisen an die Mitgliedergewinnung. Selbst heute ist die Frage nach einer gewerkschaftsübergreifenden Arbeit eine große Herausforderung“ (Olney, 15.03.2006).

72 „If people in the organizing department of the AFL-CIO wanted it to happen, it would have happened, but they didn't. Why? Maybe because its Administration was already underway when the new people came in at the AFL-CIO“ (David Sickler, damaliger Organisationsdirektor des City-Labor Councils in Los Angeles zit. n. Galagher 1998).

In eine andere Richtung der Analyse von LAMAP geht die Frage nach dem Erfolg eines Projektes, welches sich sehr stark auf eine einzige ethnische Gruppe beschränkt. Die Afroamerikaner, die ebenfalls im industriellen LA eine breite Arbeiterbasis unter den so genannten *Working Poor* haben und von der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt durch die Mexikaner stärker betroffen sind als die weißen *Natives*, waren LAMAP nicht gerade zugeneigt. Bestehende Spannungen wären durch die ethnische Exklusivität nicht abgebaut worden (Delgado 2000, S. 232). Olney wandte sich deshalb nach LAMAP Studien zu, die eine Verbesserung des Verhältnisses der organisierten Arbeiterbewegung und der afroamerikanischen Arbeiter-Community zum Ziel hatten.

Was ist geblieben von LAMAP? Bei den Beteiligten stellte sich eine Ernüchterung gegenüber Multi-Gewerkschaftsprojekten und der neuen AFL-CIO Leitung ein, zumindest über die Handlungsspielräume des Dachverbandes angesichts rivalisierender Interessen der Einzelmitglieder.

Wenn LAMAP als langfristiges Projekt mit unkonventionellen Strategien und Ansätzen am fehlenden Willen der Gewerkschaften gescheitert ist, so hat es doch die US-Arbeiterbewegung um wertvolle Forschungsergebnisse über die landesweit größte Industrieregion, den Alameda Korridor, bereichert. Außerdem hat sie eine Grundsatzdebatte innerhalb der AFL-CIO über die Stoßrichtung der Gewerkschaften angeregt und der Arbeiterbewegung an sich einen Spiegel vorgehalten, der Mitte der 1990er Jahre eine schwerfällige Institution zeigt, in der zwar ein richtungsweisender Führungswechsel stattgefunden hat und eine verbale Radikalität wieder entdeckt wurde, die Gesamtsituation sich aber nur sehr langsam verändert. Und dies vor allem aufgrund des Widerstandes in den eigenen Reihen und des Festhaltens an alten Konventionen.

Allerdings muss man ergänzen, dass nach LAMAP andere Multi-Gewerkschaftskampagnen durch die AFL-CIO Führung unterstützt wurden, wie z.B. in Seattle mit 750.000 Dollar (Delgado 2000, S. 238).

Außerdem war LAMAP nach Aussagen Olneys eine Inspiration für das *Stamford Organizing Project* in Connecticut, wo erfolgreich versucht wurde, Immigranten und Afroamerikaner in einem Multi-Gewerkschafts-Joint Venture zu organisieren. Beteiligt waren SEIU, HERE, UFCW und UAW (Fine 2001).

Um nachhaltige Arbeit in der Latino-Community in LA zu etablieren, war die Schaffenszeit LAMAPs zu kurz. Die Inspiration, die von

dem Projekt ausging, lebt insbesondere im akademischen Bereich weiter. Einige der damaligen Studenten, die über das Projekt mit den Gewerkschaften überhaupt erstmalig in Berührung gekommen sind, arbeiten heute als aktive Organizer.

Trotz rhetorisch neuer Vorzeichen in der US-Arbeiterbewegung hat sich bei LAMAP gezeigt, wie wenig die AFL-CIO vor allem an der Basis in der Lage war, eine erfolgreiche langfristige Organisation transnationaler Arbeiter zu realisieren. Zwar hatten einige der progressiveren Geister erkannt, dass Immigranten sehr wohl empfänglich für Gewerkschaften und Arbeitskämpfe sind, nur war in diesem Fall eine Idee oder Vision ihrer Zeit vorausgeeilt und wurde, als sie sich anschickte, Tat zu werden, von ihr ziemlich schnell und sehr unsanft wieder in die Realität zurückgeholt.

Seit LAMAP sind nunmehr gut zehn Jahre vergangen. Das nächste Fallbeispiel soll unter anderem zeigen, ob sich seit dem die Rahmenbedingungen und das politische Bewusstsein in Politik und Gewerkschaften geändert hat.

Die Blue-Diamond-Kampagne der ILWU

Während LAMAP eine Multi-Gewerkschaftskampagne war, ist der Versuch der *International Longshore and Warehouse Union (ILWU)*, die Arbeiter des *Blue Diamond Growers* Unternehmens (BDG) als Mitglieder zu gewinnen und zu organisieren, das Projekt einer Einzelgewerkschaft.

Das Unternehmen Blue Diamond und seine Belegschaft

BDG ist das größte mandelverarbeitende Unternehmen der Welt und exportiert ca. 70% seiner Produkte. Es existiert seit 1910 und ist eines der größten Privatunternehmen in der Sacramento Region. 1995 half die Stadt der Firma mit 21 Millionen Dollar, um eine Schließung bzw. Abwanderung zu verhindern. Im Gegenzug verpflichtete sich Blue Diamond bis 2010 zur Erhaltung von 700 Vollzeit Arbeitsplätzen. Im Jahr 2005 erzielte das Unternehmen seinen Rekordgewinn von 675 Millionen Dollar (Downing 2006). Von den 610 Arbeitern, die 2006 im Unternehmen angestellt waren, arbeiten viele nur als Saisonkräfte. Etwa die Hälfte kommt aus Lateinamerika, der überwiegende Teil davon aus Mexiko. Jeweils 10% der Belegschaft stammen aus der Punjab-Region in Indien und Ostasien (vorrangig aus Korea und China), ein weiteres Zehntel wird von Afroamerikanern gestellt

und mit etwa 20% sind die weißen Anglos eine Minderheit im Unternehmen. Auch wenn es sich bei den Beschäftigten nicht vorrangig um Neimmigranten ohne Papiere handelt, ist der multiethnische Migrationshintergrund unter mexikanischer Domäne unverkennbar (ILWU 2006).

Die Löhne der Angestellten stiegen im unteren Sektor, d.h. bei den Sortierern und Packern seit 1990 nur um 2 Dollar auf 10,25 Dollar im Jahr 2005, während Einschnitte bei den Beitragszahlungen für die Krankenversicherung seitens des Unternehmens hingenommen werden mussten. Bereits 1990 gab es durch die Longshore und Warehouse Gewerkschaft einen Versuch, die Belegschaft der Firma zu organisieren. Dieser Anlauf scheiterte jedoch an der Wahl über die Repräsentation, als sich die Arbeiter im Verhältnis 2:1 gegen die Gewerkschaft entschieden.

„Die Arbeiter haben die Gewerkschaft abgelehnt. Aber dann, nachdem, riefen Arbeiter jedes Jahr an und sagten ‚Hey, weißt Du, wir wollen einen neuen Versuch.‘ Niemand nahm sie mehr ernst in der Gegend um Sacramento. Keine Gewerkschaft nahm die Arbeiter von Blue Diamond ernst, sie sagten, es wären nur Schwätzer. Das heißt: Immer, wenn sie eine Lohnerhöhung haben wollten, kommen sie und rufen eine Gewerkschaft. Die Gewerkschaft kommt und legt Flyer aus. Das Unternehmen bekommt Angst, und sie bekommen, was sie wollen. Eine Lohnerhöhung oder so. [...] Und als sie 2004 kamen, habe ich sie auch nicht ernst genommen“ (Ramirez, 20.03.2006).

Der Gewerkschafter Augustin Ramirez, der über lange Zeit die Intention der Arbeiter für eine ernsthafte Organisation nicht ernst genommen hatte, überzeugte sich schließlich Ende 2004 von der Ernsthaftigkeit der Arbeiter. Die Beschwerden reichten von unzulänglicher Bezahlung über den fehlenden Anspruch auf Urlaub der Saisonarbeiter bis hin zu schlechter Behandlung der Arbeiter durch einige Aufseher. Die Arbeiter von BDG gingen Anfang 2005 mit ihrem Wunsch nach Repräsentation durch die Gewerkschaft der Hafen- und Lagerarbeiter ILWU in die Öffentlichkeit.

Beginn der Kampagne und Widerstand des Unternehmens

Die Gewerkschaft lancierte zu Beginn ihrer Kampagne Wahlen zur Anerkennung der ILWU als rechtmäßige Vertretung der Arbeiter bei Verhandlungen mit dem Unternehmen über das NRLB. Blue Diamond antwortete jedoch auf die Versuche, eine Gewerkschaft in die bis dato arbeiterorganisationsresistente Firma zu bringen, mit einer

aggressiven Strategie. Die Mitarbeiter wurden mit 30 verschiedenen Anti-Gewerkschaftsflugblättern überhäuft, und auf vom Unternehmen einberufenen Mitarbeiterversammlungen wurde ihnen von Aufsehern und Rechtsanwälten dargelegt, dass die Firma im Falle einer Repräsentation durch die ILWU geschlossen werden müsste. Gewerkschafter wurden des Firmengeländes verwiesen. Der Höhepunkt war, dass zwei Arbeiter, die offen im Organisationskomitee für die ILWU auftraten, aus fadenscheinigen Gründen gekündigt wurden.

Aufgrund dieses unerwartet starken Widerstandes stellte die ILWU ihre Kampagne um.

„Wir kamen in diese Kampagne und dachten, wir müssen über eine Wahl gehen, dass wir anders nicht gewinnen könnten. In den ersten paar Monaten sagten wir den Leuten: Wir werden eine Wahl anstreben. [...] Aber wir sahen, dass das Unternehmen so aggressiv auf die Gewerkschaftsorganisation antwortete, im Januar, Februar, März, April und Mai 2005 bombardierten sie die Arbeiter förmlich. Sie wurden wirklich hart zu den Arbeitern. Es würde hart, es würde nahezu unmöglich sein, unter diesen Umständen eine faire Wahl zu haben. Also sind wir in eine andere Richtung gegangen. Jetzt sagen wir, der einzige Weg für eine Gewerkschaft hier Fuß zu fassen, ist die so genannte *travity*-Vereinbarung, dass das Unternehmen neutral bleibt. Und wenn die Arbeiter sich entscheiden, der Gewerkschaft beizutreten, dass es das *card-sign-agreement* [eine Vereinbarung, die sich auf unterschriebene Gewerkschaftsmitgliedskarten bezieht] respektiert.“ (Ramirez, 20.03.2006).

Neben der Zielstellung, mehr als 50% der Arbeiter dazu zu bewegen, der Gewerkschaft beizutreten, um eine rechtliche Vertretungsbasis zu haben, begann eine öffentlichkeitswirksame Kampagne, bei der die Gewerkschaft ihre nationalen und internationalen Kontakte ausnutzte, um Druck auf BDG aufzubauen.

Wirtschaftliche und politische Druckmittel

Da die ILWU ihre Hauptstärke in Häfen hat, wo die Mandelerzeugnisse für den weltweiten Konsum verladen werden, kann sie dies als strategisches Druckmittel gegen exportorientierte Unternehmen verwenden. Zu dem Mittel, die Mandeln nicht zu verladen bzw. Waren ins Wasser zu werfen, griff die ILWU im Gegensatz zu früheren Arbeitskämpfen indessen noch nicht. Stattdessen wurde am *International Action Day for Blue Diamond Workers* in verschiedenen Abnehmerländern Druck auf die Konsumenten und Firmen, die BDG-Mandelerzeugnisse

weiterverarbeiten, ausgeübt. Das geschah hauptsächlich über internationale Verbindungen der Hafen- und Transportarbeitergewerkschaften (v.a. durch die *International Transport Worker Federation (ITF)*, eine Sparte der *International Labor Organisation (ILO)*). Außerdem wurden in verschiedenen Städten der USA gleichzeitig Filialen der Firma *Hersheys* Ziel von Kundengebungen und Flugblättern, in denen auf die Situation und den Arbeitskampf der Blue Diamond Arbeiter aufmerksam gemacht wurde. Auch wenn diese Aktionen das Image der Firma gegenüber ihren Abnehmern nicht nachhaltig beschädigt haben sollten, so waren sie für die Belegschaft doch eine moralische Unterstützung.

Im Juli 2006 besuchte Organizer Augustin Ramirez zusammen mit dem BDG-Gabelstaplerfahrer Gene Esparza Südkorea, das eines der größten Abnehmerländer von Blue Diamond Mandeln ist. Dort wurde mit den Gewerkschaften über Möglichkeiten eines Boykotts gegen das kalifornische Unternehmen gesprochen.

Des Weiteren wurden Allianzen mit der Politik geschmiedet. Die Senatorin Deborah Ortiz und die Kongressabgeordnete Doris Matsui bekundeten öffentlich ihre Solidarität mit dem Arbeitern bei Blue Diamond, und Dave Jones, demokratischer Abgeordneter im kalifornischen Parlament lud öffentlichkeitswirksam Mitglieder des Organisationskomitees bei BDG zur Vorstellung des gewerkschaftsfreundlichen *Employee Free Choice Acts (EFCA)* in die *State Assembly* von Kalifornien ein. Ein weiterer politischer Erfolg war, dass sich der Stadtrat Sacramentos mit Zweidrittelmehrheit hinter die Arbeiter stellte und die Unternehmensleitung dazu aufforderte, sich der Gewerkschaft gegenüber neutral zu verhalten (Downing 2006).

Community-Arbeit

Darüber hinaus wurde versucht, nach dem Vorbild anderer erfolgreicher Kampagnen die Arbeit in den jeweiligen Communities und den sozialen Netzwerken auf eine breite Basis zu stellen. Ein erster Schritt dazu waren Telefonanrufe bei den Arbeitern und Besuche durch beteiligte Organizer bei den Familien der Arbeiter zu Hause, um mit ihnen über den Sinn einer Gewerkschaftszugehörigkeit zu reden. Die Familien sind dabei ein wichtiges Element, denn sie können den Arbeitern im Falle der Verschärfung des Arbeitskonfliktes moralische und soziale Rückendeckung geben.

Wesentlich weiter reichten die Versuche, in den familienübergreifenden sozialen Netzwerken für Unterstützung und Verständnis zu

werben. Das eindruckvollste Beispiel war die Beteiligung der ILWU am *Cesar Chavez Marsch* zu Ehren des Anführers der *United Farm Workers* Gewerkschaft 2005 und 2006. Im März 2005, kurz nach Bekanntwerden des beginnenden Arbeitskonfliktes, führten 120 Blue Diamond Arbeiter in gelben ILWU-T-shirts den Demonstrationzug von 2000 Menschen an. 2006 demonstrierten die Arbeiter zwar nicht an der Spitze der Kundgebung, aber es kamen zahlreiche ILWU Gewerkschafter aus anderen Städten nach Sacramento, um ihre Unterstützung im Kampf gegen die Diskriminierung von Immigranten zu zeigen. Gerade im März 2006 war dies ein wichtiges Zeichen für die vorrangig aus Mexiko stammenden Immigranten, denn in diesem Jahr stand der Chavez-Marsch ganz im Zeichen der Immigrationsdebatte, und es beteiligten sich ca. 8000 Menschen an dieser Demonstration, während im 600 Kilometer entfernten Los Angeles zur gleichen Zeit eine halbe Million Menschen gegen das *Sensenbrenner-Bill* und für eine Amnestie der *indocumentados* auf die Straße gingen. An der Vorbereitung der Demonstration waren gleichberechtigt neben Menschenrechtsorganisationen, Immigranteninitiativen und Vertretern anderer Gewerkschaften (vor allem der SEIU) auch ILWU Organizer beteiligt. Der Symbolik wegen startete der Zug vom Gewerkschaftsgebäude der ILWU. Unterstützung erhielt die Kampagne auch von der in Sacramento ansässigen Organisation *Union Civica Primero de Mayo*, welche sich für eine Verbesserung der Rechte transnationaler Arbeiter aus Mexiko in den USA einsetzt. Natürlich hat die Zusammenarbeit nie auch nur annähernd das Niveau wie bei LAMAP erreicht, aber das war auch von Anfang an nicht das Ziel, obwohl Peter Olney mittlerweile Organizing Direktor der ILWU ist. Augustin Ramirez zumindest blieb vorsichtig mit der Bewertung des auf die Community bezogenen Engagements der ILWU:

„Die Internationale Hafendarbeitergewerkschaft ist gespalten. Du hast die Hafendarbeiterdivision und die Lagerhallen. Die Hafendarbeiterdivision, es ist traurig zu sagen, aber sie könnten ein Dreck auf Immigrationsthemen geben. [...] weil die Leute dort nicht das Problem haben. [...] Nicht mal dieser Ortsverband ist an Community Angelegenheiten bezüglich Immigrationsdingen beteiligt. Wenn eine Demonstration ist, dann gehen wir hin, beteiligen uns. Wie an dieser am Samstag [der Cesar Chavez Marsch 2006]. Wir werden teilnehmen, wir werden wahrscheinlich das größte Kontingent stellen, aber das nur, weil wir hier gerade versuchen, die Gewerkschaft zu etablieren. Wenn die Organisation von Blue Diamond nicht gerade jetzt vonstatten gehen würde, würde der Ortsverband wahrscheinlich mit zehn bis fünfzehn

Leuten dabei sein. Und das ist keine Beteiligung an der Gemeinschaft. Also ich denke, da ist mehr zu tun in der ILWU im Hinblick auf die Immigration“ (Ramirez, 20.03.2006).

Außerdem ist die Einbeziehung der Immigrantengemeinschaft und der Migrationsproblematik hier, ähnlich wie bei LAMAP, auf die Latinos im Allgemeinen und Mexikaner im Speziellen beschränkt. Das liegt zum einem an der Demographie der Belegschaft (und der Latino-Arbeiter im ILWU-Zuständigkeitsbereich), aber auch am mangelnden Austausch und Hintergrundwissen über andere Ethnien, die in den Arbeitskampf involviert sind.

„Wir müssen Leute kriegen, die Koreanisch sprechen, die Kantonesisch sprechen, um diese Leute wirklich zu erreichen und bei diesen Bevölkerungsgruppen Fuß zu fassen. Es gibt viele Punjabis und Pakistanis in der Fabrik. Wir haben unterschiedlichen Erfolg, mit ihnen zusammen zu kommen. [...] Und wir haben die Situation, dass speziell bei den Punjabi-Frauen die Tendenz zu sehen ist, dass diese stark von den Männern in ihren Familien dominiert werden. Das ist eine wirkliche Herausforderung. Da gibt es viel interne Repression, die zurückgedrängt werden muss, damit die Dinge ins Rollen kommen. Ehrlich gesagt, ich meine, das ist ein Lernexperiment. Ich denke dass wir unter den ILWU Mitarbeitern derzeit eine Menge Leute haben, die das verstehen und die viel Zeit ihres Organizer-Lebens mit Latinos verbracht haben. Ich verstehe diese Kultur als Art kulturelle Beziehung sehr, sehr gut. Ich glaube nicht, dass wir eine ausreichendes Verständnis für Koreaner und Chinesen hier auf der Arbeit haben“ (Dall, 24. 11. 2005).

Das Bewusstsein um die Einbeziehung der ethnischen Gemeinschaften war bei allen von mir interviewten Gewerkschaftern ausgeprägt, besonders bei Dall, Ramirez und Olney. Ebenso die Erkenntnis, dass noch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft sind. Bei einer relativ kleinen Gewerkschaft wie der ILWU mit nur 40.000 Mitgliedern und nur neun hauptamtlichen Organizern an der Westküste, in Alaska und auf Hawaii, wird sich eine intensive Auseinandersetzung mit den verschiedenen Bevölkerungsteilen im multiethnischen Kalifornien voraussichtlich nur schwierig umsetzen lassen.

Rechtliche Elemente der Kampagne

Neben der Möglichkeit, über das NRLB eine Gewerkschaftswahl in der jeweiligen Firma anzusteuern, können auch Verfahren wegen Verletzungen des Arbeitsrechts dort eingeklagt werden. Genau das tat die ILWU als Antwort auf die aggressive Gewerkschaftsvermeidungskampagne von

BDG. In über 30 Fällen wurde im April 2005 Klage gegen die Firma erhoben, zur öffentlichen Verhandlung kam es im darauf folgenden Dezember. Da das Labor Board durch die vielen Klagen überlastet war, wurde die Entscheidungsfindung ein langwieriger Prozess. Das Ergebnis dieser Verhandlungen wurde im März 2006 bekannt gegeben: BDG wurde in 28 Fällen für schuldig befunden, bestehendes Arbeitsrecht verletzt zu haben, die beiden zu Unrecht entlassenen Arbeiter Ivo Camilo und Mike Flores wurden Anfang April wieder eingestellt und BDG musste ihnen für die Monate, in denen sie nicht gearbeitet haben, den Lohnausfall plus Zinsen zurückzahlen, was etwa 60.000 Dollar entspricht. Währenddessen hat die ILWU am 20. März 2006 wegen weiterer Verstöße gegen das geltende Arbeitsrecht durch BDG geklagt. Darüber hinaus hatte die ILWU vor dem NRLB erreicht, dass der föderale Gerichtshof gegen die Firma eine „10 J-Klage“ erließ, die normalerweise innerhalb weniger Wochen verhandelt werden muss und deren Entscheidung im Falle einer Schuldzuweisung gegen die Firma umgehend umzusetzen ist.

Diese 10-J Instanz ist letztendlich nur für schwerste Verletzungen gegen das Arbeitsrecht vorgesehen, und an enorme Hürden gebunden. Zwischen 2000 und 2005 gab es nur 69 dieser 10-J Verhandlungen. Im BDG-Fall wurde ihr stattgegeben, aber:

„Die Firma hat das Gesetz so grotesk verletzt, dass die einzige Lösung eine 10 -J ist. Also, vor drei Wochen hat die Bundesregierung im Bundesgerichtshof hier in Sacramento für diese 10-J geklagt. Und die Verhandlung sollte in 15 Tagen vom Tag der Klage an stattfinden, aber weil in Sacramento diese Verhandlungen nur jeden anderen Freitag stattfinden, und alle Freitage voll sind, ist das nächstmögliche Datum der fünfte Mai. [...] Zweieinhalb Monate von vor zwei Wochen aus gerechnet! [...] Und wenn wir rausgehen und ihnen [den Arbeitern] sagen: ‚Nein, es sind zweieinhalb Monate‘ verlieren alle wieder den Mut. Also das sind die Arbeitsgerichtsdinge, die gegen uns gehen“ (Ramirez, 20.03.2006).

Neben den oben beschriebenen Problemen bei der Repräsentationswahl über das NRLB gibt es demnach zusätzlich die enorme zeitliche Verzögerung bei den Verhandlungen. Auf die Kampagne wirkt sich das laut Ramirez insofern negativ aus, als dass den Arbeitern immer aufs Neue erklärt werden muss, warum das alles so lange dauert. Die Motivation für Aktionen leidet darunter auf Dauer. Zwar gab es diesbezüglich einen Schub durch die Wiedereinstellung von Camilo und Flores, aber was hat das für Folgen für BDG? In erster Linie ist ein Imageverlust festzustellen, vor allem gegenüber den eigenen Arbeitern,

deren Forderungen an die Firma über die rechtliche Instanz als gerechtfertigt angesehen wurden. Aber die 60.000 Dollar Lohnnachzahlung dürften BDG angesichts der Rekordgewinne nicht sonderlich schmerzen. Wäre der *Employee Free Choice Act* so wie er von einigen kalifornischen Politikern eingebracht worden ist, schon in Kraft, könnte das Unternehmen aufgrund dieser illegalen Praktiken zu Strafzahlungen von bis zu 560.000 Dollar verurteilt werden. Derzeit bleibt der moralische Sieg der Arbeiter und die Wiedereinstellung der Gekündigten (Rein 2006, S. 3).

Wie ich versucht habe darzustellen, sind die größten Hindernisse der Kampagne der ILWU bei der Arbeiterorganisation in den derzeitigen arbeitsrechtlichen Instrumenten der Vereinigten Staaten zu suchen. Daher auch die negative Einschätzung der beiden an der Kampagne beteiligten Organizer Dall und Ramirez:

„Dreißig Prozent aller organisierten Firmen kommen zu einem ersten Vertrag. Siebzig Prozent – kein Vertrag! Und der Grund ist, im Großen und Ganzen, wenn man durch einen Wahlprozess geht und man knapp gewinnt, und um diese Wahl zu gewinnen man... es ist ein bürokratischer Prozess. Man organisiert die Leute auf der Basis von Bürokratie, man organisiert sie nicht auf der Basis eine Bewegung“ (Dall, 24. 11. 2005).

„Den einzigen Weg, den ich sehe, damit Gewerkschaften derzeit wachsen, sind langfristige Kampagnen, Neutralitätsabkommen oder cardchecks. Wenn wir das Arbeitsgericht [NRLB] benutzen, werden wir nicht wachsen. Wir werfen uns nur selbst raus. Wir müssen Wege finden, um vom Status quo des NRLB wegzukommen. Die Gewerkschaften, die derzeit wachsen, sind jene, die das NRLB nicht benutzen“ (Ramirez, 20.03.2006).

Die Kampagne, so die Einschätzung der involvierten Gewerkschafter, werde aufgrund der rechtlichen Rahmenbedingungen voraussichtlich vier bis fünf Jahre dauern. Wenn jeder Kampf einer Gewerkschaft für die Anerkennung durch das Unternehmen so eine lange Zeitspanne benötigt, dann ist das neben dem Motivationsproblem für die Arbeiter (denn schließlich ist ja kein Sieg, und noch weniger ein Tarifvertrag garantiert) außerordentlich zeit- und kostenintensiv für die Gewerkschaften. Insofern behindert dies offensichtlich die Gewerkschaftsarbeit enorm, zumindest im Falle eines massiven Unternehmerwiderstandes. Würde dazu noch eine hohe Fluktuation der Arbeiter kommen, wie es in vielen anderen Bereichen der Leichtindustrie oder im Servicebereich der Fall ist, wo ein Großteil neu angekommener Immigranten beschäftigt ist, dann erscheint die gewerkschaftliche Organisation solcher

Firmen als Ressourcen zehrende Sisyphusarbeit, deren Erfolg fraglich ist. Das ist sicher einer der Hauptgründe, warum viele Gewerkschaften vor einem langwierigen Kampf um Repräsentation in einem bis dato gewerkschaftsfreien Unternehmen zurückschrecken, vor allem, wenn sprachliche und kulturelle Barrieren zwischen Gewerkschaft und Belegschaft bestehen. Die angesprochene Diskontinuität der Arbeitsverhältnisse wirkt dann zusätzlich erschwerend, das Haupthindernis bleibt jedoch das US-amerikanische Arbeitsrecht.

Die ILWU – eine immigrationszugeneigte Reformgewerkschaft?

Nachdem ich nun die Kampagne der ILWU bei BDG näher beleuchtet habe, stellt sich die Frage, ob die Gewerkschaft in diesem Fall eine adäquate Institution für die Organisation transnationaler Arbeiter in Kalifornien ist. Dazu möchte ich das Schema von Sherman und Voss (2000, S. 81ff.) heranziehen, die verschiedene Gewerkschaften ob ihrer Innovationsfreudigkeit bezüglich der Neuorganisation von Mitgliedern analysieren. Dabei stellen sie die Gewinnung von Immigranten für die US-Arbeiterbewegung in den Mittelpunkt ihrer Untersuchung.

Sherman und Voss beschreiben die Erneuerer (*Innovators*) unter den Gewerkschaften nach folgenden Kriterien:

- Eine wesentliche Aufstockung des Neuorganisationsbudgets (auf 20 bis 30%) und eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen Organizern und allgemeinen Repräsentanten (*Field Representatives*), die hauptsächlich für die Betreuung und den Service für die bereits vorhandenen Mitglieder verantwortlich sind.
- Die Anstellung von mehrsprachigen Organizern vorzugsweise mit dem gleichen ethnischen Hintergrund wie die Arbeiterzielgruppe. Dabei beschränkt sich die Rekrutierung nicht nur auf Gewerkschaftskreise, sondern erweitert sich auf den Pool erfahrener Leute aus anderen sozialen Bewegungen. Außerdem wird eine Einbindung der Arbeitskämpfe in den kommunalen und ethnischen Kontext der Region/Kommune als Merkmal innovativer Strategien verstanden.
- Die Einbindung der Gewerkschaftsbasis in Verhandlungen, betriebsinterne Komitees und Solidaritätsaktionen mit anderen Arbeitskämpfen mit dem Ziel, das Bewusstsein der Arbeiter für Arbeitskämpfe und gewerkschaftliche Aktionen zu stärken, aber auch um die tendenziell weniger werdenden Service-Leistungen der Gewerkschaften durch Partizipation zu kompensieren. Im Englischen wird diese Strategie *Rank and File Strategy* genannt und

stammt wie viele andere „innovative“ Elemente aus der Konsolidierungsphase der Arbeiterbewegung der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts.

- Die „*Corporate Campaign*“. Gemeint ist die Suche nach der „Achillesferse“ des Unternehmens, also Kampagnen gegen das Firmenimage. Das beinhaltet Flugblatt- und Blockadeaktionen gegenüber Unternehmenspartnern und Kunden auf nationaler und internationaler Ebene und soll in der Öffentlichkeit den Ruf der Firma schädigen.
- Des Weiteren werden nicht nur *Hot Shops*⁷³ als Ziel von Neuorganisation in Betracht gezogen, sondern ganze Industriebereiche, damit so die Preisdruckkonkurrenz in einem ganzen Wirtschaftssektor nicht zum Nachteil nur einer Firma und der dazugehörigen Arbeiter benutzt, und somit das Risiko der Unternehmensschließung eines Einzelunternehmens vermindert werden kann. Der englische Begriff dafür ist: *Strategic Targeting*.
- Schließlich gilt es, die Hindernisse der US-Bürokratie zu umschiffen und statt Repräsentationswahlen in den Unternehmen auf das *Card-Check-System* zu setzen, um dadurch eventueller Anti-Gewerkschaftspropaganda von Seiten des Unternehmens vor den Wahlen zuvorzukommen (Sherman/Voss 2000, S. 81ff.).

Gewerkschaften, die alle bzw. die meisten dieser Kriterien bei der Organisation erfüllen und sich ausdrücklich auch den Immigranten widmen (sofern das ihr Zuständigkeitsbereich zulässt), werden als Komplett-Erneuerer beschrieben (*Full Innovators*). Andere, die sich eher auf *Hot-Shops* beschränken, ein weniger gutes quantitatives Verhältnis zwischen Service- und Organizerteam und Probleme mit der Community-Arbeit außerhalb der Arbeiterorganisation haben, gleichwohl aber ihr Organisationsbudget erhöht haben und erste Schritte in Richtung neuer Strategien gehen, werden von Sherman/Voss als „Teil-Erneuerer“ (*Partial Innovators*) beschrieben (ebd. 2000, S. 92). Wenn die Erneuerung der Strategien auf Druck der Muttergewerkschaft umgesetzt wird, wie bei vielen SEIU-Locals, dann sprechen die Autorinnen von mandatierten Erneuerern (*Mandated Innovators*) (ebd. 2000, S. 97).

Wo ließe sich nun die ILWU, speziell Local 17 in Sacramento, einordnen? Wie ich gezeigt habe, werden erfolgreich neue Strategien im Sinne einer *Corporate Campaign* verwendet. Mit Augustin Ramirez hat Local 17 einen zweisprachigen Organizer, gleichwohl fehlt es an Wissen um

73 Hot Shops sind Firmen, in denen die Belegschaft schon von sich aus gewerkschaftsfreundlich eingestellt ist, und eine offizielle Arbeitervertretung wünscht.

den ethnischen Background und an Sprachkenntnissen für die anderen Gruppen, die bei BDG beschäftigt sind (Koreaner, Punjabi, Chinesen). Außerdem wird versucht, über Zusammenarbeit mit anderen lokalen Gewerkschaften und Latino-Community-Gruppen eine Unterstützungsbasis innerhalb der Region Sacramento aufzubauen, auch wenn das laut Aussagen der an der Kampagne beteiligten Organizer durchaus mehr sein könnte. Die Erfahrungen mit dem NRLB, die zwar in dieser Kampagne nicht durchweg negativ waren (10-J und Anerkennung von Verletzungen des Arbeitsrechtes), doch aber für erhebliche Verzögerungen gesorgt haben, ließ die ILWU von dem ursprünglichen Vorhaben einer Wahl abrücken und auf das *Card-Check-System* setzen. Eine Aufstockung des Organisationsbudgets auf 30% der Gesamtausgaben wurde in der ILWU bereits in den 1990er Jahren durch eine Entscheidung der Mitglieder auf den Weg gebracht. Die Wahl von Blue Diamond als Ziel der Kampagne ist jedoch auf einen *Hot-Shop* zurückzuführen, und für ein industrieweites *Strategic Targeting* fehlen der Gewerkschaft nach eigenen Angaben die Ressourcen.

Wenngleich einige Kriterien der *Full Innovators* noch nicht erfüllt sind, haben die Verantwortlichen in der ILWU die Probleme der gegenwärtigen Gewerkschaftskultur erkannt. Immigranten wurden gezielt in die Organisationsversuche eingebunden und auf einem hohen Niveau mit neuen bzw. alten, aus der Zeit des New Deal stammenden Strategien gearbeitet. Im Vergleich zu anderen Gewerkschaften sind die Versuche der ILWU durchaus als innovativ zu bezeichnen. Local 17 würde damit in dem oben aufgeführten Schema bei den *Full Innovators* einzuordnen sein, zumindest aber an der Schwelle zwischen *Full* und *Partial Innovators*. Die ILWU hat deutlich gemacht, dass sie bereit ist, trotz einer tendenziell feindlichen Umgebung weiterhin zu kämpfen und vor allem neuen Zielgruppen, explizit den Immigranten, offen gegenübersteht.

„Der Fakt, dass wir diese groß angelegte Kampagne in Sacramento haben, die verbunden mit den Häfen ist, ist ein Zeichen, dass wir uns in eine Richtung bewegen, die der Gewerkschaft in Zukunft erlauben wird, zurückzuschlagen. Klein anfangen und lokal denken und dann zu den größeren Zusammenhängen übergehen – ich denke, die ILWU ist mehr oder weniger auf dem richtigen Weg“ (Dall, 24. 11. 2005).

Was also hat sich geändert seit dem LAMAP-Projekt? Wir haben im Fall der ILWU gesehen, dass eine Gewerkschaft sich neu ausgerichtet hat, um auf die anderen Gegebenheiten zu reagieren und sich den daraus resultierenden Herausforderungen zu stellen, während bei LAMAP das Projekt noch an gewerkschaftlichen Interna und Zweifeln an der Sinnhaftigkeit

gescheitert ist. In jener Zeit aber begann ein Wandel in der Ausrichtung der US-amerikanischen Arbeiterbewegung, der in den neuen Strategien und Richtlinien der ILWU bereits deutlichen Niederschlag findet. Zumindest in diesem Fallbeispiel ist nicht mehr die Gewerkschaft das Hindernis für die Organisation der Immigrant*innen, sondern die Arbeitsgesetzgebung und die ihr zugehörigen bürokratischen Institutionen. Einschränkend muss ergänzt werden, dass die Blue Diamond Kampagne nicht vorrangig mit dem Ziel gestartet wurde, explizit Immigrant*innen zu organisieren, sondern die Belegschaft der Firma an sich. Während der Kampagne wurden jedoch unterschiedlichste Versuche unternommen, auf diesen Aspekt einzugehen. Immigrationsgesetze, die die Arbeit von LAMAP noch stark geprägt haben, kamen hier höchstens am Rande vor. Das Haupthindernis für die erfolgreiche Organisation von Immigrant*innen ist zumindest in diesem Falle das Gleiche wie für die Arbeiterbewegung im Allgemeinen: überholte Arbeitsgesetze und eine schwerfällige Bürokratie gepaart mit einem hartnäckigen Unternehmerwiderstand, der sich auf wirtschaftliche Umstrukturierungen vieler Wirtschaftszweige stützen kann.

Leider ist die ILWU mit ihren relativ progressiven Ansätzen noch lange nicht repräsentativ für die gesamte Arbeiterbewegung in Kalifornien und den USA. SEIU, UNITED HERE, die Teamsters und eine Handvoll anderer Gewerkschaften haben sich neben der verhältnismäßig kleinen ILWU dem aggressiven Organisieren verschrieben; von den dazu befragten Interviewpartnern wurde die SEIU dabei hervorgehoben, da sie in den letzten Jahren die meisten Zuwächse, vor allem unter den im Sektorservice arbeitenden Immigrant*innen, verzeichnen konnte.

Bei vielen anderen Gewerkschaften, vor allem bei den Industriegewerkschaften der CIO, hat sich an der Basis noch kein neues Denken durchgesetzt, und wenn, dann scheitert es oft an internen Widerständen der immer noch dominanten WASP-Mitglieder.

Wenn also die Gewerkschaften zum Teil aufgrund interner Schwierigkeiten, zum Teil aufgrund der Strukturen der US-Arbeitsbürokratie und des nicht gerade gewerkschafts- und immigrationsfreundlichen Klimas in den USA, nicht in der Lage sind, die zahlenmäßig immer stärker anwachsenden Immigrant*innen-Communities in die Arbeiterbewegung zu integrieren, was machen dann jene Arbeiter*innen, die nicht durch die wenigen progressiven Gewerkschaften aufgefangen werden?

Im letzten Kapitel werde ich einen Überblick über andere Organisationsformen für transnationale Arbeiter*innen in den USA geben.

7 Arbeiterorganisation von Immigranten außerhalb der Gewerkschaften

Von den zahlreichen Organisationen und Institutionen, die sich für Belange der Immigranten einsetzen, sind es vor allem die *Worker Centers (WCs)*, deren Akteure sich mit der Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Immigranten beschäftigen. Daher soll es in diesem Kapitel auch vorrangig um die Worker Centers gehen.

Worker Centers

Worker Centers entstanden seit Mitte der 1970er Jahre in urbanen Ballungsräumen mit dem Ziel, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter im Niedriglohnssektor zu verbessern. In jener Zeit galt der Fokus vor allem den Afroamerikanern. Seit den 1980er Jahren, als mit der postfordistischen Umstrukturierung der US-amerikanischen Wirtschaft immer mehr Immigranten im unteren Teil des segregierten Arbeitsmarktes arbeiteten, gründeten sich zunehmend WCs aus Immigranteninitiativen. Diese Entwicklung gewann Mitte der 1990er Jahre an Dynamik. In ihrer Studie kommt Fine zu dem Ergebnis, dass von den 137 WCs im Jahr 2005 die große Mehrheit (122) einen Fokus auf Immigranten legte (Fine 2006, S. 3). Die Metropolen New York und Los Angeles sind mit ihrem überdurchschnittlich hohen Immigrantenanteil an der Gesamtbevölkerung die Regionen mit der höchsten Konzentration dieser Zentren.

Worker Centers sind im Gegensatz zu den traditionellen Gewerkschaften i.d.R. in einer spezifischen Community gewachsen und verankert. Die Zusammenarbeit mit Kirchen und anderen lokalen Organisationen und Institutionen ist ein grundlegendes Element der Arbeit der WCs, ebenso wie die aktive Mitarbeit der Mitglieder.⁷⁴

Da die meisten Zentren relativ klein sind und geringe finanzielle Ressourcen zu Verfügung haben, gibt es keine straffe Führungsstruktur wie in den nationalen Zentren der meisten Gewerkschaften. Aus dem gleichen Grund sind die Aktivitäten und Zielstellungen der WCs meist lokaler Natur.

⁷⁴ In einigen WCs wird die Mitgliedschaft per se nur an aktive Beteiligte vergeben. Es liegt nicht im Interesse der Zentren, einen möglichst großen, aber passiven Mitgliederstamm vorweisen zu können wie etwa die Gewerkschaften.

Drei wesentliche Bereiche sind es, in denen die meisten dieser Zentren aktiv sind:

1. Die Bereitstellung von Serviceleistungen. Dazu zählen Rechtsbeistand bei unbezahlten Löhnen, Seminare zum Arbeits- und Migrationsrecht, Englischunterricht und Hilfe beim Zugang zum öffentlichen Gesundheitssystem sowie zu Bankkonten und Krediten (was gerade für relativ kurze Zeit in den USA lebende Immigranten ohne Papiere eine existentielle Hilfe sein kann).
2. Das öffentliche Eintreten für Belange der Arbeitnehmer mit Migrationshintergrund. Das kann sowohl durch Lobbying für neue Gesetze geschehen, als auch durch öffentlichkeitswirksame Klagen und Proteste gegen bestimmte Unternehmer. Dazu sind Kontakte zu lokalen bzw. regionalen Politikern und Regierungsorganisationen wichtig.
3. Die Organisation eines Zusammenschlusses von Arbeitern einerseits in der Community, andererseits in den jeweiligen Unternehmen oder gar Industriezweigen. Hier setzt der unterschiedliche Organisationsgrad gegenüber den Gewerkschaften an. Während bei letzteren oft nach dem Top-Down Prinzip an den Bedürfnissen der Basis vor Ort vorbei entschieden wird, legen die Worker Centers mehr Wert auf die demokratische Beteiligung der aktiven Mitglieder.⁷⁵

Bei den reformorientierten Gewerkschaften steht derzeit die Neuorganisation von Mitgliedern auf nationaler Ebene im Mittelpunkt. In den Worker Centers ist es vornehmlich die Aktivierung der bestehenden Mitglieder und die Verbesserung der Situation der Niedriglohnarbeiter vor Ort. Da jene sich immer mehr aus den Reihen der Immigranten ohne Papiere rekrutieren, sind Immigrationsbelange ein zentraler Bestandteil der Arbeit geworden. Die oben beschriebene Bildung dient dazu, die Mitglieder selbst zu befähigen, Aktionen zu konzipieren und durchzuführen. Nichtsdestotrotz üben die meisten WCs auch Druck auf jeweilige Unternehmer aus, um Verbesserungen wie Lohnerhöhungen durchzusetzen, oder Missstände zu beheben. Dazu benutzen sie offensivere Taktiken als die Gewerkschaften, vor allem Boykotts, kleine Streiks und Kampagnen gegen das Image der Unternehmen.

75 Natürlich gibt es in den USA Gewerkschaften, gerade in jüngster Zeit, die verstärkt die Basis in Entscheidungsprozesse einbinden (so z.B. die ILWU und die Teamsters), aber durch die schiere Größe und die nationale Streuung der einzelnen Ortsverbände hat sich eine bürokratische und hierarchische Struktur gebildet, die eine demokratische Basisentscheidung in vielen Fällen unmöglich macht. Das ist in modernen Gesellschaften ein immer wiederkehrendes Muster in Institutionen, sobald die eine bestimmte Größe überschreiten. Aber auf der anderen Seite gibt es auch WCs mit hierarchischer und wenig demokratischer Organisationsstruktur. Daher soll diese Aussage eher als Tendenz und nicht als starres Strukturmerkmal verstanden werden.

Eine erfolgreiche Kampagne wurde beispielsweise mit einem Boykott der Tomatenpflücker gegen das Unternehmen Taco Bells durch die *Coalition of Immokalee Workers* in Florida lanciert. Ein kalifornisches Beispiel war der Boykott unter der Leitung des *Garment Worker Center* in LA gegen den Textilhersteller *Guess*, der nicht die gesetzlichen Mindeststandards in punkto Arbeitsschutz und Lohn einhielt (Bonacich 2000, S. 146). Ebenso konnten sich vor allem in Los Angeles *Day Laborer Centers* (Tagelöhnerzentren) etablieren, die mit eigenen Rekrutierungsstellen und politischer Unterstützung den Mindestlohn von (überwiegend mexikanischen) *indocumentados* anheben konnten (Fine 2006, S. 133ff.) .

Während viele Gewerkschaften noch von den so genannten *WASPs* dominiert werden, spielen jene in den wenigsten WCs eine Rolle. Gleichwohl gibt es aber auch in den Worker Centers eine starke ethnische Segregation. Es gibt sowohl Latino-WCs, als auch koreanische, chinesische und philippinische WCs, die jeweils auf die Community zugeschnitten sind. In Los Angeles freilich, wo die überwiegende Mehrheit der Immigranten Latino-Wurzeln hat, wird auch die Mehrzahl der Zentren von jenen dominiert. Fine konstatiert, dass die Ethnie der stabilste Faktor in den Worker Centers ist (ebd. S. 40).⁷⁶ Das hat nicht nur positive Auswirkungen, denn insofern werden Worker Centers im gewissen Maße auch exklusiv, und es verringert nicht zwangsläufig die Spannungen in der multiethnischen Gesellschaft der US-amerikanischen Großstädte.

Agrund der ethnischen Verankerung, der intensiven Community-Arbeit und der ambitionierten Pro-Immigrationslobby werden Worker Centers von Arbeitern mit Migrationshintergrund eher als adäquate Interessenvertretung angesehen als viele Gewerkschaften. Sind sie aber wirklich eine Alternative zu traditionellen Arbeitervertretungen?

Die Tätigkeit der Worker Centers bezüglich der Organisation von Arbeitern beschränkt sich weitgehend auf so genannte *Hot Shops* im eigenen Wirkungskreis (Stadtviertel bzw. Community). Für sektorenweite Organisation, wie es zu Zeiten des *Offshore-Kapitalismus* nötig ist (s. Kapitel 4), fehlen sowohl Ressourcen als auch eine ausgebildete

76 Da der Arbeitsmarkt wie schon beschrieben stark segmentiert ist, d.h. dass die Vertreter einer Ethnie tendenziell nur in bestimmten Wirtschaftssektoren beschäftigt sind, bestehen bei den einzelnen Bevölkerungsgruppen spezifische Interessen. In Koreatown LA. beispielsweise arbeiten viele Neu-Immigranten aus Mexiko in den Lebensmittelläden koreanischer Eigentümer, die ebenfalls migrantischen Hintergrund haben. Somit kommt es häufig zu Interessengegensätzen zwischen den Koreanern und Mexikanern. Ein gutes Beispiel ist die Restaurant Workers Association of Koreatown (RWAK), in der sich mexikanischstämmige Arbeiter zusammenschlossen, um diverse koreanische Restaurantbesitzer zu boykottieren, was für Aufregung unter den Koreanern sorgte (NAFFE 2002, S. 12f.).

Organisationsstruktur, die beispielsweise tiefer gehende Forschungen über Industriezweige anstellen könnte. Zwar kann mit Boykotts und Solidaritätsbekundungen von Arbeitern und Politik ein gewisser Druck gegen nicht kooperationsbereite Unternehmen aufgebaut werden, aber die nötige ökonomische Stärke, wie sie beispielsweise die ILWU und die Teamsters aufgrund ihrer Schlüsselstellung im Transportsektor und der internationalen Verbindungen haben, können Worker Centers in der Regel nicht aufbringen. So müssen die Organisationsversuche auf einen kleineren Rahmen beschränkt bleiben. Eine flächendeckende Neuorganisation von Immigranten durch Worker Centers ist daher nicht zu erwarten. Andererseits haben WCs und andere Nicht-Gewerkschaftsorganisationen den Vorteil, dass sie weniger Reglementierungen bezüglich des NLRB beachten müssen. Aktionen wie *Secondary Targeting* und Blockaden können mit weniger rechtlichen Konsequenzen durchgeführt werden. Derzeit gibt es dagegen von Seiten der Gewerkschaften ein Konkurrenzdenken. Victor Narro, Initiator des Garment Labor Centers in Los Angeles, versicherte mir, dass dies eine unbegründete Angst sei.

„Es gibt wirklich keine Konkurrenz, denn die Worker Centers sind nicht groß genug, um Gewerkschaften zu sein. Aber es ist ein neues Organisationsmodell. [...] Jedes Worker Center ist besonders. Und sie nutzen einige demokratischere Modelle. Sie organisieren durch öffentliche Bildung. Und sie organisieren nicht wie Gewerkschaften hauptsächlich für Mitglieder, sie organisieren für Gesetzesänderungen“ (Narro, 13.03.2006).

Außerdem können Worker Centers rein rechtlich nicht als offizielle Vertretung einer Belegschaft anerkannt werden. Insofern geraten Gewerkschaften und WCs selten in Konflikt, wenn es um Mitglieder geht, denn erstere versuchen aufgrund ihres Mitgliederschwundes auf *Density* (auf eine allgemein größere Gewerkschaftsdichte) hin zu organisieren, während sich letztere auf kleine *Hot Shops* konzentrieren. Da aber auch diese wichtig für ein gesamtes Wiedererstarben der Arbeiterbewegung in den USA sind, erscheint eine Zusammenarbeit mehr als sinnvoll. In der Tat gab es auch einige fruchtbare Beispiele dafür. Die meisten sind jedoch nach einiger Zeit aufgrund der unterschiedlichen Organisationsstruktur und vor allem -kultur wieder auseinander gegangen.⁷⁷

77 Aus der Zusammenarbeit der Omaha Together One Community (OTOC) mit der UFCW in Nebraska wurde ein erfolgreicher Arbeitskampf, der mit der Aufnahme von 4000 Mitgliedern in die UFCW und einer gewonnenen NLRB-Wahl einherging. Nach der Wahl implementierte die Gewerkschaft jedoch ihr typisches Servicemodell, welches jede Selbstaktivierung der Arbeiter und deren basisdemokratische Organisation ignorierte. Durch diesen „Culture-Clash“ zerbrach das Bündnis (Bacon 2004, S. 250ff.).

Gewerkschaften, denen es um große Mitgliedergewinne geht, müssen verstärkt mit den Worker Centers zusammenarbeiten. Zum einen, weil diese kleine Betriebe in Industriesektoren organisieren, wo sie selbst aufgrund ihrer Struktur nur schwer Zugang finden, zum anderen aber um sich neue (bzw. alte) Taktiken abzuschauen und selbst anzuwenden. Gerade in Wirtschaftssektoren mit einer hohen Immigrantendichte ist die Arbeit an der Basis der Communities wichtig. Mehrsprachige Bildungsprogramme im Arbeits- und Migrationsrecht wären ein Anfang. Kontakte zum Klerus und zu Lokalpolitikern sind ebenfalls von Bedeutung, um bei bestimmten Bevölkerungsgruppen Vertrauen zu gewinnen.

Wichtiger ist aber noch, dass Gewerkschaften aufhören, neue Mitglieder, die aus der relativ selbstbestimmten Organisationskultur von Worker Centers und anderen Community-Gruppen kommen, in das Korsett der eigenen Institution zu pressen. Ein Anfang wäre die flächendeckende Einführung von *Shop-Stewards*⁷⁸ und damit eine Befähigung der Arbeiter, selbst einige Konflikte zu lösen (Fine 2006, S. 155f., Sherman/Voss 2000, S. 89f.).

Auch die Worker Centers können von dem Know-How, den Industriestudien und anderen Ressourcen der Gewerkschaften profitieren. Zwar können Worker Centers die Gewerkschaften nicht ersetzen, sie sind jedoch in den letzten zwei Dekaden ein immer wichtigerer Bestandteil der Arbeiterbewegung geworden. Eine gute Zusammenarbeit würde sicher für beide Seiten effektiv sein. Die ersten Schritte sind getan.

Die Vielfalt der Organisationen

Neben den Worker Centers gibt es eine Reihe weiterer Möglichkeiten für Immigranten, sich außerhalb der Gewerkschaften im Hinblick auf Aspekte der Lohnarbeit zu organisieren. Das *Living-Wage-Movement*, welches seit Jahrzehnten existiert, hat in den letzten Jahren wieder an Bedeutung gewonnen. Ziel ist es, einen Minimallohn für alle Arbeiter politisch durchzusetzen. Seit jeher stammen die Aktivisten dieser Bewegung aus den Reihen der *Working Poor*, in den letzten Jahren

78 Shop-Stewards sind Arbeiter, die wenigstens einen Grundlehrgang im Arbeitsrecht gemacht haben und kleinere Probleme im Betrieb selbst lösen, ohne dass der Ortsverband der Gewerkschaft eingeschaltet werden muss. Das Ergebnis wäre eine Entlastung des „Service“-Teils der Gewerkschaften, Ressourcen für andere Neuorganisationen würden dann frei werden. Das geht einher mit einer Vergrößerung der Autonomie der Arbeiter. Die Angst vor dem Kontrollverlust über die Arbeiter ist es in der Regel, die die Gewerkschaften davon abhält, basisdemokratische Elemente in ihre Organisationsstruktur aufzunehmen. (Fisk/Mitchell/Erickson 2000, S. 207).

verstärkt auch aus den Immigrant-Communities, deren Mitglieder überproportional häufig zu dieser Kategorie gehören (Luce 2004, S. 32ff.). In vielen US-Bundesstaaten arbeiten Gewerkschaften bereits mit den Living-Wage-Movements zusammen und stellen eine treibende Kraft innerhalb der Bewegung dar.

Eine andere Form von Partizipation bietet sich speziell mexikanischen Arbeitern bei *Cross-border-Allianzen*, also bei grenzüberschreitender Kooperation zwischen mexikanischen und US-amerikanischen Organisationen. Gerade im Hinblick auf NAFTA wurden diese Allianzen verstärkt und haben mitunter zu erfolgreichen Arbeitskämpfen geführt (Bacon 2004, S. 107, 160ff., 206 f., Hathaway 2000, S. 169ff.).

Die *Home-Town-Associations (HTAs)* sind eine andere Form grenzübergreifender Organisation. Ursprünglich wurden diese Organisationen von immigrierten Arbeitern aus der gleichen Heimatgemeinde gegründet, um gemeinsam mittels Geldüberweisungen punktuell die Lebensqualität in der Ursprungsregion zu verbessern, beispielsweise durch Investitionen in den Straßenbau und Schulen (Escobar 2004, S. 183ff, Bakker/Smith 2003, S. 59ff.). Mittlerweile hat sich die Zielsetzung jedoch diversifiziert. Die transnationalen sozialen Netzwerke werden auch dazu benutzt, um Bekannten oder Verwandten bei der Arbeitssuche in den USA zu helfen. Diese Netzwerke können ein wichtiger Faktor bei der Durchsetzung spezieller Interessen bei einem Unternehmen sein, bei dem mehrere Arbeiter aus derselben HTA beschäftigt sind. Zwar ist es nicht das Primärziel dieser Organisationen, aber das *Workplace-Project* in Farmingville, Long Island, hat sich hauptsächlich aufgrund dieser ethnischen Netzwerke zu einer angesehenen Institution in Bezug auf Arbeiterrechte in der Region entwickelt (Fine 2006, S. 56ff.).

Darüber hinaus gibt es eine ganze Reihe von Organisationen, die sich für die Belange von Arbeitern einer spezifischen Sparte oder Ethnie kümmern. Das *Instituto de Educacion popular del Sur de California (IDEPSCA)* beispielsweise bietet Kurse zum Arbeits- und Migrationsrecht in den USA an und versucht, für die Heimarbeiter und Tagelöhner eine Lobby zu schaffen, indem es sich in der Politik öffentlich für sie einsetzt. Ähnliches gilt für die *Coalition for Human Immigrant Rights of Los Angeles (CHIRLA)*, für das *Multi-ethnic Immigrant Workers Organizing Network (MIWON)*, für das *National Day Laborer Organizing Network (NDLON)* oder die *Association of Latin American Gardeners of Los Angeles* (Fine 2006, S. 191 ff.). Ihnen ist gemein, dass ihr Fokus auf den Immigrant-Communities liegt, speziell auf jenen mit lateinamerikanischem Hintergrund. Allerdings ist das Hauptziel dieser Organisationen ähnlich wie bei den WCs nicht die Mitgliederengewinnung

von Arbeitern an sich. Vielmehr stehen Bildungsprogramme und die direkte fachliche oder juristische Hilfe bei Problemen mit dem Arbeitgeber im Mittelpunkt ihrer Arbeit. Bei akuten Problemen, die selbst nicht gelöst werden können, wird an andere Institutionen vermittelt. Ein Arbeitsschwerpunkt aller genannten Organisationen ist die Immigrationsproblematik, da ein hoher Prozentsatz der Klientel Einwanderer ohne Aufenthaltsgenehmigung sind. Die Finanzierung dieser Initiativen setzt sich i.d.R. aus Spendengeldern und Mitteln der lokalen *Labor Councils* zusammen.

Es ist in den vergangenen zwanzig Jahren des Öfteren vorgekommen, dass Immigranten, die sich auf keine Gewerkschaft stützen konnten, mit rechtlicher Hilfe dieser oder ähnlicher Organisationen und sozialer Rückendeckung durch ihre Netzwerke selbst Arbeitskämpfe begonnen haben und Gewerkschaften in der Hoffnung auf neue Mitglieder erst später dazu gestoßen sind.⁷⁹

Eine Alternative zu den AFL-CIO- oder Change To Win-Gewerkschaften, die Arbeiter USA-weit großflächig organisieren und Verträge mit Firmen aushandeln, stellen diese Organisationsformen aufgrund ihrer meist lokalen Begrenztheit dennoch nicht dar.

Die Gewerkschaften sind noch immer der stärkste Partner, wenn es um Arbeitskämpfe geht. Sie verfügen nicht nur über große finanzielle Ressourcen, die für großflächige Organisationskampagnen nötig wären, sondern auch über ein beachtliches Kapital an Erfahrung im Umgang mit Vertretern aus der Wirtschaft und der Politik sowie Millionen von Mitgliedern. Aber sie sollten auch verstärkt von kleineren Organisationen lernen, vor allem im Hinblick auf Immigrationsbelange in den multi-ethnischen Communities, die heute das Gesicht US-amerikanischer Großstädte prägen.

79 Ein Beispiel stellt der Arbeitskampf bei der Firma „American Race Equipment“ in Kalifornien dar. Erst nachdem die Arbeiter in einen Streik getreten waren, meldeten sich Gewerkschaften und versuchten Einfluss auf den Arbeitskampf zu gewinnen (Zabin 2000, S. 156ff.). Beispiele für New York lassen sich in Ness 2005 finden, für Nebraska in Bacon 2004, für den Mittleren Westen in Tait 2005.

8 Schlussbetrachtungen

Die Arbeitsmigration aus Mexiko in die Vereinigten Staaten ist ein komplexes Phänomen, das sich bisher weder durch eine verstärkte Grenzsicherung, noch durch Freihandelsverträge hat stoppen lassen (s. Kapitel 3). Diesen Fakt hat die US-Arbeiterbewegung durch ihren Dachverband AFL-CIO erst im Jahr 2000 öffentlich anerkannt. Wie ich aber in Kapitel 5 versucht habe zu zeigen, hat sich das Verhältnis zwischen US-amerikanischen Gewerkschaften und transnationalen Arbeitern bereits in den letzten fünfzehn Jahren langsam von Konfrontation in Richtung Kooperation gewandelt. Durch Umstrukturierungen der Wirtschaft seit dem Ende des Fordismus in den 1970er Jahren sind viele gewerkschaftlich organisierte Arbeitsplätze verloren gegangen. Gleichzeitig kam es in den USA zu einer signifikanten Erhöhung des Anteils der Arbeiter, die im Ausland geboren wurden. Es ist daher ein vitales Interesse der Gewerkschaften, jene in die Arbeiterbewegung zu integrieren. Seit Anfang der 1990er Jahre wird die zunehmende Bedeutung transnationaler Arbeiter für die eigene Organisation anerkannt. Dieser wichtige Schritt ging einher mit einer Neuformulierung der eigenen Strategien bezüglich der Immigration. Diese Richtungsänderung wurde durch die Führungsspitze des Gewerkschaftsdachverbandes AFL-CIO angestoßen, hat sich aber noch immer nicht gänzlich an der Basis vieler Einzelgewerkschaften durchgesetzt. Vor allem die traditionellen Industriegewerkschaften der CIO tun sich bis heute schwer, den Strategiewechsel zu vollziehen.

Kalifornien, der Bundesstaat mit der höchsten Anzahl ausländischer Arbeiter in den USA, spielte in den 1990er Jahren eine Vorreiterrolle bei der Erprobung neuer Instrumentarien zur Organisation transnationaler Arbeiter. Vor allem der SEIU ist es zu verdanken, dass der Organisationsgrad hier geringfügig angestiegen ist, während er in den übrigen Staaten weiterhin stagniert (Bonacich/ Gapasin 2001). Allerdings ist dieser Zuwachs vor allem im Sektorservice zu verorten, im industriellen Bereich konnten keine großen Fortschritte erzielt werden. Der Weg, den die Gewerkschaften bis jetzt gegangen sind, ist zwar der richtige, aber es müssen weitere verstärkte Anstrengungen unternommen werden, um eine nachhaltige und flächendeckende Neuorganisation zu realisieren. Die Terroranschläge vom 11. September 2001 und die darauf folgende Doktrin der nationalen Sicherheit wirkten sich nicht nur negativ auf die Bestrebungen für eine Amnestie für Arbeiter ohne Papiere aus. Neben der Aufrüstung der Grenze zu Mexiko und einer Zunahme von protektionistischen und xenophoben Attitüden in

der Bevölkerung und der Administration, geriet auch die Arbeiterbewegung vorübergehend in eine moralische Defensive gegenüber einem überzogenen Patriotismus. Allerdings gibt es Anzeichen dafür, dass sich das politische Klima ändert. Die Hoffnungen der Gewerkschaften und Immigrantensorganisationen gehen in Richtung eines Politikwechsels durch die Demokratische Partei. Diese ist traditionell der Immigration und der Arbeiterbewegung gegenüber liberaler eingestellt, wenn auch in einigen Aspekten nur graduell (s. Kapitel 4).

Aus Mexiko stammende Arbeiter haben eine große Rolle in den Arbeitskämpfen der letzten Jahrzehnte gespielt. Sie haben ungeachtet ihres Aufenthaltsstatus gezeigt, dass sie sehr wohl in der Lage sind, aktiv an Arbeitskämpfen teilzunehmen und für ihre Rechte zu kämpfen. Die interviewten Gewerkschafter bestätigten, was seit 1993 in der Forschungsliteratur (Delgado 1993) entgegen der landläufigen Meinung immer mehr Beachtung findet: die Gewerkschaftspräferenzen sind bei transnationalen Arbeitern in den USA, vor allem aber bei jenen aus Mexiko und Zentralamerika, durchschnittlich stärker ausgeprägt als bei den weißen *Natives*. Es liegt also nicht am Desinteresse der ausländischen Arbeiter, dass ihr Organisationsgrad so niedrig ist. Dabei ist festzuhalten, dass der Aufenthaltsstatus zwar eine Rolle bei der Beteiligung an Arbeitskämpfen spielt, jedoch nicht determinierend wirkt. Vielmehr ist es die Aufenthaltsdauer im Gastland, die einen wesentlichen Einfluss auf die Gewerkschaftspräferenz und die Beteiligung an Arbeitskämpfen hat.

Insofern zeigt das Zuwanderungs- und Migrationsrecht der USA zwar Wirkungen auf die Organisationsfähigkeit ausländischer Arbeiter (so z.B. die *Hoffman-Decision*), aber *das Arbeitsrecht und die Regelungen für Arbeitervertretungen als solche sind die Hauptursache für die Probleme der Gewerkschaften bei der Neuwerbung von Mitgliedern und der Organisation von Belegschaften in Betrieben, sowohl bei US-amerikanischen als auch bei im Ausland geborenen Arbeitern.*

Das zeigt sich exemplarisch am dargestellten Beispiel der Blue Diamond Kampagne in Sacramento. Da die Mechanismen des Arbeitnehmerschutzes nicht mehr zeitgemäß sind, müssen die Gewerkschaften andere Wege gehen, um Erfolge verzeichnen zu können. Dafür sind jedoch enorme Ressourcen nötig, die bei rückläufigen oder stagnierenden Mitgliederzahlen nur schwer aufzubringen sind. Groß angelegte Projekte, die wie das beschriebene LAMAP versuchten, diese Bürde auf verschiedene Gewerkschaften zu verteilen, sind bis dato die Ausnahme. Sie können aber als eine mögliche Antwort auf die beschriebene Problemlage angesehen werden. LAMAP ist an der Uneinigkeit der Gewerkschaftsbewegung

an sich und an internen Hürden, vor allem am Konservatismus an der Basis gescheitert. Die Überwindung dieser hausgemachten Probleme setzt einen innergewerkschaftlichen Lernprozess voraus.

Ein weiteres Hindernis ist das fehlende Verständnis von den unterschiedlichen Sozialstrukturen und Organisationen unter den Einwanderergemeinschaften durch Teile der Gewerkschaften. Zwar sind hier in den letzten Jahrzehnten Fortschritte gemacht worden – spanischsprachige Organizer mit Migrationshintergrund sind bei vielen kalifornischen Gewerkschaften schon eine Normalität – aber immer wieder kommt es zu Missverständnissen, wenn nach gewonnenen Arbeitskämpfen die Gewerkschaften zu ihrem relativ undemokratischen Servicemodellcharakter zurückkehren. Aber auch schon während der Arbeitskonflikte kam es wiederholt zu Schwierigkeiten. Wenn eingesetzte Organizer Kampagnen nach alten hierarchischen Mustern durchführen wollten, stießen sie auf Unverständnis bei den betroffenen Arbeitern, die oft andere Vorstellungen von Organisation hatten, denn als Fußvolk ohne Mitspracherecht von einer Aktion zur nächsten geschickt zu werden. An dieser Stelle wäre es für alle Beteiligten wichtig, wenn die Gewerkschaften größere Anstrengungen als bisher unternehmen würden, sich auf eine *gleichberechtigte* Zusammenarbeit mit anderen, vor allem in den jeweiligen Arbeitercommunities aktiven, Organisationen einzulassen. Neben der Multiplikatorenfunktion, die diese für Gewerkschaften haben könnte, käme das auch einem besseren Verständnis zwischen den jeweiligen ethnischen Gruppen des segmentierten Arbeitsmarktes der USA und der Arbeiterbewegung zu Gute. Auf diesem Terrain wurden bereits wertvolle Erfahrungen gesammelt, unter anderem durch LAMAP. Viele Gewerkschaften stehen jedoch noch am Anfang, wie zum Beispiel die ILWU in ihrer derzeitigen Blue Diamond Kampagne.

Potenzielle Kooperationspartner gibt es viele. Pro-Immigrationsinitiativen, religiöse Gruppen, Stadtteilaktivisten, Worker Centers, Home-Town-Associations und viele bestehende Organisationen wie MIWON, IDEPSCA, das Living-Wage-Movement, Menschenrechtsgruppen und NGOs. Die meisten haben zwar wenig Ressourcen, aber dafür einen starken personellen Rückhalt in den jeweiligen Gemeinden oder Kommunen, manche verfügen über detailliertes Wissen zu Immigrationsbelangen, Menschenrechten oder aber gute Kontakte in die Politik, zum Teil sogar in die Heimatländer der Arbeiter. Organisationsübergreifende Bündnisse sollten aber nicht unter der Vorherrschaft der Gewerkschaften konstruiert werden, sondern als eine Art *Bewegung* anstelle einer Institution (Bonacich/Gapasin S.195ff). Diese ist nicht auf einer bürokratischen Verwaltung aufgebaut, wie sie sowohl in den

staatlichen US-Arbeits-Institutionen als auch in vielen Gewerkschaften dominiert, sondern auf der aktiven Partizipation der Beteiligten.

Inhaltlich sollte das gedankliche Korsett, das sich um das Konzept: *Betriebe organisieren, Mitglieder gewinnen, Arbeitsvertrag aushandeln und weitere Betriebe organisieren* dreht, überwunden werden. Stattdessen sollten die Probleme des Arbeitsrechts im Rahmen einer allgemeineren Sozialjustiz gedacht werden, mit den Gewerkschaften als wichtigem, Impuls gebendem Teil darin, aber nicht *unter* der Domäne der Gewerkschaften.

Derzeit mag dies alles wie Zukunftsmusik klingen, aber es ist nicht ganz utopisch. Zum einen ist die US-Arbeiterbewegung aus einem breiten Netzwerk für Sozialjustiz zu Beginn des 20. Jahrhunderts hervorgegangen, insofern wäre das nur eine Rückbesinnung auf die eigenen Wurzeln. Zum anderen sind heute, in einer Zeit, die andere gesellschaftliche, politische und ökonomische Rahmenbedingungen aufweist, die ersten Schritte in diese Richtung gemacht worden. Über Jahrzehnte gewachsene Organisationen und Bürokratien, wie sie sowohl in den rechtlichen Arbeitnehmerschutzinstrumentarien der USA als auch in den Gewerkschaften bestehen, lassen sich normalerweise nicht über Nacht grundlegend ändern. Aber die Bildung der neuen Gewerkschaftskoalition *Change to Win* zeigt in die neue Richtung. Das Bewusstsein, dass etwas passieren muss, setzt sich bei immer mehr Gewerkschaften durch, die Immigranten bauen derweil ein starkes Netzwerk zur Verteidigung ihrer Rechte auf.

Der wachsende Einfluss demokratischer Politiker in verschiedenen Teilen der USA könnte nach einer arbeits- und migrationsrechtlich eher repressiven Phase unter der neokonservativen Bush-Administration die dritte Säule einer erstarkenden landesweiten Bewegung für mehr Sozialjustiz werden. Noch sind Gewerkschaften nicht obsolet geworden, im Gegenteil. Da es derzeit keine annähernd so mitgliederstarken Institutionen wie die Gewerkschaften in den USA gibt, *müssen* diese einen wesentlichen Beitrag zur Organisation von transnationalen Arbeitern übernehmen. Erfolg kann dies derzeit aber nur auf der Basis eines breiten Bündnisses haben.

Potentielle Mitstreiter, die auf starke Verbündete warten, stehen bereit. Ein großer Teil von ihnen ist außerhalb des US-Territoriums geboren. Nun ist es an den Gewerkschaften, den zweiten Schritt zu tun: Nachdem das Bewusstsein der eigenen Krise die Arbeiterbewegung Stück für Stück für transnationale Arbeiter geöffnet hat, müssen nun offene Türen eingelaufen werden.

Literaturverzeichnis

- Andreas, Peter (1998): The escalation of U.S. Immigration Control in the Post-NAFTA Era, in: *Political Science Quarterly*, Vol. 113, Nr. 4, S. 591-615.
- Andrews, Edmund L. (2006): Democrats Link Fortunes to Rise in Minimum Wage, in: *New York Times* vom 13.07.2006, New York.
- Bacon, David (2005): The children of the NAFTA. Labor wars on the U.S./Mexican border, Berkeley and Los Angeles.
- Bacon, David (2001): Labor Fights for Immigrants, in: *The Nation* vom 21.05.2001, New York.
- Bacon, David (1995): Los Angeles Janitors Leave Local 399, <http://dbacon.igc.org/Unions/29LAJanitors.htm>.
- Bakker, Matt/Smith, Michael P. (2003): El Rey del Tomate. Migrant Political Transnationalism and Democratization in Mexico, in: *Migraciones Internacionales*, Vol. 2, Nr. 1, Tijuana, S. 59-83.
- Bonacich, Edna/Gapasin, Fernando (2001): Organizing the Unorganizable, in: University of California Institute for Labor and Employment. *The State of California Labor*, Berkeley, S. 186-219.
- Bonacich, Edna (2000): Intensive Challenge, Tentive Possibilities: Organizing Immigrant Garment Workers, in: Milkman, Ruth (Hrsg.): *Organizing Immigrants. The challenge for Unions in Contemporary California*, Ithaca und London, S.130-149.
- Brid, Juan Carlos Moreno/Nápoles Pablo Ruíz (2005): NAFTA and the Mexican Economy 1994-2005, in *Voices of Mexico* Nr. 72, Mexiko D.F., S. 66-69.
- Briggs, Vernon M (2001): *Immigration and American Unionism*, New York.
- Bustamente, Jorge A. (2001): Proposition 187 and Operation Gatekeeper: Cases for the Sociology of International Migrations and Human Rights, in: *Migraciones Internacionales*, Vol. 1, Nr. 1, Tijuana, S. 7-34.
- Caffentzis, George (2006): Der „Si, se puede“ – Aufstand. Eine Klassenanalyse, in: *Wildcat* Nr. 77, o.O., S.56-65.
- Castells, Manuel (1989): *The Informational City. Information Technology, Economic Restruturing, and the Urban Regional Process*, Oxford.
- CIR (1987): commdocs.house.gov/committees/judiciary/hju57062.000/hju57062_0.HTM.
- Conapo (2005): *Carpeta informativa de la población*, Mexico D.F..
- Conapo (1997): *Sintesis del Estudio Binacional Mexico – Estados Unidos sobre Migración*, México D.F..
- Delgado, Héctor L. (2000): The Los Angeles Manufacturing Action Project: An Opportunity Squandered? in: Milkman, Ruth: *Organizing Immigrants. The Challenge for unions in Contemporary California*, Ithaca und London, S. 225-238.
- Delgado, Héctor L.(1993): *New Immigrants, Old Unions. Organizing undocumented workers in Los Angeles*, Philadelphia.
- Downing Jim (2006): A council defeat for Blue Diamond, in: *Sacramento Bee* vom 6.12.2006, Sacramento.
- Duarte-Herrera, Carlos A (2001): Defining the US-Mexico Border as Hyperreality, in: *Estudios Fronterizos*, Vol.2, Nr. 4, Mexicali, S.139-165.
- Escobar, Guillermo Ibarra (2005): Clubes de migrantes oriundos mexicanos en los Estados Unidos. La política transnacional del a nueva sociedad civil migrante, in: *Migraciones Internacionales*, Vol. 3, Nr. 1, Tijuana. S. 183-188.
- Fantasia, Rick/Voss, Kim (2004): *Hard Work. Remaking the American Labor Movement*, Berkeley.

- Ferriss, Susan/Ricardo Sandoval (1997). *The Fight in the Fields. Cesar Chavez and the Farmworkers Movement*. New York.
- Flick, Uwe (1991): Stationen des qualitativen Forschungsprozesses. in: ders. et al. (Hrsg.): *Handbuch Qualitative Sozialforschung. Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen*, München, S. 148-173.
- Fine, Janice (2006): *Worker Centers. Organizing Communities at the Edge of the Dream*, Ithaca und London.
- Fine, Janice (2001): *Building Community Unions*, in: *The Nation* vom 01.01.2001, New York.
- Fisk, Catharine L./Mitchell, Daniel J.B./Erickson, Christopher L. (2000): *Union Representation of Immigrant Janitors in Southern California: Economic and Legal Challenges*, in: Milkman, Ruth (Hrsg.): *Organizing Immigrants. The challenge for Unions in Contemporary California*, Ithaca und London, S.199-224.
- Galagher, Tom (1998): *Everybody loved it, but...*, in: *Labor Report* des Zmag, o.O.
- Galarza, Ernesto (1964): *Merchants of Labor. The Mexican bracero story*, Santa Barbara 1964.
- García y Griego, Manuel (1983): *The importation of mexican contract laborers to the United States, 1942-1964: Antecedents, operation and legacy*, in: Brown, Peter G./Sue, Henry. (Hrsg.): *The border that joins. Mexican migrants and U.S.-responsibility*, Totowa, New Jersey, S. 9-98.
- Gastélum, Gaxiola/de los Angeles, Maria (1991): *Migración de trabajadores Mexicanos indocumentados a los Estados Unidos*, México D.F..
- González, José Luis Tejeda (2004): *La línea, la frontera y la modernidad*, in: *Estudios Fronterizos*, Vol. 5, Nr. 10, Mexicali, S. 73-90.
- Greenhouse, Steven (2004): *How to drive out a union. South Carolina factory provides a Textbook Case*, in: *New York Times* vom 14.12.2004, New York.
- Gruppe Arbeiterpolitik (o.V.) (1996): *Revolution von oben? Die US-Gewerkschaftsführung propagiert die Organisierung der Unorganisierbaren*, in: *Arbeiterpolitik. Informationsbriefe der Gruppe Arbeiterpolitik*. Nr. 4, Hamburg, S. 8-17.
- Hathaway, Dale (2000): *Allies across the Border. Mexico's "Authentic Labor Front" and Global Solidarity*, Cambridge.
- Hirsch, Joachim/Roth, Roland (1986): *Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Postfordismus*, Hamburg.
- Hirsch, Joachim (2005): *Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems*, Hamburg.
- Hondagneu-Sotelo, Pierette (2001): *Doméstica. Immigrant Workers Cleaning and Caring in the Shadows of Affluence*, Berkeley und Los Angeles.
- Huntington, Samuel. P. (2004): *Who Are We. The Challenges to America's National Identity*, New York.
- ILWU (2006): *Pressemitteilung* vom 10.11.2006.
- Kaufmann, Jean-Claude (1999): *Das verstehende Interview*, Konstanz.
- Le monde diplomatique (Hrsg.) (2003): *Atlas der Globalisierung*, Berlin.
- Levine, Elaine (Hrsg.) (2004): *Inserción Laboral de Migrantes Mexicanos y Latinos en Estados Unidos*. Aus der Reihe: *Cuadernos de América del Norte*, México D.F..
- López, David/Feliciono, Cynthia (2000): *Who does What? California's emerging plural Labor Force*, in: Milkman, Ruth (Hrsg.): *Organizing Immigrants. The challenge for Unions in Contemporary California*, Ithaca und London, S.25 – 49.
- Marcotte, John (1996): *Die neuen ImmigrantInnen beleben die Kämpfe in den USA und deren Widersprüche*, in: *Wildcat-Zirkular* Nr. 32, o.O., S. 29-34.

- Mayring, Phillip (2000): *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken* (7. Auflage), Weinheim.
- Mayring, Phillip (1993): *Einführung in die qualitative Sozialforschung. Eine Anleitung zum qualitativen Denken* (2.Auflage), München.
- Massey, Douglas S./Durand, Jorge/ Malone, Nolan J. (2003): *Beyond Smoke and Mirrors. Mexican immigration in an era of economic integration*, New York.
- Milkman, Ruth (2006): *Divided we stand*, in: *New Labor Forum* vol. 15, Nr. 1, Los Angeles, S. 38-46.
- Milkman, Ruth/Voss, Kate (Hrsg.) (2004): *Rebuilding Labor. Organizing and Organizers in the new union movement*, Ithaca und London.
- Milkman, Ruth (Hrsg.) (2001-2004): *The State of California Labor. An annual publication of the University of California Institute for labor & employment*, Berkeley 2004.
- Milkman, Ruth/Wong, Kent (2000a): *Voices from the front lines. Organizing Immigrant Workers in Los Angeles*, Los Angeles.
- Milkman, Ruth/Wong, Kent (2000b): *Organizing the wicked city: The 1992 Southern California Dry-waller Strike*, in: Milkman, Ruth (Hrsg.): *Organizing Immigrants. The challenge for Unions in Contemporary California*. Ithaca und London, S.169 – 198.
- Moctezuma, L. Miguel (2002): *Los migrantes mexicanos en los Estados Unidos y la inversión productiva en México*, in: *Migraciones Internacionales*, Vol. 1, Nr. 3, Tijuana, S. 149-162.
- Morris, Stephen D./Passé-Smith, John (2001): *What a Difference a Crisis Makes. NAFTA, Mexico, and the United States*, in: *Latin American Perspectives*. Vol. 28, Nr. 3, S. 124-149.
- Nava, Francisco Robles (2005): *Nuevo récord de remesas a México*, in: *La Opinion* vom 08.08.2005, Mexiko D.F..
- Navarro, Armando (1995): *Mexican American youth organisation: Avant-garde of the Chicano Movement in Texas*, Austin.
- Ness, Immanuel (2005): *Immigrants, Unions and the new U.S. Labor Market*, Philadelphia.
- North American Alliance for Fair Employment (NAFFE) (2002): *Worker Center Strategies. Working Paper One*, Boston.
- OECD (2004): *Trends in International Migration*, Paris.
- Petras, Elizabeth M. (1981): *The Global Labor Market in the Modern World Economy*, in: Kritz, Mary M. et al.: *Global Trends in Migration. Theory and Research on International Population Movements*, New York, S.44-63.
- Pries, Ludger (2004): *Determining the Causes and Durabilities of Labor Migration between Mexico and the United States: Some empirical Findings*, in: *International Migration*, Vol. 42, Nr. 2, Oxford und Malden (USA), S.3-39.
- Rauer, Stephanie (2006): *Die Grenze ist überschritten*, in: *Lateinamerikanachrichten* Nr. 387/388, Berlin, S.11-14.
- Rein, Marcy (2006): *Almond workers win one but the law still lags*. in: *Dispatcher*, Mai 2006, San Francisco.
- Scheidler, Antje (1998): *Mexiko: Doppelte Staatsbürgerschaft zugelassen*, in: *Netzwerk für Migration in Europa e.V.: Migration und Bevölkerung*, Berlin.
- Sherman, Rachel/Voss, Kim (2000): *Organize or Die: Labor's new tactics and immigrant workers*, in: Milkman, Ruth (Hrsg.): *Organizing Immigrants. The challenge for Unions in Contemporary California*, Ithaca und London, S. 81-108.
- Singer, Audrey/Massey, Douglas S.(1998): *The social Process of Undocumented Border Crossing among Mexican Migrants*, in: *International Migration Review*, Vol. 32, Nr. 3, New York, S. 561-592.

- Stark, Oded/Bloom, David E.(1985): The new economics of Labor Migration, in: *American Economic Review*, Nr. 75, New York, S. 173-78.
- Tait, Vanessa (2005): *Poor Workers' Unions. Rebuilding Labor from below*, Cambridge.
- Varea, Monica (2005): Immigration Consensus Needed for Guest Worker – Amnesty bills, in: *Voices of Mexico* Nr. 72, Mexiko D.F., S. 70-74.
- Varea, Mónica (2003): Migración temporal en América del Norte. Propuestas y Respuestas, México D.F..
- Vigil, James Diego (1998): *From Indians to Chicanos. The dynamics of Mexican-American culture*, Illinois.
- Volmerg, Birgit/Leithäuser, Thomas (1988): *Psychoanalyse in der Sozialforschung*, Opladen.
- Waldinger, Roger/Der-Martirosian, Claudia (2000): Immigrant Workers and American Labor: Challenge ...or Disaster? in: Milkman, Ruth (Hrsg.): *Organizing Immigrants. The challenge for Unions in Contemporary California*, Ithaca und London, S. 49-80.
- Wallerstein, Immanuel (1974): *The Modern World System I. Capitalist Agriculture and the Origins of the European World Econom in the Sixteenth Century*, New York.
- Weber, Devra (1998): Historical Perspectives on Transnational Mexican Workers in California, in: Hart, J. Mason: *Mexican and Mexican-American workers*, Wilmington, S.211–231.
- Wells, Miriam J. (1996): *Strawberry Fields. Politics, Class and Work in California Agriculture*, Ithaca und London.
- Wise, Raúl Delgado/Favela Margarita (Hrsg.) (2004): *Nuevas tendencias y desafíos de la migración internacional. México – Estados Unidos, Zacatecas und México D.F.*

Liste der Interviews

- Dall, Carey: 24. 11. 2005: Organizer bei der *ILWU (International Longshore and Warehouse Union)* in San Francisco, Oakland und Sacramento (BDG).
- Garza, Alex: 29.11.2005: Mitarbeiter bei der *SEIU* in Sacramento, früher Organizer bei verschiedenen anderen Gewerkschaften, aktiv in der Latino-Community in Sacramento.
- Marquez, Ada Omana: 02.02.2006: Leiterin der Migrationsabteilung der *PRD (Partido Revolucionario Democrático)* in Mexiko Stadt.
- Milkman, Ruth: 12.12.2005: Professorin, Leiterin des Soziologie Departments an der UCLA, Forschungsschwerpunkte: Analyse der organisierten Arbeit (Gewerkschaften) Immigration.
- Narro, Victor: 13. 03. 2006: Project Leiter des UCLA *Downtown Labor Center* in Los Angeles, Mitinitiator des *Garment Labor Center* in Los Angeles.
- Olney, Peter B.:15.03.2006: Organizing Director des *ILWU* (Sitz in San Francisco), Initiator des Los Angeles *Manufacturing Action Projects (LAMAP)* 1994 – 1998.
- Ramirez, Augustin: 20.03.2006: Organizer der *ILWU* in Sacramento derzeit federführend in der die *BDG* – Kampagne.
- Rojas, Al: 28. 11. 2005: langjähriger aktiver Organizer für verschiedene Gewerkschaften, zuletzt *SEIU*, Koordinator des Cesar Chavez Marchas in Sacramento am 25. März 2006.
- Sandoval, Juan, Manuel: 29.03.2006: Professor, Lehrstuhlinhaber am Instituto Nacional de Antropología e Historia in Mexiko Stadt, langjähriger Mitarbeiter der US-mexikanischen Gewerkschaftskooperation auf beiden Seiten der Grenze.
- Varea, Monica: 10.02.2006: Professorin, Leiterin und Gründerin des *CISAN (Centro de Investigaciones sobre America del Norte)* in Mexiko Stadt, Arbeitsschwerpunkt: Migration.

Potsdamer Textbücher

Bisher erschienen:

PTB 1: Regionen in der Europäischen Union

PTB 2: Polen – Staat und Gesellschaft

PTB 3: Naher Osten – Politik und Gesellschaft

PTB 4: Totalitäre und autoritäre Regime

PTB 5: Kommunale Selbstverwaltung

PTB 6: Die verschwundene Diplomatie

PTB 7: Recht in der Transformation

PTB 8: Das moderne Polen

PTB 9: Making Civil Societies Work

PTB 10: Polen und Deutsche

PTB 11: Das Castro-Regime auf Kuba

PTB 12: Deutsche Außenministerien

PTB 13: Die Babelsberger Diplomatenschule

Potsdamer Textbücher

PTB

Juan J. Linz

Totalitäre und autoritäre
Regime

Berliner Debatte
Wissenschaftsverlag



Bestellungen unter
www.welttrends.de
und beim Universitäts-
verlag Potsdam:
verlag@uni-potsdam.de

www.welttrends.de

Welt Trends *Papiere*

Sie möchten Forschungsarbeiten veröffentlichen?

Sie möchten in aktuelle Debatten streitbar eingreifen?

Sie möchten „klassische“ Texte für die Lehre einsetzen?

Dies alles schnell, preiswert und für ein breites Publikum?

Wir bieten Ihnen dafür die *WeltTrends Papiere!*

- 1 | Noch zu retten? Plädoyer für die EU-Verfassung
- 2 | Deutsche EU-Ratspräsidentschaft Ende der Verfassungskrise?
- 3 | Ansprüche? Eigentumsfrage Deutschland – Polen
- 4 | Europäischer Einigungsprozess
- 5 | Deutsche Auslandseinsätze – Streitplatz um Militärmacht
- 6 | Herausforderung Integration– Migration und Integration in Brandenburg
- 7 | Großmachtpolitik oder Wahlagitation – Russlands Außenpolitik 2007/2008
- 8 | Gibt es eine europäische Zivilreligion?
- 9 | Zerklüftung im kapitalistischen Weltsystem

Wenn Sie an der Publikation eines eigenen WT-Papieres interessiert sind, wenden Sie sich bitte an Frau Azadeh Zamirirad (0331-9774540 oder welttrends@web.de).

Bestellungen: bestellung@welttrends.de oder verlag@uni-potsdam.de

www.welttrends.de

Welt Trends *Lehrtexte*

Anregend für die Debatte.

Unverzichtbar fürs Seminar.

Kostengünstig für das studentische Budget.

Für Studenten und Dozenten!

- | | |
|--|--|
| 1 Nachdenken über Europa | 7 Regime im Nahen und Mittleren Osten |
| 2 Autoritäre Regime | 8 Regieren in Brandenburg |
| 3 Grenzen der EU | 9 Politische Herrschaft im Vergleich |
| 4 Wissenschaftliches Schreiben | 10 Die Karibik-Krise 1962 |
| 5 Herrschaft in Süd- und Mittelamerika | 11 Atomare Rüstung und Abrüstung heute |
| 6 Internationale Beziehungen: Konzepte | |

Wenn Sie an der Publikation eines eigenen *WeltTrends*-Lehrtextes interessiert sind, wenden Sie sich bitte an HD Dr. Raimund Krämer (r.kraemer@welttrends.de).

Bestellungen: bestellung@welttrends.de oder verlag@uni-potsdam.de

www.welttrends.de

Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik

Bestellen Sie jetzt die aktuelle Ausgabe Nr. 58!

Regionalmacht Iran

Selbstverständnis und Handeln
Der Faktor Erdöl
Irans Atomprogramm
„Schurkenachse“ mit Venezuela?

Militärmacht Deutschland?
Fortsetzung der Debatte

Polen sucht Harmonie
Pakistan in der Krise

Ab sofort
6 Mal pro Jahr
erhältlich!

bestellung@welttrends.de

www.welttrends.de

Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik

Bestellen Sie jetzt die aktuelle Ausgabe Nr. 59!

EU-Außenpolitik nach Lissabon

Regieren ohne Demokratie
GASP – Wie viel Konsens?
Komplexität statt Kohärenz
Akteur €-Zone

Militärmacht Deutschland?
Fortsetzung der Debatte

Bartoszewski: Polens Öffnung
Türkei-Intervention im Irak

Für die Leser
dieser Anzeige
zum Preis von
5€!

bestellung@welttrends.de

www.welttrends.de

Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik

Bestellen Sie jetzt die aktuelle Ausgabe Nr. 60!

Russische Moderne

Die Putin-Medwedjew-Rochade
Der Russische Thermidor
Sibiriens Widersprüche
Vergleich: Russland - China

Militärmacht Deutschland?
Fortsetzung der Debatte

Interview: Iran-Botschafter
Venezuela: Eine Alternative?

Jetzt unsere
Abo-Vorteile nutzen!
6 Ausgaben
jährlich für 40,- €
oder 25,- €!

bestellung@welttrends.de

www.welttrends.de

Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik

Bestellen Sie jetzt die aktuelle Ausgabe Nr. 61!

Widerstand und Wandel

A. Gilly: Gesetzloser Planet
Brasilien – Landbesetzungen
Venezuela – Basisbewegungen
Argentinien – Protest + Medien

Widerstand und Alternative
Ex-Comandante M. Baltodano

EU-Russlandpolitik
Belarus – Wandel möglich?

Jetzt unsere
Abo-Vorteile nutzen!
6 Ausgaben
jährlich für 40,- €
oder 25,- €!

bestellung@welttrends.de

www.welttrends.de

Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik

Bestellen Sie jetzt die Ausgabe Nr. 62!

Zerrissene Türkei

Republikaner versus Demokraten
Demokratie, nicht Laizismus
Beinahe-Verbot der Regierung
Hüter der Republik – Das Militär

US-Raketen in Europa?
Abrüstung in Agonie

Kaukasische Verwicklungen
Wende in den USA?

Jetzt unsere
Abo-Vorteile nutzen!
6 Ausgaben
jährlich für 40,- €
oder 25,- €!

bestellung@welttrends.de

www.welttrends.de

Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik

Bestellen Sie jetzt die Ausgabe Nr. 63!

Geopolitik Ost

Deutsche Ost(Geo)politik
Polen zwischen West und Ost
Wider die Geopolitik!
Im geopolitischen Dreieck

US-Raketen in Polen
Politikberatung und Uni

Krieg gegen Iran?
Serbien auf Suche

Jetzt unsere
Abo-Vorteile nutzen!
6 Ausgaben
jährlich für 40,- €
oder 25,- €!

bestellung@welttrends.de

www.welttrends.de

Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik

Bestellen Sie jetzt die Ausgabe Nr. 64!

Konfliktherd Kaukasus

Symptome einer Krisenregion
Fünf Tage Krieg
Abspaltung Abchasiens
Interessen des Westens

Staat in der Globalisierung
Entwicklung versus Terror

Obamas Herausforderung
EU-Militär im Tschad

Jetzt unsere
Abo-Vorteile nutzen!
6 Ausgaben
jährlich für 40,- €
oder 25,- €!

bestellung@welttrends.de

www.welttrends.de

bestellung@welttrends.de

4 Hefte für nur 20 €.

Die kleine politische Bibliothek.

www.welttrends.de

Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik

Bisher erschienene Themenhefte

- | | | | |
|----|-------------------------------------|----|-----------------------------------|
| 65 | Krieg im Nahen Osten | 32 | Balkan – Pulverfaß oder ... ? |
| 64 | Konfliktherd Kaukasus | 31 | Recht in der Transformation |
| 63 | Geopolitik Ost | 30 | Fundamentalismus |
| 62 | Zerrissene Türkei | 29 | Die autoritäre Herausforderung |
| 61 | Soziale Bewegungen in Lateinamerika | 28 | Deutsche Eliten und Außenpolitik |
| 60 | Russische Moderne | 27 | 10 Jahre Transformation in Polen |
| 59 | EU-Außenpolitik nach Lissabon | 26 | (Ab-)Rüstung 2000 |
| 58 | Regionalmacht Iran | 25 | Dezentralisierung und Entwicklung |
| 57 | Ressource Wasser | 24 | Wohlfahrtsstaaten im Vergleich |
| 56 | Militärmacht Deutschland? | 23 | Kooperation im Ostseeraum |
| 55 | G8 Alternativ | 22 | Die Ostgrenze der EU |
| 54 | Identität Europa | 21 | Neue deutsche Außenpolitik? |
| 53 | Rotes China Global | 20 | Demokratie in China? |
| 52 | Deutsche Ostpolitik | 19 | Deutsche und Tschechen |
| 51 | Geheime Dienste | 18 | Technokratie |
| 50 | Kerniges Europa | 17 | Die Stadt als Raum und Akteur |
| 49 | Militär in Lateinamerika | 16 | Naher Osten - Region im Wandel? |
| 48 | Internet Macht Politik | 15 | Identitäten in Europa |
| 47 | Europäische Arbeitspolitik | 14 | Afrika - Jenseits des Staates |
| 46 | Globale Finanzmärkte | 13 | Deutschland und Polen |
| 45 | Von Dynastien und Demokratien | 12 | Globaler Kulturkampf? |
| 44 | Modernisierung und Islam | 11 | Europa der Regionen |
| 43 | Großmächtiges Deutschland | 10 | NATO-Osterweiterung |
| 42 | Europäische Außenpolitik | | Sonderheft Russland und die GUS |
| 41 | Transatlantische Perspektiven II | 9 | Gewalt und Politik |
| 40 | Transatlantische Perspektiven | 8 | Reform der UNO |
| 39 | Wohlfahrt und Demokratie | 7 | Integration im Pazifik |
| 38 | Politisierung von Ethnizität | 6 | Zerfall von Imperien |
| 37 | Vergelten, vergeben oder vergessen? | 5 | Migration |
| 36 | Gender und IB | 4 | Geopolitik |
| 35 | Krieg im 21. Jahrhundert | 3 | Realer Post-Sozialismus |
| 34 | EU-Osterweiterung im Endspurt? | 2 | Chaos Europa |
| 33 | Entwicklungspolitik | 1 | Neue Weltordnung |

Bestellungen

bestellung@welttrends.de oder mit nebenstehendem Bestellformular

Welt Trends

Bestellformular

Ich bestelle:

- ein **Abonnement** der Zeitschrift *WeltTrends*
6 Hefte und Register zum Preis von 40 € inkl. Porto.
- ein **Studenten-Abonnement** der Zeitschrift *WeltTrends*
6 Hefte und Register zum Preis von 25 € inkl. Porto.
- ein **Institutionen-Abonnement** der Zeitschrift *WeltTrends*
6 Hefte und Register zum Preis von 80 € inkl. Porto.
- WeltTrends* Nr. []
zum Preis von je 8 € (Nr. 1-57 nur 5 €) zzgl. Porto.
- ein **kostenloses Probeheft** der Zeitschrift *WeltTrends*.

Die Abonnements sind jederzeit kündbar.

Gewünschte Zahlungsweise

- Rechnung
- Bankeinzug

Konto-Nr.

Bankleitzahl

Geldinstitut

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

E-Mail-Adresse

Datum und Unterschrift



Universitätsverlag Potsdam

Der Wissenschaftsverlag für
medienneutrales Publizieren
an der Universität Potsdam

Über **350** lieferbare **gedruckte** Titel
im **Webshop**. Über **2500** Publikationen
online auf dem Publikationsserver
Open Access zum Download.

<http://info.ub.uni-potsdam.de/verlag.htm>

E-Mail: verlag@uni-potsdam.de

Tel.: +49 (0)331 977-4623

Welt Trends

ISSN 1866-0738
ISBN 978-3-940793-69-0